

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 30. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Verbands-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schul-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln: Nummer 6 Pfg. Sonntags-
nummer mit Multiplikatoren Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mk. Post pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Der Retter des Vaterlandes.

Die Tragikomödie in Noabit hat gestern ihren Abschluß gefunden. Herr Garden ist freigesprochen worden und hat als Sieger, umjubelt von einem Troß politisch Unmündiger und Berwerfer, die Gerichtsstätte verlassen. Herr Liman aber, der Gegenseitigkeitschwurzeuge von Gardens politischer Integrität und patriotischem Ethos, wird ihn als Retter des Vaterlandes preisen.

Wir haben bereits die soziale und politische Bilanz dieses Senfationsprozesses gezogen. Aufgedeckt wurde ein sinkender Sumpf physischer und psychischer Degeneration, entlarvt das Treiben einer höfischen Kamarilla. Aber es wäre der Gipfel verlogener Heuchelei, diesen Prozeß ein „reines Götter“ zu nennen. Es war nur ein greller Blitz, der die von Miasmen erfüllte Atmosphäre jener Kreise durchleuchtete, zu denen unsere Byzantiner die Masse voll staunender Ehrfurcht aufzublicken gelehrt haben. Nun lagert wieder stidige Finsternis über dem Sumpfe. Es war nur ein Blitz, wie jener, der durch den Tauschprozeß in die gleiche Korruption hineinleuchtete. Schon damals pfliffen die Spagen den Namen Philis Eulenburg von den Dächern. Nun, nach elf Jahren, hat den Harfner, den Autor des Sangs an Regir, die Remesis erreicht. Aber die Eulenburg-Clique ist nur eine von vielen. Die Höflingswirtschaft bleibt — wie wäre das auch bei einem autokratischen System anders möglich, das den einflussreichen Schichten des Junkertums und der Großbourgeoisie die Möglichkeit so verführerisch nahelegt, durch Höflings-, Scheiterhaufen- und Ringpolitik ihre Interessen durchzusetzen.

Und ist denn der Retter des Vaterlandes, Herr Garden, der betriebsame Verschleißer höfischen Matsches und bureaukratischer Intrigen, etwas anderes als das Werkzeug eines verrotteten Cliques- und Kamarillensystems? Als Träger literarischen Matsches und Jugendhüter einer Dame, die sich bald darauf als Arcatur zarischer Politgefreuten entpuppte, begann Herr Garden seine publizistische Laufbahn. Und nachdem er eben noch anderen einzureden versucht hatte, daß er mit der Sozialdemokratie „an einem Strang“ ziehe und beteuert hatte, daß er sogar gratis für den „Vorwärts“ schreiben würde, zogen ihn sein artistisch feminines Ansehungsbedürfnis an eine derbe Junkernatur und die Richtung seiner ihn zur Kabale aller Art prädestinierenden spezifischen Begabung nach dem Sachsenwalde, wo er sich jahrelang das Gift für die publizistische Pfeife holte, die er auf die Widersacher seines Idols abschnellte. Seitdem ist sein Blatt die Ablagerungsstelle für alle in Unruhe gefallenen oder vergeblich nach Gnade und Einfluß lechzenden Unzufriedenen gewesen, die ihm die tausend höfischen und diplomatischen Heimlichkeiten zurauiten und zutuschelten, durch deren pikante Listung er seine wöchentlichen Ragouts würzte. Und dieser Mann, dieser Verfallstyp literarischer Entartung, spielte sich in Noabit als Retter des Vaterlandes auf, als Breisfichter gegen höfische Cliques und Kamarillen, von deren Existenz er doch selbst keine literarische Existenz gestiftet hat!

Garden der Vaterlandsretter wirkt grotesk, von welcher Seite aus man auch seine rettende Tat betrachten mag. Wissen Sie, deklamierte er in Noabit, daß wir unmittelbar vor einem Kriege standen mit zwei Nationen? Und dann erzählt er, daß es die Eulenburg-Clique war, die mit Dulse Leconte, des französischen Botschaftsrates, den Kaiser in jene Verschönerungssituationen einlocken ließ, deren läche Enttarnung dann die Reden von Langer und den bitter ernst Marokkofonflikt heraufbeschworen habe. Selbst wenn dem so gewesen wäre, welches Licht würde dann nicht auf die Eulenburg-Clique, sondern auf die verhängnisvolle Art fallen, wie eine einzelne Person politische Explosionen zu entzünden vermag! Aber diese angeblich politische Seite der staatsbrecherischen Aktion des Herrn Garden ist obendrein mehr als zweifelhafter Natur. Die Vereitelung der vom Kaiser angeblich erhofften Zusammenkunft mit Loubet in Neapel Ende März 1904 soll Wilhelm II. zu seiner aggressiven Marokkopolitik bestimmt haben. Nun, bereits während der Fahrt nach Neapel hat Wilhelm II. mit dem König von Spanien vereinbart, daß in Marokko keiner Macht territoriale Vorteile zufallen dürften und die wirtschaftliche Gleichberechtigung erhalten werden müsse. Und da soll die Enttäuschung über das Nichtzustandekommen der Zusammenkunft mit Loubet den Keim des Marokkofonflikts gebildet haben? Ganz davon abgesehen, daß Wilhelm II. drei Monate später noch wegen des französischen Sieges bei dem Gordon-Bennetrennen in Gomburg dem französischen Präsidenten ein lebenswürdiges Glückwunschtelegramm zusandte, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß solch industrieller Wettbewerb „Befühle, frei von Rivalität“ auslösen werde.

Richtig ist allerdings, und das ist das Bezeichnende weniger für das Kamarillawesen, wie für das persönliche Regiment, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Politik, daß Fürst Bülow zu jener Zeit, als Wilhelm II. in Spanien den ersten Knoten des Marokkofonflikts schürzte, die ganze Marokkofrage noch als völlig gleichgültige Bagatellesache behandelte. Am 8. April 1904 war das englisch-französische Marokko-Abkommen veröffentlicht worden, das Frankreich ausdrücklich all die Sonderrechte zusprach, die ein Jahr später

den geharnischten Einspruch von deutscher Seite erfuhren. Am 13. April interpellierte der verstorbene Agrarierhüpfing Graf Reventlow den Fürsten Bülow überaus schneidig ob dieses Abkommens und der Passivität der deutschen Regierung. Aber Fürst Bülow trumpfte den säbelraselnden Rangrasen mit kühlem Humor ab: Reventlow „meint, wir dürften nicht dulden, daß sich andere Mächte in Marokko größeren Einfluß als wir sichern“. „Ich glaube, meine Herren, daß es von meiner Seite Leichtsinns sein würde — und zu meiner Befriedigung haben die Führer aller Parteien mit Ausnahme des Herrn Grafen Reventlow in diesem Sinne gesprochen — wenn ich ohne Not aus solchen Grunde das Land in Abenteuer stürzen wolte.“ So Fürst Bülow am 14. April 1904 nach dem amtlichen Stenogramm! Ein Jahr später vertrat Bülow freilich gerade das Gegenteil! Welch eine Politik unberechenbarer Plöchligkeiten! Und dafür macht Herr Garden, der Vaterlandsretter, den Päderastentum der Eulenburgs verantwortlich!

Aber mehr noch: die Wetterwolke zog vorüber, die Marokkofrage wandelte sich wieder zu dem, als was sie Bülow 1904 betrachtet hatte, als eine Bagatelle, um die es sich nicht lohne, sich in „Abenteuer“ zu stürzen. Fürst Bülow zwar konnte sich — nach Herrn Garden („Zukunft“ vom 12. Oktober 1907) — nur schwer dazu verstehen, seine Fanfaren wieder in Schalmeien abzukämpfen. Als aber sein Gefinnungsgenosse v. Holstein „fiel, weil er dem Kaiser nicht mehr paßte“, d. h. weil dem Kaiser via Paris-Liebenberg Herr v. Holstein als der Vater alles Unheils denunziert worden war“, revidierte der Kanzler seine Auffassung zum zweiten Male. Herr Garden aber, dem doch Marokko ursprünglich selbst nur ein Quark war, runzelte nun als in seinem Ehrgefühl gekränkter Patriot zornig die Brauen und betrieb nunmehr — in holdem Eintrug mit tobhüchtigen Allentischen und strupellosen Kamarillisten, denen die Zeit des Harrens zu lang wurde — seuerliche diefsandalöseste Kriegsbege!

Und da er seinem teutschen Verserkerzorn nicht eine Nation zum Opfer bringen konnte, brachte er wenigstens die Eulenburgs zur Strecke. Und zwar nicht durch das Mittel politischer Enthüllungen — das, was er über die „Königsmacher“ und Ministerstürzerfähigkeit Philis und die Marokkoaffäre in Noabit vorbrachte, waren längst verhoffene Blagpatronen! — sondern durch die Enthüllung privater Intimitäten und sexueller Standalosaf! Und dieses Mittels bediente sich derselbe Mann, der bei der Kruppaffäre geschrieben hatte, daß der Vellagenswerte dem „Stich einer Papiertwespe“ zum Opfer gefallen sei!

Und derselbe Mann, der Bismarck feierte, weil er sich vor dem Selbstherrschertum des jungen Thronfolgers stolz ins Exil zurückgezogen habe, der den Byzantinismus liberaler Kennen — in deren erste Reihe auch sein Bruder Bittling, damaliger Oberbürgermeister von Posen, gehörte — so schonungslos geißelte, derselbe Mann arbeitete in seiner Verteidigungsrede mit byzantinischen Schlagern, wie sie schöner auch keine Berliner Magistratsadresse zustande gebracht hätte. Just zur selben Zeit, als Anno 1902 Herr Bittling-Wittkowski als Bürgermeister von Posen seine von „Patriotismus“ überquellende Ansprache an den Kaiser mit den Worten schloß: „Des Königs Ruf dringt tief ins Herz hinein — Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein!“ donnerte Herr Garden-Wittkowski in der „Zukunft“: „Noch ist Lagardes grimmiger Wunsch nicht erfüllt, den von irgend welchem großpredigerischen Eigennuß genasführten Philistern der Bürgerkollegien das Verbrechen noch nicht abgewöhnt, das Geld ihrer Mitbürger zu vergeuben, und mehr als je wäre heute, da die ärmsten Kommunen Unsummen in Firlanzerei vergeteln, die Bestimmung nötig, die Lagarde schon 1881 empfahl, die Stadtverordneten oder Bürgervorsteher mühten für allen Schnidschnad, zu dem sie das Geld anderer bewilligten, regreßpflichtig gemacht werden.“ Und derselbe Garden, der am 6. April 1901 schrieb: „Und die an den Hof geladenen Herren hüten sich ängstlich, durch eine unbecommene Enthüllung Kergerniss zu erregen; von ihnen hört der Monarch sicher stets, das Volk werde in seinem Glück nur von argen Hehern gestört. Zu Hause aber jammern sie: „Wie schade, daß kein Reich dem Kaiser die Wahrheit sagt!“, dieser Garden schloß seine heroische Tat gegen die „anhimmelnden“ Kamarillisten mit einer Anhimelung der Person, der nach seinen eigenen Worten nichts nötiger sei, als die bittere, ungeschminkte Wahrheit!

Aber wenn eine Kamarilla die andere stürzt, pflegt sie sich eben der Mittel der Gestürzten, des „sehr himmelnden Wesens“ zu bedienen. Und wenn Garden auch nur das letzte und vielleicht sogar unbewußte Werkzeug einer anderen Kamarilla ist: wer anderthalbjahrzehntelang mit Höflingsmatsch jungenschnalzend hantieren gegangen, eignet sich schließlich selbst Höflingsmanieren an.

Garden hat die eine Kamarilla zur Strecke gebracht, damit die andere Kamarilla sich zur Tafel setzt. Und das ist gut für ihn, denn womit wollte er sonst sein Publikum füttern?

Die Scharfmacher und ihre Regierung.

Am Montag hat eine Sitzung der Delegierten des Zentralverbandes deutscher Industrieller stattgefunden. Die Scharfmacherorganisation wurde von Herrn v. Bethmann-Hollweg feierlich begrüßt. In dieser Rede

war nichts zu spüren von jener unelblichen Gerablassung, die moderne Arbeiter noch abscheulicher berührt als selbst offene Feindseligkeit. Da war keine Rede von den „vier Grundpfeilern“, Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit, obwohl diese Empfehlung bei den Reichen und Mächtigen vielleicht an-gemeßener gewesen wäre, als bei den Entbehrten, wenn auch das Anhören von Predigten, wie wir ja in den letzten Tagen beobachtet konnten, überhaupt keine besondere Wirkung hat. Herr Bethmann sprach vielmehr kurz und bescheiden, betraute auf seine inhaltslose Rede vor den christlichen Arbeitern und versprach, dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft mit der gleichen Offenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten und die Auffassungen beider Seiten gleichmäßig zu würdigen, um in möglichst enger Fühlung mit dem wirklichen Leben das richtige Augenmaß für das Mögliche sowohl wie für das Notwendige zu gewinnen und zu behalten.“

Man kennt diese Phrasen von der Fühlung mit dem „wirklichen Leben“ und dem „Augenmaß für das Mögliche“ aus dem Sprachschatz unserer Scharfmacher, die ja allein den Anspruch erheben, das richtige Augenmaß zu besitzen. Wir werden ja bald sehen, wie weit das Augenmaß des Staatssekretärs mit dem der Industriellen übereinstimmt.

Zum Schluß riskierte der Staatssekretär doch noch eine Ermahnung. Er warnte vor Ueberbannung der Konzentrationstendenz, die gerade jetzt in Amerika zu verhängnisvollen Folgen geführt hätte. Die paar Kundigen unter den Versammelten werden sich wohl eines Lächelns kaum enthalten haben, daß der Herr Staatssekretär die amerikanische Finanzkrise, die zum Teil, soweit die Organisationsfrage in Betracht kommt, gerade durch die Zersplitterung des amerikanischen Bankwesens ihre große Schärfe erlangt hat, auf die Konzentration zurückführt. Herr Bethmann-Hollweg aber hat gehört, daß Amerika das Land der sorgfältigsten Konzentration ist, weiß nicht, daß industrielle und Vermögenskonzentration etwas anderes ist als Bankkonzentration und plaudert eben darauf los. Der Mann ist als Rationalökonom ebenso bedeutend wie etwa als Philosoph.

Nachdem die Industriellen die Rede angehört hatten, formulierten sie ihrerseits ihre Wünsche, von denen sich zeigen wird, ob sie für die Regierung auch Befehle sind. Die Herren sind mit der Regierung jedenfalls sehr zufrieden, und wir wünschen, daß die gute Rechnung dazu alle Veranlassung haben. Jedenfalls ist für die Regierung die Zufriedenheit von Leuten sehr kompromittierend, die die heftigsten und mächtigsten Gegner der Arbeiterbewegung und der Sozialpolitik sind, und dieser Feindschaft wieder unerschütterlichen Ausdruck in ihren Reden und Beschlüssen gegeben haben.

Herr Bethmann hielt ein eingebendes Referat. Die Herren nennen bekanntlich ihren bornierten Kampf gegen die dringendsten und unumgänglichsten Ansprüche, die der Arbeiter erheben muß, Kampf gegen die Sozialdemokratie insofern mit Recht, als die Sozialdemokratie die entschiedenste und rücksichtsloseste Vorkämpferin dieser Forderungen ist. Erstes Verlangen an die Regierung ist daher Kampf gegen den Umsturz. So heißt es offiziell, und in Wirklichkeit ist es weitere gesetzliche Einschränkung der wenigen Rechte, die die Arbeiter in Deutschland sich erkämpft haben! Deshalb soll den Arbeitern vor allem bei der „Reform“ des Versicherungswesens die Verwaltung ihrer Krankenkassen genommen, sollen die Gelder der Arbeiter den Unternehmern ausgeliefert werden. Wie die Verwaltung dieser Kassen dann aussehen würde, zeigt deutlicher als alles andere die Bereitwilligkeit der Scharfmacher, ihre Beiträge, die bisher zu einem Drittel von dem Unternehmer getragen werden, auf die Hälfte zu erhöhen. Man weiß, wenn man die Krankenkassen auf das Niveau der Fabriks-, Betriebs- und der Knappschaftskrankenkassen heruntergebracht hat, wenn man aus den Kassen für kranke Arbeiter solche gegen die Kranken gemacht haben wird, daß dann die erhöhten Ausgaben sich für das Unternehmertum glänzend verginsen werden! Gibt es aber etwas Bezeichnenderes für den Liebermut der Scharfmacher, als daß sie die Zeit für gekommen erachten, immer wieder neue Attentate auf die wohlverordneten Rechte der Arbeiter zu unternehmen?!

Die Herren haben Vertrauen zu unserer Regierung. Sollen aber die bestehenden sozialpolitischen Gesetze verschlebert werden, so dürfen neue selbstverständlich erst recht nicht gemacht werden. Die Scharfmacher fordern die Erhaltung der Heimarbeit. Nur in einzelnen Zweigen wollen sie eine gesetzliche Regelung gütigst gestatten, natürlich „unter sorgfältiger Abwägung der Bedingungen“ der einzelnen Zweige, namentlich der Exportbeziehungen. Man kann das alte Spiel: Im allgemeinen stimmt man zu, wenn aber im einzelnen die Regelung erfolgen soll, dann sind natürlich die Bedingungen nicht erfüllt, dann verbieten gerade in diesem Zweige die Exportverhältnisse oder sonstigen Umstände die Regelung.

Aber die Herren haben Vertrauen zu der Regierung. Höchstens will der Verband eine Witwen- und Waisenversorgung gestatten, wenn die Grundzüge, die ihm vorher vorzulegen sind, seine Billigung finden. Die Verschlechterung der Krankenkassen, die bedingungslose Erlaubnis zu den Almosen für die Witwen und Waisen und zur eventuellen Regelung der Heimarbeit — die Regierung will bekanntlich die Heimarbeit in der Tabakindustrie „regeln“, offenbar um das Tabakmonopol vorzubereiten — das sind die großmütigen Zugeständnisse der Scharfmacher an die „gesunde, kräftige, borurteillose, vernünftige Sozialpolitik“. (Die Gänsefüßchen stehen im offiziellen Bericht und sind eine offene Verhöhnung der Regierungssphrasen.)

So viel darf die Regierung tun, um die Arbeiter zufrieden, königstreu usw. zu erhalten. Mehr aber nicht! Denn gegen alle weitergesteckten sozialpolitischen Ziele erheben die Industriellen „entschiedenen Einspruch“. Keine Verkürzung der Arbeitszeit weder

für Jugendliche, noch für Frauen, schon gar nicht für Männer! Keine Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie mit ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit! Die qualvollen, mörderischen Zustände in der Eisenindustrie müssen bestehen bleiben. Eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auch nur für Frauen ist — gefährlich, es ist der Industrie zu überlassen, ob sie „freiwillig“ auf eine kürzere Arbeitszeit übergehen will.“ Sollte aber aus Gründen, die vielleicht politischer Natur sind, doch an eine gesetzliche Verkürzung der Frauennarbeit gedacht werden, so verlangen die Herren in aller Bescheidenheit eine Uebergangsfrist von nicht weniger als vier Jahren! Von einer Erweiterung der Sonntagsruhe wollen die Scharfmacher natürlich ebensowenig wissen. Verbieten sie die Herren, die Verträge zur Regierung haben, jede positive Arbeit zugunsten der Arbeiterklasse, so verlangen sie dafür neue Unterdrückung, neue Zuchtstrafen.

Der Zentralverband hat das Vertrauen zu den verbündeten Regierungen, daß sie allen Bestrebungen, die autoritative Stellung des Unternehmers und Arbeitgebers in seinem Betriebe anzuzustreben, entschieden entgegenzutreten werden.“

Die Erweiterung des Koalitionsrechtes und dessen Ausdehnung auf weitere Klassen von Arbeitern, Angestellten und Beamten ist „mit den Interessen des Staats- und Gemeinwohls (wie diese Leute ihre Profitsinteressen faufen) unvereinbar!“ Dagegen ist es erforderlich.

„Daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch besorgt sind, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu schützen und damit die Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter von der Schreckensherrschaft dieser Partei und ihrer Organisationen zu befreien.“

Und der Zentralverband hat Vertrauen zu der verbündeten Regierung.“ In dem Begrüßungstelegramm an den Fürsten Bülow, den Schutzherrn aller Arbeiterfeindschaft, betont er das nochmals ausdrücklich!

War es da noch notwendig, daß bei dem Festmahl, zu dem die Spitzen der Reichsregierung und der preussischen Regierung erschienen waren, der Herr aller Scharfmacher, Kirdorf, der Herr des Kohlen- und Eisensyndikats, der einflussreichste Herrscher im Gebiet der schweren Industrie, demonstrativ den „geschlossenen Kampf gegen den Umsturzproklamierte“ und erklärte, daß es Arbeiterorganisationen, ganz gleich ob sie sozialdemokratisch oder christlich sich nennen, gegenüber nur einen Standpunkt gebe, den Herrenstandpunkt. Hatte ja schon Herr Kueck in seinem Referat erklärt, daß die Scharfmacher mit den Gewerkschaften nicht verhandeln, von Tarifverträgen nichts wissen wollen.

Herr Kirdorf war selbst dem preussischen Handelsminister zu offenherzig. Diese Offenheit paßt dem neuen Kurs nicht in sein Konzept und so versuchte Herr Delbrück vorsichtig und bescheiden, wie es sonst gar nicht die Art preussischer Beamten ist, wie sie sie auch nur gegen Wichtige anwenden, einige Einschränkungen: Glücklich war Herr Delbrück, daß sich Scharfmacher und Regierung „wieder zusammengefunden hätten auf einer Brücke, die nicht abgebrochen war, die man aber zu betreten vermied.“ Weil nämlich die Scharfmacher mit Posadowsky, der Minister für und nicht gegen die Sozialpolitik zu sein versuchte, nicht mehr verhandeln wollten! Posadowsky mußte ja deshalb gehen. Mit Weismann-Hollweg ist das anders, zu dem haben die Herren Vertrauen! Aber so glücklich Herr Delbrück ist, die Rücksichtslosigkeit der Scharfmacher erschreckt ihn. Und so steht er die Scharfmacher an, doch etwas milder sich — auszudrücken! Die Unternehmer verlangen ja mehr, als die Staatsregierung zustehen kann. Aber der Zentralverband wolle ja auch Sozialpolitik. Streik ist nur über das Maß. Aber auch darüber sind wir einig, als es scheint. Und deshalb sollen die Herren doch nicht immer erklären, wir wollen Herren im Hause bleiben. Das schadet ihnen mehr in der öffentlichen Meinung, als manche bittere Tat. Und daher verleiht Herr Delbrück ihnen einen anderen Titel. Sie sollen sich „erste Arbeiter“ oder „erste Kameraden“ nennen. Denn in der Erhaltung der Stärke unserer Industrie, in deren Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland sind wir einig und — über Einzelheiten werden wir uns einigen.

Ein prächtiges Bild! Die Scharfmacher halten einen Kongress ab, um gegen jeden wirklich irgend ein Gewicht fallenden sozialpolitischen Fortschritt ihr Verbot einzulegen. Den Geist der Beratungen saßt Herr Kirdorf in das alle Scharfmacherwort zusammen: Wir wollen Herren sein im eigenen Hause! Und der Vertreter der Regierung betont feierlich die Ueber einstimmung mit den Bewusstseinen der deutschen Volkskraft, mit den unerbittlichsten Feinden jeder selbständigen Regierung der Arbeiterklasse, mit den Vernichtern jeder Organisationsbestrebungen! —

Der Sieg der Garde vom Flügelrad.

Wien, 28. Oktober.

Am Freitag wurde in später Nachtstunde bekannt, daß auch die Eisenbahn Wien-Köping zum normalen Betriebe zurückgeführt werden kann, so daß die große Bewegung auf den österreichischen Privatbahnen völlig abgeschlossen ist. In der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober begann der Kampf, das instruktionsgemäße Arbeiten nach langem Warten und völliger Erschöpfung des Vertrauens des Personals in die hinsichtlichlichen Versprechungen der Direktionen. Das Ergebnis dieses verhältnismäßig kurzen, wenn auch aufregenden Kampfes, der die ganze Volkswirtschaft und die internationalen Verkehrsbeziehungen in Mitleidenschaft zog, war eine ununterbrochene Reihe von Erfolgen, wie sie kaum jemals vorher ein gewerkschaftlicher Kampf gezeitigt hat. Sicherlich war kein Nietenkampf vorher mit dem Aufwande von so geringen Mitteln geführt worden. Wie diese Bewegung planmäßig vorbereitet, wie sie durchgeführt und zum Siege auf allen Linien geführt wurde, ist nicht bloß für Oesterreich von großer Bedeutung, sie wird in jeder Geschichte der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung eine ehrenvolle Stelle einnehmen. Selbstverständlich war der große Gewinn, der für die Eisenbahner — und für die gesamte Arbeiterbewegung erzielt wurde, nicht bloß das Ergebnis der eigenartigen Gewerkschaftsstrategie und Taktik in den Tagen seit der Mitternacht zwischen dem 30. September und dem 1. Oktober, der Erfolg wurde gefördert durch die Ungeschicklichkeit der Privatbahn-Verwaltungen, durch das gesunkene Ansehen des Privatbahnsystems und durch die Verantwortungsabstufung der Regierung. Aber alle diese günstigen Umstände erklären nicht den gewaltigen Gewinn der nun abgeschlossenen Bewegung. Die wichtigste Voraussetzung des Gelingens lag in der jahrelangen Schulung durch die Organisation, in ihrer unübertrefflichen Disziplin, in der geistigen Schulung, in der Hebung des gesamten Personals, in dem Ansehen, das sich die Gewerkschaftsorganisation im allgemeinen, die Eisenbahnerbewegung im besonderen in Oesterreich errungen und erobert hat. Der enge Zusammenhang der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Oesterreichs hat ebenso im Wahlrechtskampf reiche Früchte getragen wie auch in der Eisenbahner-

Bewegung, die nach dem ganzen Charakter der Eisenbahnen eine öffentliche Angelegenheit war.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß vor 10 Jahren der Erfolg, dessen wir uns freuen können, nicht zu erringen gewesen wäre, weil das Material der Organisation nicht befähigt gewesen wäre, zielklar, selbstbewußt, über alles Lob diszipliniert wie in diesen Wochen einen großen Kampf durchzuführen. Die Entwicklung der Eisenbahner als Arbeiter, als Menschen durch die Organisation ist nicht weniger erfreulich als ihr großer materieller Erfolg. Vor einem Duzend Jahren gehörte die übermäßig große Zahl der Eisenbahner Oesterreichs Veteranen (Krieger-), kirchlichen Vereinen und Besselligkeitsvereinen an, die auf der denkbar niedrigsten Stufe standen, sie waren von Kostengeist erfüllt und dabei bis zur Verlästigung des Publikums trinkgelddungrig, der Alkoholismus grassierte unter ihnen bedenklich, so daß wegen Krankheit viele disziplinarisch entlassen wurden, geistige Bedürfnisse fehlten ihnen vollkommen. Die erzieherische Arbeit der Gewerkschaft hat die österreichischen Eisenbahner zu völlig neuen Menschen gemacht. Das ist eine Gegenwartsarbeit, die sich die Adolf Wagner und Genossen merken sollten, die die Durchführung unserer letzten Forderungen wegen der Mängel der menschlichen Natur für unmöglich halten. Wenn das sprüde, stets den Bohnort wechselnde Eisenbahnerpersonal im Laufe weniger Jahre moralisch und intellektuell stark gehoben werden kann trotz aller Gegenwirkungen der bürgerlichen Gesellschaft, wie groß werden erst die Möglichkeiten sein zur Zeit, wo wir in die sozialdemokratische Gesellschaftsordnung hineinwachsen werden.

Als der frühere Eisenbahnminister General v. Guttenberg die Eisenbahnerorganisation auflöste, sah er sich um den Erfolg genarrt, die Mitglieder hielten weiter fest zusammen, zahlten ruhig ihre Beiträge weiter, die Organisation blieb bestehen, wenn auch das äußere Band zeitweise zerrissen war. Früher füllten sich bei Anknüpfung der Güte die Wirtschaften in der Umgebung der Bahnhöfe, heute stehen sie leer, nun kommt eine disziplinarische Behandlung oder Entlassung wegen Trunkenheit im Dienste fast nie vor. Heute werden von den Eisenbahnern die früher allgemein üblichen Teingelder für die kleinen Dienste, die von den Passagieren gefordert werden, zurückgezogen. Heute kann man oft Eisenbahner auf ihren Bremsböden oder auf den Bahnhöfen ein Buch oder eine Zeitung lesen sehen, die Bibliotheken der Organisation werden sehr eifrig benutzt und alljährlich werden große Aufwendungen für sie gemacht. Besonders erhebbend war der Eifer der Eisenbahner bei der Wahlagitatio und am Wahltag. Wenn die österreichische Sozialdemokratie auch in den entferntesten, von der eigentlichen Agitation unberührten Gebieten Stimmen und oft viele Stimmen erhielt, so ist dies in erster Linie den Eisenbahnern zu danken; viele haben zehnstündige und längere Eisenbahnfahrten unternommen, um am Wahltag ihre Stimme abzugeben. So hat die österreichische Arbeiterbewegung an den Eisenbahnern eine Elite-truppe, auf die sie mit vollem Rechte stolz sein kann.

Die Durchführung der großen, aufregenden, an die geistige und körperliche Spannkraft des Personals hohe Anforderungen stellende Bewegung wurde durchgeführt ohne den mindesten Gegenzug, ohne irgend einen Zusammenstoß, ohne eine Verhöhnung.

Das Ergebnis der Bewegung ist wegen der vielen Bahnen und wegen der zahlreichen Beamten-, Bediensteten- und Arbeiterkategorien, auf die sie sich erstreckte, in Kürze nicht darzustellen, was man schon daraus erkennen kann, daß „Der Eisenbahner“, das Zentralorgan des österreichischen Eisenbahnerpersonals 10 Seiten des „Vorwärts“-Formates benötigte, um bei vielfacher Benutzung von Tabellen die Resultate des Kampfes darzustellen. Wir müssen uns mit der Hervorhebung der besonders in die Augen springenden Erfolge begnügen. Die Direktionen der Privatbahnen haben dem österreichischen Eisenbahnministerium Aufstellungen übermitteln, wonach die Zugeständnisse ihre Ausgabenetats um elf Millionen Kronen belasten werden. Den niedrigen Angestellten erwachsen im Jahre Einkommenserhöhungen von 72—144 Kronen, den Beamten solche von mehreren hundert Kronen. Für Kategorien von Bediensteten, für die es keine Altersversorgung gab, wurde sie eingeführt, für die anderen verbessert. Es wurde festgelegt, wann die Invalidenversicherung in Kraft zu treten hat. Wo es der Dienst nur irgendwie zuläßt, ist der freie Sonnabendnachmittag durchgesetzt. Ueberall werden offiziell anerkannte Personalkommissionen gewählt, die über alle das Personal betreffende Verhältnisse gehört werden müssen und selbst Vorschläge zu machen haben, die also das autoritative System der Eisenbahnerverwaltung durchbrechen und in den Grundsatzen des Herrn im eigenen Hause ein Loch reißen. Auch Arbeitszeitverkürzungen sind neben dem freien Sonnabendnachmittag zum Teil durchgesetzt worden. Endlich mußten die Direktionen „volle Amnestie“ erteilen, daß kein Opfer für die großen Erfolge fallen wird.

Noch größer wie der Erfolg des Personals ist die Niederlage der Eisenbahndirektionen, denn die nun abgeschlossene Bewegung hat die Privatbahnen reif gemacht für die Verstaatlichung. Der Staat hätte bei der Uebernahme des Betriebes das gewähren müssen, was das Personal sich nun errungen hat. In der Festsetzung der Abzugsbeträge werden die Erfolge der Eisenbahner dem Staateschätze zugute kommen, sobald ein Stück Eisenbahnpolitik von dem Personale geleistet wurde.

Aber auch parteipolitisch ist der Sieg der Eisenbahner sehr wichtig. Die mehr oder minder gelben Eisenbahnerorganisationen, christlichsoziale und nationale (das Kartell), suchten das Wasser von unseren Wahlen auf ihre Näher abzulenken. Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien mit einer leibhaftigen Durchlaucht und einem früheren Eisenbahnminister an der Spitze suchten sich als die wahren Vertreter der Eisenbahner aufzuwerfen. Sie haben diese Worte gemacht, haben als ungerissene Anwälte mit dem Eisenbahnminister, mit den Direktoren der Privatbahnen konferiert und wurden schon ihres großen parlamentarischen Einflusses wegen sehr entgegenkommend behandelt. Aber die ganze Bewegung und, in die Augen springend, ihr Abschluß bewiesen schlagend, daß nur die sozialdemokratischen Organisationen auf die Eisenbahner Einfluß haben — diese hinter sich haben.

So kann man mit vollster Genugtuung auf diese in jeder Hinsicht durchaus gelungene, in ihren Erfolgen alle Erwartungen über-treffende und in glänzender Weise durchgeführte Bewegung zurück-blicken. Die errungenen Erfolge werden nicht bloß den Eisenbahnern, sondern der ganzen Arbeiterbewegung selbst über Oesterreichs Grenzen hinaus zugute kommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober 1907.

Die liberalen Wahlrechtsfeinde.

Die freisinnigen Wahlrechtsfeinde suchen alles aufzubieten, um die Wahlrechtsfrage im eigenen Lager einzuschüchtern und zu terrorisieren. Nachdem die „Fr. Ztg.“ wieder mit dem Tot-schweigen noch mit dem Drohen etwas ausgerichtet hat, werden jetzt eine Reihe reaktionärer Blätter mobil gemacht. Herr Pachnicke hat im „Tag“ angefangen. Die Fortsetzung findet sich in der „Leipz. Ztg.“ und in den „König. Reichs. Nachr.“

Ramenlich in dem letzten Blatt werden von einer Seite, die der Leitung der freisinnigen Volkspartei sehr nahe zu stehen scheint, Herr Varrh und seine Freunde in der geschäftigen Weise beschimpft, weil sie vom Freisinn verlangen, er müsse noch in dieser Session eine Wahlreform durchsetzen. Die freisinnige Führung aber will überhaupt nichts als eine leere Rederei bekonstatieren, denn mehr erlauben die Konserativen nicht. Die „Deutsche Tagesztg.“ hat bereits geschrieben:

„Die Frage der Aenderung des preussischen Landtagswahl-rechts wird sicherlich Vernehmen nach während der nächsten Tagung nicht akut werden; man wird vielleicht darüber reden, die Daten aber einer späteren Zeit vorbehalten. Das ist vernünftig und zweckmäßig; jeder Versuch einer tatsächlichen Lösung der Frage würde den Blod auf hundertfachen gefährden.“

Dieser Befehl Herrn Dertels muß von dem Freisinn, wenn es nach den Forderungen gehen soll, erfüllt werden, und die „Frankf. Ztg.“ verländert bereits demgemäß:

„Wenn es in dieser Session bei einer Aussprache sein Bewenden haben wird, so geschieht das nicht wegen des Blods, sondern wegen der Zusammensetzung des Abgeordneten-hauses und in der Hoffnung, daß die Neuwahlen unter dem Zeichen der Wahlreform eine Verbesserung und damit günstigere Aussichten für eine ernsthafte Reform bringen werden.“

Damit behält das Blatt, was es sonst immer bestritten hat, daß die Liberalen nichts, aber auch gar nichts tun wollen! Es ist natürlich eine elende Ausrede, daß die neue Zusammensetzung des Landtags abgewartet werden muß. Wird nicht wenigstens eine Teilreform jetzt vorgenommen, so ist es fast ganz ausgeschlossen, daß der neue Landtag anders aussehen wird als der alte. Gerade deswegen suchen ja die Konserativen jede Reform zu verhindern. Es ist aber einfach ein Skandal, der seinesgleichen in der politischen Geschichte nicht kennt, daß die Liberalen sie dabei unterstützen wollen! Auf diese Leute hat nicht einmal die beispiellose Enthüllung der letzten Tage über das Wesen absolutistischer Regierungen einen Eindruck gemacht. Sie bleiben die gehorhamen Junkermeute. Es ist auch eine Unwahrheit, daß in dieser Session nichts erreicht werden könnte. Für geheime und direkte Wahlen haben sich außer den Konserativen fast alle anderen Parteien ausgesprochen. Das Geschick kann in kürzester Frist erledigt sein. Wenn in der preussischen Wahlrechtsfrage kein Fortschritt erzielt wird, so tragen die Liberalen, vor allem die freisinnige Volkspartei, die ja nach eigener Angabe im Blod den Ausschlag gibt, die Verantwortung. Daß sie zur Verantwortung gezogen werden, darauf können sie sich verlassen!

Von der Kamarilla.

Die „Voss. Ztg.“ weist aus Hohenlohes Memoiren nach, daß der spätere Todfeind der Eulenburgclique ehemals ein Verbündeter dieser Nebenregierung war. Es könnte nach Hohenlohe noch zweifelhaft sein, ob nicht Holstein noch in höherem Grade als Eulenburg „Königsmacher“ gewesen sei und speziell den Fürsten Bülow zum Staatssekretär gemacht habe.

Weiter erzählt das Blatt:

„Eines Tages aber geriet das schöne Band. Vielleicht haben wir selbst daran mitgewirkt. Fürst Philipp Eulenburg, damals Hofkammerer in Wien, war einen großen Teil des Jahres außerhalb Wiens, auch zu Zeiten, wo ein deutscher Botschafter dort sehr am Plage gewesen wäre. Wir hatten darauf schon am 12. November 1899 und am 12. Juni 1901 hingewiesen und laien es abermals eingehend am 31. August 1901 in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Der Botschafter auf Reisen“. Dieser Artikel verlegte den Fürsten Eulenburg in große Aufregung. Er ließ in einem Wiener Blatt erklären, diese „Machenschaften“ stammten von einer in einflussreicher Stelle lebenden Persönlichkeit, die Proben ihrer Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet schon gegeben habe, und dann wurde in einem hiesigen Blatt geschrieben: „Es ist immer derselbe Herr, der bereits die Hand beim Sturze Bismarcks im Spiele hatte, der Keel mit den Ohnenaugen, wie ihn der Alzeichsanzler nannte; es ist derselbe, der beim Falle Caprivi mitgewirkt hat... Der Herr und seine zahlreichen Freunde bilden seit Jahren eine Nebenregierung in der Regierung. Mittels einer geheimen Chiffre verkehrt er über den Kopf der Botschafter hinweg mit ihren Unterorganen, über den Kopf hiesiger Vorgesetzter mit Subalternbeamten... Zwar hat Herr v. Richthofen die Stelle als Staatssekretär erhalten, die jener wohl für sich selbst in Anspruch genommen hätte; aber trotz alledem versteht er es nach wie vor, über den Kopf seiner Vorgesetzten hinweg eine eigene Politik zu treiben.“ Zum Ueberflus wurde noch ausdrücklich hinzugefügt, die „Intrige“ gegen den Fürsten Eulenburg sei „im Auswärtigen Amt gesponnen“ worden.

Uns konnte diese Darstellung nur erheitern, da unser Artikel von niemand beeinflusst und der „Keel mit den Ohnenaugen“ uns völlig fremd war. Aber Fürst Philipp Eulenburg scheint keinen anderen als seinen guten, lieben alten Freund v. Holstein für den Verfasser oder Inspirator gehalten zu haben. Denn der „Keel mit den Ohnenaugen“ sollte offenbar „Austernfreund“ sein. Und als der „Troubadour“ von ebendem alldann aus Wien scheiden mußte, hat er vermullich seine Hofstellung Herrn v. Holstein in Rechnung gebracht. Wie hinwegwieder allem Anschein nach Herr v. Holstein seine eigene, im vorigen Jahr erfolgte Kaltstellung auf den „Nebenberger“, den „Hafner“ zurückführt. Der frühere Freund des Fürsten Eulenburg steht heute mit dessen Anklage auf gutem Fuße.“

Die „Voss. Ztg.“ schließt mit der Hoffnung, daß die verfassungsmäßig Verantwortlichen der deutschen Politik „kraftvoll die Fügeln zu führen und allen unberechtigten Neben-einflüssen für die Zukunft energisch und wirksam vor-zubehugen“ vermöchten.

Die gute, naive Lante Voss versucht sich also einzureden, daß sich das absolutistische System bei einem temperament-vollen, selbstbewußten Monarchen mit der kraftvollen Fügeln-führung eines verfassungsmäßig verantwortlichen Kanzlers vertragen!

Verurfung im Moltke-Prozess.

Das Roffe-Blatt meldet: „Der Anwalt des Grafen Rudo Rolke, Justizrat Dr. v. Gordon erklärte auf die Anfrage eines unserer Mitarbeiter, ob er Verurfung einlegen werde: „Ich kann jetzt eine bestimmte Erklärung darüber noch nicht abgeben.“

Wie wir von anderer zuverlässiger Seite hören, wird kurzzeit die Frage erinogen, ob die Frage gegen Gordon nunmehr von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse weiter verfolgt werden soll, nachdem der Staatsanwalt in einem früheren Stadium bekanntlich eine solche Verurfung abgelehnt hatte. Nach § 417 der Strafprozessordnung ist der Staatsanwalt aber berechtigt, in jeder Lage der Sache bis zur Rechtskraft des Urteils die Verurfung zu übernehmen. Die Möglichkeit, daß die Staatsanwaltschaft Verurfung gegen den Urteil des Schöffengerichts einlegt, ist also vorhanden, doch ist ein dahingehender Entschluß bisher noch nicht gefaßt worden.“

Das alte gute Dreiklassenwahlrecht.

In einer öffentlichen Volksversammlung, die von den Rationalliberalen am Sonntag im Reichstagswahlkreis Bochum abgehalten wurde, sprach der nationalliberale Landtags-abgeordnete Professor Dr. Verendt über: „Die Aufgaben der

nächsten Landtagsession." Hierbei kam der Herr Professor auch auf die preussische Wahlrechtsfrage zu sprechen. Der Professor möchte nichts geändert sehen. Bevor man an eine Aenderung des Bestehenden herangehe, müsse man sich zunächst darüber vergewissern, wie sich denn das alte Wahlrecht bewährt habe. Und da müsse man sagen, daß das alte gute Dreiklassenwahlrecht seine Probe glänzend bestanden habe. Nirgends, in keinem Staate sei solch eine musterhafte Nachsorge (N), nirgends sei die Sicherheit der Person und des Eigentums so geschützt, wie in Preußen. Preußen habe die musterhafteste Schulverwaltung (N), die vorbildlich für alle Kulturstaaten gemessen sei. Dem müsse man entgegenstellen, wie denn das Reichstagswahlrecht gewirkt habe! Das Reichstagswahlrecht habe die Mehrheit des Zentrums gebracht, die jetzt nur durch den Bloß niedergehalten werde. Würde das Reichstagswahlrecht auf den Landtag übertragen, dann schide Berlin anstatt 9 freisinnige Volksparteier 9 Sozialdemokraten und Sozial-Vordemokrat anstatt 6 Nationalliberale 6 Sozialdemokraten in den Landtag. Wenn man dies bedenke, würde man sich den Schritt erst wohlweislich überlegen.

Von den anwesenden Jungliberalen, die die Versammlung einberufen hatten, wurde kein Protest gegen die Ausführungen erhoben. Diskussion wurde übrigens nicht gewährt, es wurde nur Fragestellung erlaubt.

Ein Offizier als Ankläger Trothas.

Schwere Anklagen über die südwesafrikanische Kriegsführung hat Leutnant v. Weech aus München in einem Vortrage in Wöppingen (Württemberg) erhoben; der Redner war im Kriege Ordonnanzoffizier und führte nach der „Frankfurter Zeitung“ aus: v. Weech hielt es für einen großen Fehler, alzu optimistisch über die Kolonien nach dem Heimatland zu berichten. So habe unter anderem auch das deutsche Kolonialamt eine bildliche Darstellung von der Lüderibucht (Kaga Pequena) herausgegeben, die direkt falsch sei. Das Bild zeige eine blühende Farm mit großen Dattelpalmen und wenn man tatsächlich nach der Lüderibucht komme, so sei sie nichts anderes als eine Ide-Sandwüste. Er kam dann auf den Zustand in Deutsch-Südwesafrika zu sprechen. Eingehend besprach er den Brief des Generals Trotha an die Hereros und zeigte ein Exemplar dieses Briefes, der hystographisch an die Hererohauptlinge gefandt wurde. Dieser Brief, worin Trotha u. a. befahl, auf Weiber und Kinder der Hereros zu schießen, habe selbst unter den deutschen Offizieren, die in Südwesafrika in der Linie standen, großen Unwillen erregt, und sei von den deutschen Offizieren auch nicht ausgeführt worden. Tatsache sei es aber, daß dieser Brief eine kolossale Erbitterung unter den Hereros hervorgerufen und so eine bedeutende Verlängerung des Feldzuges bewirkt habe. Tatsache sei ferner, daß durch diesen Brief der Widerstand ins Leben gerufen sei. Durch den Brief Trothas, die Hereros in den Sandwüsten und wasserarmen Gegenden festzuhalten — also infolge dieses Verhängungssystems — seien die Hereros direkt zu Räuberbanden geachtet und die Hereros direkt zu Räuberbanden geachtet nötig gesehen, deutsche Transporte zu überfallen und zu plündern. Wührausch gemacht seien die Eingeborenen auch dadurch, daß, als ein Stationskommandant, der mit den Eingeborenen in Friedensverhandlungen in seinem Lager eingetreten sei, dort, trotzdem die Eingeborenen volle Sicherheit zugesichert erhalten, plötzlich eine wüste Schierei begonnen habe. Ein großer Fehler von Trotha sei auch gewesen, daß er die Verhandlungen, die ein deutscher Abteilungsleiter (Major Storff) mit einem Hereroshamme wegen Waffenniederlegung angebahnt und fast zum friedlichen Ziele geführt hätte, plötzlich abbrechen ließ.

Das Hochverratsurteil.

In auffallendem Gegensatz zu der Eile, mit der die Strafbekanntmachung gegen unseren Genossen Dr. Karl Liebknecht betrieben ist, steht die Tatsache, daß das schriftliche Urteil bislang dem Verurteilten noch nicht zugewandt ist.

Schiffahrtsabgaben und Unstimmigkeiten.

Dresden, 28. Oktober.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages wurde am Montag über eine freisinnige Interpellation, die Schiffahrtsabgaben betreffend, verhandelt. Finanzminister Dr. Müller erklärte, daß die Staatsregierung nach wie vor Schiffahrtsabgaben entschieden ablehne. Die Industrie Sachse habe ihren Ausschuss zum Teil den Vorteilen des billigen Wasserweges, der Elbe zu danken. Die Regierung kann die Verantwortung für eine Belastung der Schiffahrt nicht übernehmen, so sehr sie es auch bedauere, in dieser Frage nicht mit der ihr sonst so befreundeten preussischen Regierung gehen zu können. Die Erklärung wurde beifällig aufgenommen.

Die Besprechung der Interpellation brachte zur Sache selbst nichts Außerordentliches, dagegen zeitigte sie ein interessantes Zwischenfall, dessen Held der Legationsrat v. Rostky-Wallwitz war, der gegen die konservativen Landtagsfraktion den Vorwurf erhoben hat, daß sie eine Nebenregierung bilden. Seit dieser Zeit wird der Mann, der Beamter im Ministerium des Innern ist, vom Dach der Konservativen verfolgt.

Herr v. Rostky-Wallwitz hat in derselben Sitzung des konservativen Vereins zu Dresden, wo er seine Anklagen gegen die Nebenregierung richtete, auch eine Erklärung über die Stellung der sächsischen Regierung zu den Schiffahrtsabgaben abgegeben. Auf diese verwiesen einige Redner. Das gab dem Finanzminister Dr. Müller Veranlassung zu erklären, jener Herr habe nicht in seinem Auftrage gehandelt; hätte er die Abtätigkeit gehabt, eine solche Erklärung abgeben zu lassen, so würde er sich dazu einen andern Herrn ausgesucht haben. Große Bewegung im Hause und Befriedigung bei den Konservativen. Schon hielt man den Legationsrat für einen toten Mann, da erhob sich der Minister des Innern, Graf v. Hohenthal, um zu erklären, Herr v. Rostky habe jene Erklärung in seinem Auftrage und mit seiner vollen Zustimmung abgegeben. Nun war das Stimmnehmen natürlich noch größer und die Session vollendet.

So etwas war im sächsischen Landtage noch nicht dagewesen. Auf die Bemerkung des freisinnigen Gläubiger, was man im Lande denken sollte, wenn die Minister ihren häuslichen Streit in dieser Weise austrügen, schweig der Finanzminister, obwohl er noch mehrmals das Wort nahm, Herr v. Hohenthal aber verfuhr, den unangenehmen Eindruck abzuschwächen, indem er versicherte, von einem häuslichen Streite zwischen ihm und dem Finanzminister könne keine Rede sein. Er summe in der Frage der Schiffahrtsabgaben jetzt völlig mit dem Finanzminister überein.

Das überzeugt natürlich keinen Menschen. Das Verhältnis zwischen dem Finanzminister und Herrn v. Hohenthal ist offenbar nichts weniger als freundschaftlich. Das brachte auch Genosse Wolstein zum Ausdruck, indem er bemerkte, daß da manches nicht zu stimmen scheint oder nicht gestimmt habe.

Zwei Monate Gefängnis für ein ruiniertes Menschenleben.

Vor dem Oberkriegsgericht des achten Armeekorps in Koblenz stand der Sergeant Gladie von der fünften Kompanie des Infanterieregiments Nr. 9. Dieser Vorgesetzte ließ am 12. August dieses Jahres, nachdem schon vorher scharf exerziert worden war, einen Kanonier eine halbe Stunde lang um die Abteilung herumlaufen. Als der Soldat ihm meldete, daß er nicht instande sei zu laufen, gebot ihm das Schicksal: er müsse so lange laufen, bis er umfällt. Bald nachher fiel denn auch der Soldat hin und mußte schmerzhaft weggetragen werden. Von dieser Misstratierung hat der Mann ein Herzleiden davongetragen. Er kann nach der Behandlung des Oberstabsarztes sein Gewerbe als Schlosser nicht mehr ausüben. Trotzdem also der

Soldat durch die Schuld seines Vorgesetzten sich dauerndes Siechtum zugezogen hat, erkannte das Kriegsgericht der 15. Division nur auf zwei Monate Gefängnis. Zum Ueberflus hatte der Sergeant noch die Schamlosigkeit, gegen dieses mehr als zarte Urteil Berufung einzulegen; sie wurde selbstverständlich vom Oberkriegsgericht verworfen.

Oesterreich.

Der Sternberg klagt? —

Die „Alldeutsche Korrespondenz“ meldet: Abgeordneter Graf Sternberg hat gegen die Abgeordneten Eidersch, Bernerstorfer und Seliger wegen der ihm bei dem Zwischenfall Schumacher-Sternberg zugefügten und nach dessen Entfernung wiederholten „beleidigenden Worte“ die Ehrenbeleidigungsklage beim Bezirksgericht Josefsstadt überreicht und gegen den Abgeordneten Seliger wegen dessen Feindschaft: „Der muß wie ein Hund erschlagen werden!“ die Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen gefährlicher Drohung erstattet. Außerdem hat Graf Sternberg die „Arbeiter-Zeitung“ wegen eines Artikels, in dem ihm vorgeworfen wird, daß er wegen nicht bezahlter Spielschulden als Offizier listiert wurde, die Ehrenbeleidigungsklage eingereicht.

Dazu sagt unser Wiener Bruderblatt, die „Arbeiter-Zeitung“ trocken:

Zu welcher Mitteilung wir bemerken, daß wir von der „Einbringung“ dieser Klage, von der wir doch auch etwas erfahren müßten, nichts vernommen haben und daß wir dem Herrn Grafen Sternberg die Tatsache vor dem Schwurgericht bereits ausreichend bewiesen haben. Vielleicht erzählen wir aus der Geschichte dieser Spielschuld samt dem angeblichen „Ausgleich“ der Familie Sternberg und des Testaments des verstorbenen Theresienritters einmal mehr.

Frankreich.

Militärische Sensationen.

Paris, 28. Oktober. (Fig. Ver.)

Während die innere Politik einen dem bürgerlichen Gemüte wohlthuenden Schneidengang einschlägt, fährt der Militarismus lärmende Tänge auf: „Sind wir verteidigt?“ so lautet die Frage, zu deren erregter Diskussion sich die patriotischen Lebenskräfte vereinigt zu haben scheinen, die Frage, die jedoch für den aufmerksamern Blick sichtbar, wirtschaftliche und politische Masseninteressen in Bewegung setzt. Wohl stehen als unheilverkündende Propheten Personen im Vordergrund, die sich ihrer Rolle als Agenten sozialer Gruppen schamlos voll bewußt sind. Aber wie General Langlois, der das Hauptgewicht auf den wachsenden „schlechten Geist“ in der Armee legt und die moderne Erziehung der Soldaten als Quelle unpatriotischer und unsoldatischer Gesinnung hinstellt, den Interessen des reaktionären und finanzkapitalistischen Feudalismus dient, so besorgt der reaktionäre radikalere Deputierte Humbert mit seinen Klagen über das minderwertige Waffenmaterial und über die schlechte Beschaffenheit der Festungen tatsächlich die Geschäfte der auf den Militarismus angewiesenen Großindustrie, wobei denn Enthaltungen über den mangelnden Patriotismus hoher Offiziere dem Algei nach der Brandmarkung der „Großen“ listernen Kleinbürgertum demagogische Genugtuung bieten. In der parlamentarischen Debatte hat die Regierung mit ihren beruhigenden Erklärungen den Sieg davongetragen, aber man darf darum nicht erwarten, daß die agitatorisch so dankbare reaktionäre und radikale Alarmbläser aufhören wird.

Augenblicklich kommt ihr der erneuerte Spionageschrecken zugute. Insofern der Schiffsführer Ilmo und der Landwehr-offizier Vertou wichtige militärische Geheimnisse ausgeliefert haben, und insbesondere, ob der Ursprung nur eines unfähigen einseitigen Sprengungsversuch an der Kriegsverwaltung verübt hat, ist noch unbekannt. Es ist auch vollkommen begründlich, daß die Armeeleitung, die das Reg der Konterspionage nicht zerreihen lassen will, alle möglichen romantischen und moralischen Geschichten über die Entlarvung der Spione in die Presse lanciert. Der Zufall hat ihr aber zweifellos, wenigstens bei der ersten Affäre, hochhat mitgespielt. Daß gerade unter einem Ministerium Clemenceau-Picquart ein ungewöhnlich jüdischer Spion, ein „Dreifuß der Marine“, wie die nationallistische Presse ihn rosch benannt hat, ertwischt werden mußte, das ist sicher ein Haupttreffer für die nationallistische Clique, die übrigens auch den anderen Spion schon als „Antikerikafan“ agnosziert hat. Wenn auch die Zeit für einen antisemitischen Nimmal anscheinend vorbei ist, so ist die Regierung doch gegenüber den reaktionären Elementen im Heere moralisch geschwächt, und sie hat sich durch ihr Vorgehen gegen die Arbeiterklasse des Mißhalls in der Demokratie zum großen Teil beraubt.

Mitten im Lärm der Enthaltungen, Unheilsrufe, Entfarnungen und Entrüstungen bereitet das Großkapital still einen Nischenraubzug im Namen des Vaterlandes vor. Der Marinemat hat eine Vorlage ausgearbeitet, die die Herstellung von sechs neuen Schlachtschiffen zum Gegenstand hat, welche den „Dreadnought“, den Niesen der englischen Flotte, an Größe übertreffen sollen. Man will die Schiffe bis 1909 fertig stellen. — Sicher ist es kein Zufall, daß der „Matin“ gerade jetzt — aus der Feder des sauberen Antimilitaristen Rebdan Cohier — „Enthaltungen“ über die Zustände in den Marinewerksstätten veröffentlicht, die die Arbeiter der Disziplinlosigkeit und Gewissenlosigkeit anlagen und der kapitalistischen Material liefern. Die seit langem die Vergebung der Schiffsbauten an die Privatindustrie betreibt. Die „Lanterne“ spricht heute von der Marinevorlage als von einem „Skandal“. Nun, man wird ja sehen, wie sich der Bourgeoisradikalismus gegen den „Skandal“ wehren wird.

Norwegen.

Das Kabinett Michelsen ist zurückgetreten. Der König nahm am Montag die Demissiongesuche des Ministerpräsidenten Michelsen, des Verteidigungsministers Olsson, des Kultusministers Dr. Jensen und des Justizministers Nostner an. Der bisherige Minister des Reichens Eobald ist unter Beibehaltung des Portefeuilles als Minister des Reichens zum Ministerpräsidenten, Rechtsanwalt Eredal zum Justizminister, Kapitän zur See Daves zum Verteidigungsminister, das Mitglied des Störings Wandvik zum Kultusminister und der bisherige Finanzminister Berge zum Kultusminister ernannt worden.

Finland.

Gewitterwolken.

Die Grundgesetzkommision des finnländischen Landtages hat ihren Bericht über die von der Reichsregierung geforderten 20 Millionen Mark als Ersatz für die persönliche Ableistung der Militärpflicht abgeschlossen, und die Vorlegung des Berichts im Landtag steht in kurzer Zeit bevor. — Die Zeitung „Karjala“ beurteilt die Chancen sowohl für als wider die Genehmigung der 20 Millionen und kommt auf die Möglichkeit einer Ablehnung der Forderung durch den Landtag.

„Die sozialdemokratischen Deputierten“, sagt die Zeitung, „werden bedingungslos für die Ablehnung sein. Die finnische Landtagsfraktion, die anfangs nicht hatte bekennen wollen, erklärt jetzt offen, daß sie für die Bewilligung stimmen werde, da sie die geforderte Summe für eine Ehrenpflicht des Landtages halte. Die Mehrheit der Deputierten der schwedischen Volkspartei

steht ebenfalls für Bewilligung. In der jungfinnischen Landtagsfraktion gehen die Meinungen auseinander: Die Mehrheit spricht sich für Bewilligung aus, die Minderheit für Ablehnung. Die Deputierten der Partei der Kleinbauernschaft schließen sich fast sämtlich in dieser Frage den Sozialdemokraten an. Als Resultat dieser Gruppierung kann für diese oder jene Entscheidung der Frage eine Majorität nur mit einigen Stimmen erlangt werden, so daß der Ausgang unter Umständen vom reinen Zufall abhängt.“

Die Ablehnung der Forderung der Reichsregierung kann für Finnland schwierige Verwicklungen zur Folge haben und gegenwärtig ist wieder das Gerücht von der Verabschiedung des Generalgouverneurs Gerard ausgeht, an dessen Stelle der den Finnländern wegen seiner „echt russischen“ Manieren wohlbelannte General Reinbot treten soll.

Finnisches Geld fürs russische „Väterchen“.

Helsingfors, 29. Oktober. (B. L. B.) Der Landtag nahm den Antrag des Verfassungsausschusses betreffend die Bewilligung von 20 Millionen Mark aus finnischen Staatsmitteln an die russische Staatskasse an. Die Sozialdemokraten nahmen an der endgültigen Abstimmung nicht teil.

Bulgarien.

Sofia, 28. Oktober. (B. L. B.) Kulächlich der heutigen Eröffnung der Session hatten die hiesigen Sozialisten regierungsfindliche Demonstrationen geplant. Trotz des Polizeiverbotes versuchten sie sich zu Kundgebungen zu ver sammeln. Infolgedessen kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Mehrere Sozialisten wurden verwundet. Ein starkes Polizeiaufgebot und Militär halten jetzt alle Straßen der inneren Stadt abgeperrt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die russische Revolution.

Resultate.

Petersburg, 29. Oktober. Bisher (12 Uhr 40 Minuten nachts) liegen Meldungen über 827 Abgeordnetenwahlen vor, darunter 166 Rechte und Monarchisten, 98 Demokraten und Gemäßigte, 3 „friedliche Erneuerung“, 25 Kadetten, 1 polnischer Nationalist, 6 Mohammedaner, 9 Sozialdemokraten, 19 Unke.

Stolypinscher „Konstitutionalismus“.

Petersburg, 28. Oktober. (Fig. Ver.)

Die Stolypinsche Wahlprosa ist schon von den Wahlen zur zweiten Duma her bekannt. Man möchte nun aber denken, daß gegenwärtig, wo durch das im Interesse der Agrarier zurechtgestufte Wahlgesetz die Wahlen reaktionär ausfallen, die Regierung ohne Repressalien würde auskommen können. Dem ist aber nicht so. Die Polizei macht die Wahlen wie früher ganz und ihrem Sinne. Für sie sind allein die Zirkulare des Ministeriums des Innern ausschlaggebend, nicht die Gesetze.

Die Polizei hat nach den zwei ersten Wahlen in der Bekämpfung progressiver Kandidaturen eine phänomenale Gewandtheit erlangt: Der Regierung unbenqueme Kandidaten wurden aus irgend einem Grunde in Anklagezustand versetzt, sie verließen damit auch das Wahlrecht. Besonders eifrig war die Polizei diesmal in der Anwendung der Wahlbestimmungen über Verlust des Wahlrechts bei den Wählern mit Wohnungszensus. Zu welchen Spitzfindigkeiten sie da griff, um einen unerwünschten Kandidaten unschädlich zu machen, darüber ließe sich eine ganze Chronik schreiben. Der Kadett B. Plessen z. B. wurde aus der Liste der städtischen Kreiswähler im Kreise Petersburg entfernt, weil er diesen Sommer im Ausland gewesen war! Läßt sich der Kandidat nicht auf diese und sonstige heimtückische Art beseitigen, dann tritt die nackte Krute in ihr Recht. Unzählige progressive Kandidaten mußten in Arrest wandern, weil sie sich „mit Wahlpropaganda befaßt“ hätten. Noch heute, wo die Regierung ihrer Majorität sicher ist, kommt aus Odesa die Kunde, daß dort der Kandidat der Kadetten, der Alexander Nikoloff, in Haft genommen worden ist. Grund: Wahlagitator! Gleichzeitig mit der Verhaftung natürlich die übliche Hausdurchsuchung mit Seindarmen und Dragonern als Statisten im zweiten Umkreise des Hauses. Dasselbe Telegramm meldet, daß in Niga der sozialdemokratische Kandidat in der zweiten Kurie, Dr. Fredalan, verhaftet worden ist. In Odesa sind drei Zeitungen mit je 1000 Rubel Besatz belegt worden, weil sie sich erdreistet hatten — die Namen der Kandidaten der Kadettenpartei abzu drucken! Das ist kein Einzelfall, sondern nur ein Stückchen eines doppelstimmigen Systems. Wenn dergleichen aber schon der Kadettenpartei passiert, so kann man daraus schließen, mit welchen Hindernissen die mehr links stehenden Parteien in den Wahlen zu kämpfen haben. Nehmen wir z. B. Petersburg. Die Polizei hat es da verstanden, die bekannteren Volkssozialisten und Arbeitergruppen, die sich an der Wahlagitator zur zweiten Duma beteiligten, von den Wahlversammlungen vollständig fernzuhalten. Ein einziger war noch geblieben, der bekannte Publizist Bobowoloff, der mit Erfolg gegen den Kadettismus auftrat. Nachdem er aber in zwei oder drei Versammlungen gesprochen hatte, wurde er durch einen ordinären Polizeieinsatz als Wähler listiert, und so hatte er nicht mehr Zutritt zu den Wählerversammlungen! Unsere Genossen hier in Petersburg haben in der zweiten Kurie die Kandidatur des Rechtsanwalts Sokoloff aufgestellt. Bisher ist es der Polizei noch nicht gelungen, ihn zu streichen, die Polizeipräsidenten haben aber von dem Gradonatschank die Vorschrift erhalten, in den Wählerversammlungen besondere Acht auf Sokoloff zu geben. Es kommt wohl auch für ihn die Stunde. ... Wenn solche Mittel in den Städten angewandt werden, so kann man denken, was die „Wahlfreiheit“ erst für ein Ding auf dem flachen Lande ist, wo keine Höhe der Herr Krjadnik thron! Darüber ließe man, wie z. B. heute, nur lakonische Notizen folgender Art: Auf Verfügung des Ministers des Innern wurden 22 Bauern des Dorfes Schurawinski wegen Zugehörigkeit zum Bauernverband auf zwei Jahre nach dem Gouvernement Wolgda verbannt. Zur Abwechslung ist es ein andermal das Gouvernement Wjatka oder ein noch weiter nach Sibirien zu gelegenes. Der nördliche Teil des Gouvernements Tobolsk allein zählt gegenwärtig in seinen „goldenen Gefilden“ 13 000 Verhaftete, die dort an Hunger und Kälte langsam zugrunde gehen. Das ist Stolypinscher „Konstitutionalismus.“

Mysteriöser „Aufstand“.

Wladivostok, 29. Oktober. (B. L. B.) Heute früh nahm ein Teil der Gemeinen eines Mineurbataillons, die von bei Nacht angekommenen Agitatoren und einer Gruppe Zivilpersonen geleitet wurden, in ihren Kasernen die Gewehrpyramiden auseinander und eröffneten ein Feuer gegen die Kasernen, in der zwei Kompanien des zehnten Schützenregiments standen. Als die Aufständischen gegen die Kasernen des Schützenregiments vorgingen, wurde auf sie mit Maschinengewehren gefeuert. Die Aufständischen liefen auseinander und lieferten nachher die Waffen ab. Von dem Mineurbataillon wurden zwei Offiziere und zwei Feldwebel verwundet und ein Kadett getötet. Von der Kompanie des Schützenregiments wurde ein Soldat getötet. Unter den Aufständischen wurden zwei Mann getötet und fünf verwundet, außerdem wurde ein Zivilagitor getötet.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Jandorf-Boycott.

Im Vordergrund des Interesses steht zurzeit der von der politisch wie gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einstimmig gefasste Beschluß, der Firma A. Jandorf u. Co. den Boycott zu erklären. Die Gründe, welche zu diesem Vorgehen Veranlassung gaben, sind bekannt. Eigenartig muß es im Angesichte dieses Kampfes berühren, wenn von Seiten des Warenhauses Jandorf wiederholt der Versuch gemacht wurde, sich den Mantel des sozialen Verständnisses für die im Betriebe Beschäftigten umzuhängen. Wie weit es damit her ist, illustriert vollumfänglich der Umstand, daß der Inhaber der Firma bei der von der bürgerlichen Presse veranstalteten und veröffentlichten Umfrage wegen Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses ganz bestimmt erklärte, seine Filialen vor 9 Uhr nicht schließen zu wollen, andernfalls er von seinen einigen Tausend Angestellten ein Drittel entlassen müßte. Daß man es jedoch fertig brachte, den Hausdienern einen Reviers vorzulegen, der geradezu einen Raub des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts bedeutete, sollte man kaum für möglich halten.

Als alle Verhandlungen endgültig gescheitert waren, versuchte die Firma ihren Arbeitern dieses Konstrukt von Vertrag einzeln aufzuzwingen. Die Hausdiener besaßen Rückgrat genug, kategorisch die Unterschrift zu verweigern. Jetzt zeigte dann auch Herr Jandorf sein soziales Empfinden: Wer nicht unterschrieb, wurde entlassen.

164 Familienväter, welche jahrelang ehrlich und rechtschaffen die gewiß nicht leichte Arbeit zur Zufriedenheit ausgeführt hatten, wurden einfach aus Straßensplaster geworfen! Daß die organisierte Arbeiterschaft sich eine solche Behandlung ihrer Arbeitsbrüder unter keinen Umständen gefallen lassen konnte, mußte eigentlich Herrn Jandorf klar sein. Die Firma scheint auch schon die Wirkung des Boycotts zu verspüren. Alle möglichen Versuche werden unternommen, um die Kundschaft zu fördern. Neuerdings schickt man mit der Post an das laufende Publikum Zirkulare mit Rabatmarken, in die, obgleich gar nichts eingekauft, im Voraus 10 Rabatmarken eingeklebt sind. Doppelte Rabatmarken, Ausnahmetage und ähnliche Reklamen werden gemacht; alles natürlich nur, um die von der Arbeiterschaft nicht gewünschte Ware an den Mann oder die Frau zu bringen. Das alles wird natürlich keine Arbeiterfrau veranlassen, ihre Einkäufe in diesen Häusern zu machen.

Die Polizei steht — wie gewohnt — auf Seiten der mit der Arbeiterschaft in Streit liegenden Firma. Zum Schutze der gemäßigten Arbeiter fehlt ihr die Macht und die Verfügung, natürlich auch die Absicht. Dagegen greift sie in unserem angeblich „mittelstandsfreundlichen“ Staate kräftig zum Schutze des bedrohten großkapitalistischen Warenhausbesizers ein und arbeitet so wenigstens an der Aufklärung des Kleinbürgertums über das Wesen des kapitalistischen Klassenstaates mit.

Am Sonnabend begann der Kampf auf Seiten der Arbeiter. 32 000 Flugblätter wurden vor den Filialen der Firma Jandorf und dem Kaufhaus des Westens verbreitet. Bei den Bewohnern des Westens (zumeist ebenfalls „wohlwollenden Mittelstandsfreunden“) blieb die Wirkung zumeist aus. In den proletarischen Gegenden haben die Flugblätter gut gewirkt. Dort wirkten sie auch am meisten auf die Polizei. Vor dem Kaufhaus des Westens und am Spittelmarkt kamen keine Verhaftungen vor, merkwürdigerweise auch nicht am Kottbuser Damm. In der Frankfurterstraße wurde eine Verhaftung vorgenommen, in der Velle-Alliancestraße zwei, in der Brunnstraße nicht weniger als elf! Daß das die Situation der Firma zu bessern vermag, möchten wir nicht behaupten. Stacheln die Maßregelungen der Firma die Arbeiterschaft bis zur Verhängung des Boycotts auf, so dürften die neuen Opfer, welche die Polizei dem Kapitalismus zu Füßen legt, die Durchführung des Boycotts nur verschärfen helfen. Ungefragt läßt sich die Berliner Arbeiterschaft wahrhaftig nicht brüskieren!

Die Elektromonteurs und Hülfsmonteurs nahmen am Montag in einer Versammlung, die im Gewerkschaftshaus lagte, den Bericht über den Stand ihrer Lohnbewegung entgegen. Gande erstattet den Bericht. Er legte zunächst dar, weshalb nicht der Kampf auf der ganzen Linie eröffnet worden sei. Nachdem die Forderungen der Unternehmern unterbreitet waren, welche ein günstiger Wind der Agitationskommission das Protokoll einer Versammlung zu, die die Installationsfirmen von Berlin und Umgegend abhielten. Es wurde da einstimmig beschlossen, dem Deutschen Metallarbeiterverband auf sein Ansprechen nicht zu antworten und einen Tarifvertrag weder mit dem Verband noch mit seinen Angehörigen abzuschließen. Für den Fall eines Streiks sollten die Arbeitsnachweise der Rahnemänner in bekannter Weise in Aktion treten. Eine Anzahl Firmen, darunter gerade die, von denen man ein Eingehen auf Tarifbestrebungen glaubte erwarten zu können, antworteten zwar, aber ablehnend. Zum Teil mit der Maßgabe, ihre Monteurs sollten, wenn sie etwas wünschten, selbst an sie herantreten. Angesichts dieses ablehnenden Verhaltens war die Frage: Liegen die sonstigen Verhältnisse so, daß ein allgemeines Vorgehen angebracht ist? In Betracht kam der Niedergang der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur, das Abflauen der Baukonjunktur und das Organisationsverhältnis. Den Vertrauensmännern wurde die Entscheidung überlassen. Sie beschlossen den Kleinstrieg. Redner ließ sich eingehend über die Einzelheiten der Bewegung aus und stellte fest, daß es gelang, bei 17 Firmen für 350 bis 380 Monteurs eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1/2 bis 1 Stunde täglich zu erzwingen, sowie Lohnhöhungen von 5 bis 30 Proz., namentlich aber von 10 bis 15 Proz. Bei fünf Firmen schweben noch Verhandlungen. Die Mehrheit einiger Firmen ließ die Kommission in Stich. Redner betonte noch: Eine Reihe von Arbeitgebern, die mit beschlossenen hatten, nicht mit Organisationsvertretern zu verhandeln, hätten dennoch mit dem Vertreter der Organisation verhandelt. Und zum Teil hätten solche Arbeitgeber, die keinen Tarif wollten, in Form von Arbeitsordnungen und Protokollen zumeist vereinbart, was die — Tarifvorlage forderte. Man sehe, daß ein größerer Teil der Arbeitgeber sich nur gegen die Form sträubte. Redner hofft, daß der Ausgang dieser Bewegung die Morgenröte sei vor einem schönen Sonnenaufgang, den eine spätere, erfolgreichere Bewegung bringen möge. Dazu sei aber notwendig, daß unter den Kollegen tüchtig in jeder Werkstatt für den Verband gewirkt werde. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über Fragen, die sich aus der Bewegung ergaben.

Achtung, Elektrikmonteurs!

Die Firma Zimmer, Weihenburgerstr. 20, ist bis auf weiteres gesperrt. Der Inhaber dieser Firma hat jede Verhandlung über die Forderung der Kollegen, Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse, abgelehnt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Kohler und Helfer! Wegen Nichtanerkennung des Tarifs haben die Kollegen bei der Firma Oswald, Turmstr. 44, die Arbeit niederlegen müssen. Die Firma ist bis auf weiteres gesperrt; ebenso folgende Bauten: Bau Gebbert, Wiglebenstr. 18/19; Bau Bode, Pfalzburger, Ecke Düsseldorfstr. 12a; Bau Opitz, Weißstreustraße und Ledebowstr. 12a.

Wir ersuchen die Kollegen, bei der Firma Oswald keine Arbeit anzunehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Friedensschluß im Töpfergewerbe.

Eine sehr stark besuchte Töpferversammlung beschäftigte sich in Kellers großem Saal am Dienstag, den 29. d. M., vormittags 11 Uhr, mit den Friedensbedingungen im Töpfergewerbe. Es wurde relativ kurz die bekannten Vorgänge bei den Verhandlungen mit der Meisterorganisation. In der am Montag abgehaltenen Sitzung sei endlich eine Einigung zwischen den beiderseitigen Kommissionen erzielt worden. Redner empfahl das Ergebnis zur einstimmigen Annahme. Wohl könne bei dem Friedensschlusse von keinem großen Siege die Rede sein, jedoch wäre nach seiner Ansicht dasjenige erreicht, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen möglich war. Die Töpfer Berlins haben bewiesen, daß sie auch in der Defensive zu kämpfen verstehen; eine Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen sei gebührend zurückgewiesen. In demselben Sinne äußerten sich dann noch einige Mitglieder des Verbandes. Ein Mitglied des Vereins der Töpfer Berlins hatte an den getroffenen Vereinbarungen dies und das auszuführen. Hätten die Totalisten sich an den Verhandlungen beteiligt, dann wäre es nach seiner Ansicht ganz anders und besser geworden. Drunsel war es ein leichtes, die Möglichkeit, daß Zwiespalt und Mißmut in die Reihen der Töpfer getragen werde, gründlich zu vereiteln. Fast einstimmig nahm die Versammlung die getroffenen Vereinbarungen der Lohnkommission an. Am Mittwoch, den 30. d. M., wird die Redaktion des neuen Tarifes vorgenommen und einer am Freitag noch näher bekannt zu gebenden Versammlung zur endgültigen Annahme vorgelegt werden. Am Montag, den 4. November, könne dann die Arbeit aufgenommen werden. Alle Töpfer haben bis dahin immer noch die tägliche Kontrolle zu passieren. Dergleichen sind die Streikposten — mit Ausnahme derer an den Bahnhöfen — nach wie vor zu besetzen. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband der deutschen Töpfer wurde die Versammlung geschlossen.

Der Tarifvertrag der Rahmenvergoldner.

Die Vergolder hatten sich am Montagabend außerordentlich zahlreich zu einer Branchenversammlung eingefunden, die in den neuerbauten „Arminhallen“ stattfand. Es wurde über die Lohnbewegung der Rahmenvergoldner berichtet, die bekanntlich zu einem zweijährigen Tarifvertrag führte, der schätzenswerte Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen bietet. Die Löhne werden im allgemeinen um 7 Proz. erhöht und der Mindestlohn, der bisher 58 Pf. war, ist auf 65 Pf. festgesetzt. Tüchtigere Arbeiter sollen höheren Lohn erhalten, was ja selbstverständlich erscheint, aber nun ausdrücklich im Tarif festgelegt ist. Die wöchentliche Arbeitszeit ist von 52 auf 51 Stunden herabgesetzt und Überstunden sind, wie der Tarif weiter sagt, zu vermeiden. Bei schlechtem Geschäftsgang sollen Entlassungen möglichst vermieden werden und es soll statt dessen lieber längere Zeit gearbeitet werden. Bei Einstellung von Arbeitskräften ist der Arbeitsnachweis der Vergolder (Holzarbeiterverband), Engelfufer 15, zu benutzen. Tarifforderungen sollen durch eine aus drei Meistern und drei Gesellen bestehende Tarifkommission entschieden werden. Der Tarifvertrag ist bereits am 19. Oktober in Kraft getreten und er gilt bis zum 30. September 1909. Wird er nicht bis zum 31. August des Ablaufjahres gekündigt, so gilt er ein weiteres Jahr.

In der Versammlung wurde sowohl von den Branchenvertretern Dehler und Späthe wie von Leopold, dem Vertreter der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes, vor allem darauf aufmerksam gemacht, daß nun mit allem Eifer über die Durchführung und Innehaltung des Tarifes gewacht werden muß. Weigert sich eine Firma, den Vertrag durchzuführen, so ist dies unverzüglich dem Bureau zu melden. Der Tarifvertrag ist am Sonnabend auf dem Gewerbegebiet festgelegt worden, jedoch also den Rahmenvergoldnern nun ein klares Recht auf die festgesetzten Löhne zusteht.

Deutsches Reich.

Geselle Fleischergesellen.

Der Mitteldeutsche Schlachtergesellen-Bund lud die verschiedenen zünftlichen Bundesvereine der Fleischer zu einer Versammlung nach Siegen ein, die am letzten Sonntag tagte. 18 Vereine, darunter auch aus Berlin, hatten dem Rufe Folge geleistet, und die Vertreter dieser berieten in Gemeinschaft ihrer biedereren Innungsmeister über die Gründung einer Organisation über ganz Deutschland gegenüber dem Zentralverband. Ein Herr Hornig, Mannheim referierte zu diesem Punkte. Der Mannheimer Fleischereitel — der den guten Leuten schwer im Magen liegen muß (die Freisprechung der Genossen Flischkowsli und Nagel durch das Mannheimer Schwurgericht findet bei den Händlern keine Gegenliebe) — meint er, habe den Beweis geliefert, daß der Zentralverband energischer als bisher bekämpft werden müsse. Der erste Schlag gegen den so tief gebahnten Zentralverband soll in Mannheim geführt werden. In 4-5 Wochen solle der Kampf losgehen. Dann „wehe“, Zentralverband! Wo der zweite „Schlag“ geführt werden solle, wurde nicht verraten. Die Deutschen werden auch gut tun, die Folgen des ersten Schlages abzuwarten. Vielleicht sind dann nicht die zentralorganisierten Fleischergesellen, sondern sie die Gesellagenen. Die Berliner stimmten den Vorschlägen zu. Es soll nun zunächst ein Norddeutscher Bund und daran anschließend eine Zentralverbindung über ganz Deutschland gegründet werden. Dann kann der Tanz gegen den Zentralverband der Fleischer losgehen! — Um dem Beschluß des Zentralverbandes auf seiner kürzlich stattgefundenen Generalversammlung, die Arbeitslosen neben der Krankenunterstützung einzuführen, etwas entgegenzusetzen, erhöhten die Bundesvereine die Reiseunterstützung für ihre Mitglieder von 50 Pf. auf 1 M. pro Tag. Die Innungen leisten hierzu Zuschüsse, wie sie auch zu anderen Veranstaltungen des Bundes ihr „Eherlein“ beitragen. — Arm in Arm mit ihren Meistern wollen also die zünftlichen Fleischergesellen gegen ihre freiorganisierten Arbeitskollegen kämpfen. Der Zentralverband wird diesem Ansturm gewappnet gegenüberstehen. Er wird trotzdem weiter wachsen und gedeihen. Er wird versuchen, die christlich-bündlerischen Gesellen zu überzeugen, daß die erbärmlichen Zustände im Fleischergewerbe nicht mit den Meistern abgeschafft werden, sondern nur, wenn alle Gesellen einig sind und sich in einer Organisation zusammenschließen, und dies ist der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Der Jolkhofen und die händliche Werftwerke in Köln a. Rh. sind von dem Deutschen Hafenarbeiterverband gesperrt worden, nachdem Unterhandlungen zwischen den ausgesperrten Getreide-Affordararbeitern und der städtischen Hafenverwaltung ergebnislos verlaufen sind.

Der Streik der Fischdampfer-Maschinisten in Hamburg-Altona.

Die Bewegung nimmt ständig an Umfang zu, indem immer mehr Dampfer im Hafen ankommen, deren Maschinisten abmustern. Von den Maschinisten der 11 Dampfer, die am Sonntag angekommen sind, ist der weitaus größte Teil von Bord gegangen. Die Reeder und ihre Helfeshelfer sind krampfhaft bemüht, das Rüdigen zu hintertreiben und auch arbeitswillige Maschinisten heranzuziehen. Glücklicherweise stehen die dabei aufgeborenen Kosten, die Ruhe und Arbeit zu dem Erfolg in argem Mißverhältnis. Man hat für erste Maschinisten 300 M. und für zweite 200 M. geboten und man hat auch eine Anzahl von Heizern zu Maschinisten abancieren lassen. Aber die Maschinisten in ihrer großen Mehrheit verstehen das unfreiwilige freundliche Verhalten recht gut und bedanken sich bestens, gegen solche Versprechungen und vorübergehendes Wohlwollen ihre Ehre zu besetzen und Verrat an ihren eigenen Interessen und Kollegen zu begehen. Alle Mittel werden in Anwendung gebracht, um die Streikenden irre zu führen und mutlos zu machen. Mit Ruhe und Not werden die Dampfer aus dem Hafen gebracht, um den Glauben zu erwecken, die Plätze der Streikenden seien besetzt und für die Reeder sei alles in schönster Ordnung. Aber alle Arbeitswilligkeit vermag Fähigkeit und Kenntnisse nicht zu ersetzen und trotz allen Entgegenkommens scheinen die Herren Reeder wenig Freude an ihren Schültingen zu erleben. So ist der Dampfer „Nordsee“ nach 3 Tagen wieder zurückgekehrt wegen „schlechten Kohlen“. Der „St. Georg“ ist bei Helgoland auf Grund geraten und der „Wappen von Hamburg“ ist ebenfalls nach zweitägiger Reise wieder in den Hafen zurück, wahrscheinlich auch wegen Widerpenzigkeit der Maschine. Der „Kalle“ liegt in Holtenau und wartet auf einen zweiten Maschinisten. Weiter ist der „Sperber“ ohne Heizer und die „Bunte Kuh“ ohne zweiten Maschinisten in See gegangen, worauf wir die zuständige Behörde aufmerksam machen wollen. Auch die Versuche der Reeder, ihre Dampfer nach fremden Häfen zu dirigieren, sind gescheitert. Die Streikleitung hatte schon bei Ausbruch des Streikes alle in Betracht kommenden Plätze besetzt, sodas man auch diese Versuche wieder aufgeben mußte. Einige Dampfer, welche in Seeemünde einliefen, konnten nur mit Hilfe der Polizei wieder in See gehen. Es wurde den Maschinisten unmöglich gemacht zu landen, und zwei derselben, welche ein Willert nach Hamburg gelöst hatten und eben im Begriff waren, in den Zug einzusteigen, wurden auf Veranlassung der Polizei wieder per Droschke nach dem Dampfer zurückgebracht. Die Reeder haben es allem Anschein nach aufgegeben, ihre Dampfer nach fremden Häfen zu beordern, da es nichts nützt. Auch die Altonaer Polizei vertritt mit Energie und Fleiß die Interessen der Reeder. Die Streikposten werden weggefahren und mit Verhaftung bedroht. Andere Leute und auch die bekannten Wassermännchen Gestalten können sich den ganzen Tag am Volkswort herumtreiben und kein Polizeigewaltiger verbielt ihnen den Aufenthalt. Nur wenn einer der gefährlichen Streikbrüder still und ruhig auf seinen Posten steht, schreit man ein, und Ruhe und Ordnung sind hergestellt und Reederum und Profit gerettet. Die Herren Reeder müssen doch gewaltig in der Klemme stehen, wenn solche Mittel in Anwendung gebracht werden. Aber trotz polizeilicher und anderer Hilfe, trotz Versprechungen und Drohungen lassen sich die kämpfenden nicht irreführen oder einschüchtern. Die Reeder werden sich in den nächsten Tagen entschließen müssen, ob sie ihren halstarrigen Standpunkt aufgeben und verhandeln wollen oder ob sie einen langen Kampf und damit den Stillstand der Fischdampfer vorgehen. Die Streikenden stehen einig und geschlossen hinter ihrem Verband und den von diesen vertretenen Forderungen. Es wird sich bald zeigen, daß die Hülfsmittel der Reeder und ihrer Freunde die Macht und das Solidaritätsgefühl der Maschinisten nicht erschüttern können.

Ausland.

Ein Erfolg des Getreideträgerstreiks in Rotterdam.

Durch Vermittelung des Stauerzeiunternehmers Cornelsen ist es dem Schiffs- und Bootarbeiterverband gelungen, einen Kontrakt mit einer Anzahl englischer Reeder abzuschließen, die jene besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestanden, denen die Rotterdamischen Reeder und Stauerzeiunternehmer so hartnäckigen Widerstand entgegensetzten. Die Schiffe, deren Führer keine Streikbrecher an Bord haben wollen, werden teils durch den Stauerzeiunternehmer Cornelsen gelöst, teils direkt durch den Schiffs- und Bootarbeiterverband, der über eigene Gerätschaften verfügt und somit selbständig Arbeiten übernehmen kann.

Welchen Einfluß dieser Erfolg der Streikenden auf die Haltung des Unternehmertums ausüben wird, läßt sich noch nicht voraussagen; jedenfalls muß er dazu beitragen, daß der Kampf eine für die Arbeiter günstige Wendung nimmt.

Straßenbahnstreik.

Braun, 29. Oktober. Die Bediensteten der Elektrischen Straßenbahn-Gesellschaft sind wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten; der Straßenbahnverkehr ruht vollständig.

Briefkasten der Redaktion.

Protest gegen die Wahl des Dr. Bladslaw Dulemka in den österreichischen Reichsrat. 66 Seiten. Druck von R. Timms Erben, Wien II, Dornimgasse 4.

„Der Kampf“. Heft 2. Sozialdemokratische Monatschrift. Pro Jahr 6 Kronen, Vierteljahr 3 Kronen, Einzelheft 50 Heller. Verlag: Wien VI, Mariahilferstr. 89.

Grundbesitzverteilung und Bauernfrage in Rumänien. Von Dr. G. D. Cernamps. I. Teil. Heft 129 der staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen von G. Schmoller und R. Sering. Verlag: Duncker u. Humblot in Leipzig.

„Bodenreform“. Heinrich Freese. Verlag: Friedrich Emil Verthes, Göttingen. Preis geb. 4 M.

„Es werde Licht“. Blätter für Aufklärung, Fortschritt und Verbesserung. Verlag: D. Th. Scholl, München. Jährlich 12 Hefte à 40 Pf.

Wahlrecht und Verursachende. Von Dr. E. Leo. 60 Pf. Verlag: D. Walthers, Berlin W. 20.

„Morgen“. Wochenchrift für deutsche Kultur. Nr. 20. 50 Pf. Verlag: Baraardt u. Co., Berlin W. 50.

Deutscher Armeekalender 1908. 50 Pf. Verlag: J. C. C. Bruns, Minden i. B.

Das Schulzimmer. Vierteljahrsschau über die Fortschritte auf dem Gebiete der Ausstattung, und Einrichtung der Schulräume. Herausgegeben von Dr. Th. Math. Meyer. Jährlich 4 Hefte. Jahrgang 4 M. das einzelne Heft 1 M. Verlag von G. Johannes Müller, Charlottenburg.

Das jüngste Deutschland von Eduard Engel. Preis 1,20 M. Verlag von G. Freytag in Leipzig.

Jahresbericht der Ortsverwaltung des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen. Berlin 1906/7. 73 Seiten. Selbstverlag. Berlin, Reichelschlagplatz 1.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Haus eingestürzt.

Leipzig, 20. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Heute abend gegen 7 Uhr erfolgte in dem Vororte Lindenau, Gehlsitz 17, eine Gasexplosion. Die Gewalt der Explosion war derartig stark, daß das ganze Haus in Trümmer ging. Auch die umliegenden Häuser hatten durch die Explosion mehr oder weniger zu leiden. Eine Anzahl Personen wurden in schwerverletztem Zustande unter den Trümmern hervorgezogen und nach dem Hospital übergeführt. Ob bei dem Unglück Tote zu beklagen sind, ist bisher noch nicht festzustellen.

Wie eine spätere Meldung berichtet, hatte die Feuerwehr bis 9 Uhr abends acht mehr oder weniger schwer verletzte Personen aus den Trümmern hervorgeholt. Ein 1/2 Jahr altes Kind wurde als Leiche geborgen. Die Explosion ist vermutlich dadurch hervorgerufen worden, daß eine Frau mit dem offenen Licht im Keller der neu eingerichteten Gasleitung zu nahe kam. Ob noch mehr Personen unter den Trümmern liegen, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Regierungshilfe für notleidende Banken.

Budapest, 20. Oktober. (B. T. S.) Die Regierung hat bei den hiesigen Banken eine Einlage von 19 1/2 Millionen gemacht. Paul Singer & Co., Berlin SW, Diersu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Prozeß v. Moltke-Harden.

Das Urteil.

Die Neugierigen und Sensationshungrigen fehlten am Dienstag trotz des empfindlichen Regens nicht. Immerhin waren es weniger als an den früheren Tagen. Die Polizei ist dagegen stetig nervöser geworden. Immer größer wurden die Scharen der Schaulente, die das Gerichtsgelände absperren. Natürlich konnten sie nicht hindern, daß die beiden Prozeßgegner von der ehrenwerten Sensationsmeute auf ihre Weise begrüßt wurden.

Der Andrang zum Hörsaalraum war gewaltig. Unter den Zuhörern befanden sich mehrere höhere Richter, ferner Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Referendare. Punkt 10 1/2 Uhr erschien Amtsrichter Dr. Kern mit den beiden Schöffen im Saal.

Eine Erklärung.

Justizrat Dr. von Gordon erhebt sich und erklärt: Ich habe gestern ermittelt können, daß der Zeuge Vollhardt, der große Wägenkonditor, der in dem 27-jährigen Offizier den 50-jährigen Vorgesetzten erkannte, und sagte, es wäre eine gewisse Ähnlichkeit zwischen einem Beteiligten und dem Grafen Moltke vorhanden, daß diese Persönlichkeit schwer bestraft ist und zwar durch Urteil des Kriegsgerichts der Garde-Kavallerie-Division vom November 1903, wegen Unterschlagung in mehreren Fällen, Mißbrauch des Dienstgewalts und wegen anderer Vergehen. Er ist deshalb degradiert und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt, was mit dem Verlust des Rechtes, die Nationalsozialisten zu tragen, verbunden ist, und auf die Festung Spandau geschickt worden. Dies ist der einzige Mann, der es gewagt hat, meinen Mandanten mit den Schmutzereien in Verbindung zu bringen und es kommt nur darauf an, hier vor der Öffentlichkeit dieses festzustellen, damit die Welt erfährt, was für ein Mann dieser Zeuge ist. Herr Harden wird mir wohl auch dankbar dafür sein, daß ich ihn über die Qualität und den Wert dieses Zeugen aufgeklärt habe, damit er sich im weiteren Verfahren nicht mehr auf diesen Zeugen beruft.

Vorsitzender Amtsrichter Dr. Kern: Herr Justizrat! Der Zeuge Vollhardt war dafür benannt, daß in einem Kreise, in welchem der Privatkläger verkehrte, sexuelle Ausdrückungen vorgekommen seien, dann waren zwei andere Zeugen benannt, die bekunden sollten, daß der Privatkläger Kenntnis davon gehabt hat. Dieser zweite Beweis ist mißlungen und es liegt deshalb wohl keine Veranlassung vor, auf das Zeugnis des Herrn Vollhardt zurück zu kommen.

Justizrat Dr. v. Gordon: Dann habe ich nichts weiter zu bemerken.

Hierauf wird

das Urteil

verurteilt. Amtsrichter Dr. Kern: Das Gericht hatte allein zu prüfen, was der Angeklagte in diesen acht Artikeln, die der Anklage beigefügt sind, gesagt hat. Es ist unerheblich, wie er später seine Ausdrücke gedeutet hat. Es ist auch ganz unerheblich, was er hierzu in der jetzigen Hauptverhandlung behauptet hat.

Es kommt also zunächst der Artikel vom 27. September 1906 in Frage. Da sagt der Angeklagte: „zwei Geschlechtern von sehr verschiedener Sinnrichtung“ mit Bezug auf den Privatkläger und einen Hohenzollernprinzen. Der Angeklagte deutet das so, daß der eine dem weiblichen Geschlechte sehr zugeeignet sei, während der Privatkläger dem weiblichen Geschlechte abgeneigt sei. Das Gericht ist aber der Ansicht, daß der Ausdruck „Sinnrichtung“ gegen diese Auslegung spricht, denn daraus ist zu entnehmen, daß das Sinnempfinden des Privatklägers eine bestimmte Richtung gehabt hat. Und daß sie, wenn auch selbstverständlich eine Abneigung dem weiblichen Geschlechte vorlag, mit einer Zuneigung zum männlichen Geschlechte verbunden war. Es wird dem Kläger also der Vorwurf gemacht, er sei sexuell anormal. Dann kommt der zweite Artikel vom 17. November 1907. Es heißt darin: „lauter gute Menschen, musikalisch, poetisch, spirituell“, so fromm, daß sie vom Gebet mehr Heilwirkung erhoffen, als von dem weisesten Arzt. Das alles wäre ihre Privatangelegenheit, wenn sie nicht zur Umgebung des Kaisers gehörten.“ Hier wird die erwähnte Freundschaftlichkeit offenbar zum Vorwurf gemacht, denn der Angeklagte selbst sagt, er ließe diese Freundschaftlichkeit als Privatangelegenheit gelten, aber da er, der Privatkläger, sich in politische Dinge mischte, müsse er diese Privatangelegenheit zur Sprache bringen. Es muß also eine Freundschaft sein, die von der Norm abweicht und sagt man die beiden ersten Artikel zusammen, so wird man daraus den Schluß ziehen, daß der Angeklagte dem Privatkläger Homosexualität vorwirft. Die Nummer vom 8. Dezember enthält denselben Gedankengang. Hier heißt es, ich würde es mir dreimal überlegen, ehe ich von einem Manne behauptete, er unterhalte intime Beziehungen zu Eulenburg.“ Daß er dies dem Kläger vorwirft, geht aus einem vorhergehenden Satze hervor. Hier ist die Behauptung der Homosexualität noch deutlicher. Er spricht auf der anderen Seite auch wieder von dem „Grillpöckchen“, dem er jedes Privatvergnügen gönne. Es kommt die Nummer vom 30. April 1907. Das Gericht hält hier nicht für nachgewiesen, daß der vom Angeklagten gebrauchte Ausdruck den ihm vom Privatkläger untergelegten beleidigenden Sinn haben sollte, sondern nur eine normwidrige Annäherung an Männer angedeutet werden sollte.

Ausgeschlossen sind sämtliche andere Artikel. Da ist das bekannte Nachgespräch des „Süßen“ mit dem „Därner“. Der Privatkläger hat selbst angegeben, daß er zunächst nicht getrunken habe, wer mit dem Süßen gemeint sei. Zum Tatbestand der Beleidigung gehört aber nach einem Reichsgerichtsurteil, daß mindestens eine für den Beleidigten verständliche Andeutung bei der Beleidigung vorhanden ist. Auf diesen Artikel stützte sich die Anklage aus § 185, sie ist damit also gefallen. Ausgeschlossen hat das Gericht ferner die Artikel vom 2. Februar und vom 6. April 1907. In dem ersten Artikel ist überhaupt nicht zu ersehen, wo eine Beleidigung stecken soll. Im zweiten Artikel ist nur von Leconte die Rede und es nicht ersichtlich, wodurch hier der Privatkläger beleidigt sein soll. Nun kommt der letzte Artikel vom 20. April, wo von der „vita sexualis“ die Rede ist. Dies ist aber nur eine Anspielung auf den Fürsten Eulenburg.

Was hat der Angeklagte in den vier Artikeln behauptet? Offenbar behauptet er damit: „Der Kläger hat ein anormales Sexualempfinden, er ist homosexuell.“ An sich mag diese Behauptung noch nicht beleidigend sein, aber andererseits wird doch damit weiter behauptet, dieser Trieb würde seinen Freunden gegenüber erkennbar, der Privatkläger habe also diesen Trieb nicht unterdrückt. Für die Frage, ob diese Behauptung geeignet ist, den Kläger verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, hat das Gericht die Ansicht vertreten, daß hier tatsächlich eine Herabwürdigung vorliegt. Denn von einem Manne in der Stellung des Privatklägers erwartet man, solange das Gesetz den § 176 kennt, also die Homosexualität, wenn auch nur in der schärfsten Form ihrer Ausführung, verbietet, daß er dann einen solchen sexuellen Trieb derart unterdrückt, daß er keinem anderen erkennbar wird.

Es ist nun vom Angeklagten die Frage der Verjährung angeregt worden. Das Gericht hat angenommen, daß sämtliche Artikel einem einheitlichen Entschlusse entspringen sind. Der Angeklagte wollte offenbar den Privatkläger so lange herabwürdigen, bis seine vermeintliche politische Tätigkeit aufgehört hätte. Das Gericht nimmt ferner an, daß in jedem einzelnen Artikel die Merkmale der Beleidigung gegeben sind und hält ein fortgesetztes Delikt für vorliegend.

Nun ist eine Beleidigung nur dann strafbar, wenn die Tatsache, die behauptet war, nicht erweislich wahr ist. Das Gericht hat angenommen, daß der

Beweis der Wahrheit dem Angeklagten gelistet

ist. Zunächst: ist der Privatkläger homosexuell? Dafür kommt in erster Linie in Betracht die Aussage der Frau von Elbe. Diese Aussage ist dem Gericht an sich glaubwürdig erschienen; aber sie wird noch wesentlich verstärkt durch das Auftreten des Privatklägers selbst. Das Gericht will durchaus nicht denselben Weg gehen wie die Verteidigung und etwa hier dem Grafen Moltke bewusste Unwahrheit vorwerfen. Dieser Vorwurf basierte auf Beweisen, die überhaupt gar nicht erhoben worden sind. Es waren also nur Unterstellungen. Das Gericht nimmt sogar an, daß der Privatkläger einen großen Zug von Wahrhaftigkeit an den Tag gelegt hat. Als hier gefragt wurde nach der Vernehmung der Frau von Elbe: Herr Graf, sind die und die Behauptungen Ihrer früheren Gattin falsch, hat diese Frau einen Meineid geleistet? da hat der Herr Graf geschwiegen. Er wollte, er muß, um seine Sache günstig zu gestalten, sagen: Die Aussage ist falsch. Er hat aber als Ehrenmann geschwiegen, und hieraus entnimmt das Gericht, daß auch er die Aussage für wahr gehalten hat. Wenn er auch später wirklich entgegengesetzte Beweisanträge gestellt hat, so ändert das doch nichts daran. Auf die Einzelheiten der Aussagen der Frau von Elbe und ihres Sohnes wollen wir nicht eingehen. Bringen wir hiermit das durchaus zuverlässige Gutachten des Herrn Dr. Magnus Hirschfeld in Zusammenhang, so sind wir zu dem Schluß gekommen, daß tatsächlich der Privatkläger

homosexuell veranlagt

ist. Die Voraussetzung trifft zu: er ist dem weiblichen Geschlechte abgeneigt, hat eine Zuneigung zu dem männlichen Geschlechte und hat gewisse feminine Eigenschaften. Alles Merkmale der Homosexualität. Es ist nicht etwa ein Beweis dagegen, daß der Graf eine Ehe eingegangen ist, denn der Sachverständige Dr. Hirschfeld hat selbst gesagt, daß solche Ehen homosexueller entweder auf Anraten von Verwandten oder um die sexuelle Veranlagung zu kaschieren, öfter eingegangen werden. Der Kläger ist homosexuell veranlagt. Es fragt sich nun: Ist diese Homosexualität anderen gegenüber erkennbar geworden?

Die Zeugen, die hier unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommen wurden, sollten bekunden, daß in den Kreisen des Privatklägers Ausschreitungen vorgekommen sind. Es waren dann Zeugen dafür benannt worden, daß der Privatkläger diese Ausschreitungen gefasst hat. Die letztgenannten Zeugen haben vollkommen versagt, darüber ist gar kein Beweis erbracht. Also kommt die Aussage namentlich des Zeugen Vollhardt gar nicht in Frage.

Nach Abgabe des Gutachtens des Sachverständigen Dr. Hirschfeld konnte auch von weiterer Beweisaufnahme Abstand genommen werden, da durch die innige Freundschaft des Herrn Grafen zum Fürsten Eulenburg, die fast liebenden Anreden und auch durch die vielerörterte Taschentuchepisode, ein Anzeichen der Tatsache der Homosexualität gegeben ist. Diese Tatsache ist den Zeugen Frau von Elbe und deren Sohn Wolff von Kruse deutlich erkennbar gewesen. Das geht aus ihren Aussagen hervor. Der Kläger hat sie nicht bestreiten können. Das Gericht nimmt also an,

daß der Beweis der Wahrheit erbracht ist.

Es muß hier ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nicht etwa hier festgestellt ist, der Graf Moltke habe strafbare Befätigung der Homosexualität an den Tag gelegt. Es ist lediglich als festgestellt erachtet: er ist homosexuell und hat diesen Trieb anderen gegenüber nicht unterdrücken können.

Es erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf die politische Ausführungen des Angeklagten. Diese sollen nur nachweisen, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Es liegt eine strafbare Handlung nach § 185 nicht vor, ebensowenig ist § 186 anwendbar, da aus der Form die beleidigende Absicht nicht zu schließen ist.

Das Urteil lautet dahin: Der Angeklagte ist der fortgesetzten Beleidigung nicht schuldig, er wird freigesprochen; die Kosten werden dem Privatkläger Grafen von Moltke auferlegt.

Hiermit schließt die Sitzung.

Das Urteil wurde von einem kleinen Teil des Publikums mit nicht sehr lebhaften Hochrufen begleitet.

Draußen ging es etwas lebhafter zu. Herr Maximilian Harden hatte den guten Geschmack, vor der Menge am Löwendenkmal höflich den Hut zu ziehen. Das zog; die Geschmeidelten brachen in laute Hochrufe aus, in die sich Pfeifen und Juchzen, angeblich von Homosexuellen mischten. Herr Harden hatte nicht Lust, die Stille seines Triumpfes sofort zu verlassen. Er ließ sich durch berittene und unterrichtete Schaulente einen Weg nach einer nahegelegenen Weinwirtschaft bahnen. Vor der Tür bemühten sich sodann einige 10 Sicherheitsmänner, den Ansturm der „Begeisterten“ und „Empörten“ abzuhalten.

Aus der Partei.

Die fünfte Konferenz des Agitationsbezirks Frankfurt a. M.

dem 12 Reichstagswahlkreise angefallen sind, fand am Sonntag in Höchst a. M. statt. Es waren insgesamt 84 Delegierte und sonstige Vertreter anwesend. Zu dem Geschäftsbereich, der gedruckt vorliegt, gibt Parteisekretär Rudolf einige Erläuterungen. Von allgemeinem Interesse ist eine Uebersicht über das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. An erster Stelle steht immer noch das Zentrum mit 92 206 Stimmen, dann kommt die Sozialdemokratie mit 91 260 Stimmen. Die Nationalliberalen haben 69 157, die Antisemitisch-Christlich-Sozialen 29 352, die Deutsche Volkspartei 17 692 Stimmen aufgebracht, die Reichspartei hatte 16 637, die Freisinnige Volkspartei 15 278 und die Konservativen 14 230 Stimmen. Gegen 1903 hat die Sozialdemokratie von allen Parteien den bedeutendsten Stimmenzuwachs mit 1 6373 Stimmen zu verzeichnen. Von den 12 Wahlkreisen des Bezirkes befinden sich im Besitz des Zentrums 4, der Sozialdemokratie 3, der Nationalliberalen 1, der Antisemiten 3 und der Deutschen Volkspartei 1. Die Kosten für die Reichstagswahlen betragen rund 20 000 M. Der Parteivorstand leistete einen Zuschuß von 18 000 M.

Die Zahl der organisierten Genossen stieg von 6 120 im Juli 1904 auf 10 945 im Juli 1906 und auf 14 615 am 1. Juli 1907. Das Mehr an Mitgliedern gegen das Vorjahr beträgt also 3 670. Das Verhältnis der Mitgliederzahl zu den abgegebenen Stimmen an der letzten Reichstagswahl beträgt 16,05 Proz. Auch die Zahl der organisierten Genossinnen ist gewachsen. Sie beträgt jetzt circa 860 in sämtlichen Kreisen. Die Einnahmen und Ausgaben der Provinzialklasse balanzieren bei einem Kassenbestande von 3002,12 M. mit 13 099,83 M.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht ist sehr lebhaft und ausgebreitet. Es wird im besonderen gefordert, daß in vielen ländlichen Orten gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bei der letzten Reichstagswahl nicht für und, sondern für die Gegner gestimmt haben. Mehrere Redner verlangen, daß die Gewerkschaftsführer in ihren Versammlungen mehr auf die Partei hinweisen und für diese agitieren sollen. Auch sollten die Parteiführer öfters in Gewerkschaftsversammlungen gehen und dort für die Partei arbeiten.

Ueber die Presse referierte Dorfsch. Frankfurt a. M. Die fortwährenden Erweiterungen und Neueinrichtungen in der „Vollstimme“, insbesondere die Vergrößerung des Umfangs und die Anstellung von 3 Berichterstattern für einzelne Wahlkreise machen eine Erhöhung des Abonnementspreises der „Vollstimme“

nötig. Die Neueinrichtungen bedingten eine Mehrausgabe von circa 20 000 M. Die Mehrausgabe für Papier allein betrug im letzten Jahre etwa 31 000 M. Dies alles hatte zur Folge, daß die Zeitung im Vorjahre einen Zuschuß von 13 000 M. benötigte, den die Union-Druckerei leistete. Aus diesen Gründen schlägt die Preiskommission eine Erhöhung des Abonnementspreises von 60 auf 70 Pf. vor. Die Erhöhung soll am 1. Januar 1908 in Kraft treten. Die Delegierten von Hanau sind gegen die Abonnementserhöhung, sie beantragen, sie bis auf weiteres zurückzustellen. Die Genossen des Wahlkreises Höchst wollen die Erhöhung erst am 1. Juli 1908 in Kraft treten lassen. An Stelle der geplanten Einführung einer Frauenbeilage solle die „Neue Welt“ beigelegt werden. Nach langer Diskussion wurde schließlich die Erhöhung des Abonnementspreises von 60 auf 70 Pf. für den 1. April 1908 beschlossen. Die Preiskommission soll erwägen, ob die Einführung der „Neuen Welt“ möglich ist.

Angenommen wurde ein Antrag der Genossen des Wahlkreises Siegen-Wittgenstein-Wiedenkopf, diesen Kreis dem Agitationsbezirk Frankfurt a. M. einzuverleiben. Ein Antrag Höchst, die Delegiertenwahlen zu Parteitagen und internationalen Kongressen durch Urwahlen vorzunehmen, wird abgelehnt; es soll die Regelung den einzelnen Wahlkreisen überlassen werden. Das bisherige Agitationskomitee wird per Akklamation wiedergewählt. Die nächste Konferenz findet in Wiesbaden statt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Vorsitzender Dittmann schließt die Konferenz mit einer Sympathieerklärung für den Genossen Karl Liebknecht, der die Konferenz zustimmt.

Partei und Gewerkschaft.

Paris, 24. Oktober. (Fig. Ber.)

Baillants Erklärung auf dem Kongreß der Seine-Subdelegation oder genauer gesagt, der Bericht der „Humanité“ darüber — daß die Internationale in Stuttgart in der Gewerkschaftsfrage — für die Franzosen eine Ausnahme gemacht habe, hat begrifflicherweise ein großes Aufsehen und recht energischen Widerspruch hervorgerufen. Im Brüsseler „Peuple“ protestierte Genosse Vanderveelde gegen diesen Kommentar der Stuttgarter Resolution, den Baillant selbst in einer Erklärung in der „Humanité“ abzuschwächen gestrebt hat. Baillant bezeichnete allerdings den Bericht der „Humanité“ als sehr genau, fügte aber, um ein Mißverständnis zu vermeiden, eine Darstellung seiner Verhandlungen mit dem Berichterstatter Veer hinzu, die einen wesentlichen Teil des Berichts der „Humanité“ entkräftet. Er habe, so führt er aus, dem Kongreß keine Entscheidung bezüglich der Franzosen zugesprochen, die dieser nicht gefaßt habe (gemeint ist hier offenbar die den Franzosen angebotene „Ausnahme“), vielmehr habe er Veer erklärt, daß seine Freunde kein Gewicht darauf legten, daß ihre Erklärung durch einen Beschluß zur Kenntnis genommen werde. Jönnen genüge eine einfache Mitteilung an den Kongreß und ihre Vergeißelung im Protokoll. Auf dem Kongreß am Sonntag habe er nur aus dem Vorbehalt der französischen Majorität den Schluß gezogen, daß für die französische Partei die Beschlüsse von Limoges und Rancy auch weiter die Richtschnur in der Frage: Partei und Gewerkschaft blieben. —

Dieser Auffassung tritt nun Genosse DeLoch in einer von der „Humanité“ heute veröffentlichten Zuschrift schärf entgegen. Auch er gibt eine Darstellung der Stuttgarter Kommissionsverhandlungen, die aber von der Baillants beträchtlich abweicht. Die Vertreter der französischen Mehrheit hätten wohl eine Ausnahme für ihr Land verlangt, aber sie wären mit der Begründung abgewiesen worden, daß die Zulassung von Ausnahmen die internationalen Kongresse zwecklos machen würde. Veer habe nun allerdings zugefagt, in seinem Bericht im Plenum von der französischen Erklärung Kenntnis zu geben. Aber infolge eines Einspruchs der französischen Minoritätsvertreter, die sich dagegen wendeten, daß man Frankreich außerhalb der Internationale stelle, habe nicht nur Veer die Ermahnung der Erklärung abgelehnt, sondern das Kongreßbureau habe Baillant und seinen Freunden auch mitgeteilt, daß die Erklärung dem Kongreß nicht zur Beschlußfassung unterbreitet werden könne. Alles was man tun könne, sei, daß einem Delegierten das Wort erteilt werden würde, der dann die Erklärung abgeben könne, die dann wie die anderen Teile der Diskussion ins Protokoll läme. Daraus gehe hervor, daß die Stuttgarter Resolution auch auf Frankreich Anwendung finde. So wie der Amsterdamer Kongreß den sozialistischen Parteien zur Pflicht gemacht hätte, das Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien aufzugeben, so habe der Stuttgarter die Herstellung immer engerer Beziehungen mit den Gewerkschaften vorgezeichnet. So wie damals der Beschluß respektiert worden und die Grundlage der Einigung geworden sei, so fordere auch der von 1907 die allgemeine Befolgung.

Daß sich die Anschauung Delochs in der Partei durchsetzt, ist allerdings vorläufig ausgeschlossen, da in den Gewerkschaften die Syndikalisten und die Neutralisten — vor allem auch die der sozialistischen Partei angehörenden — vereint mit allen Kräften dagegen arbeiten.

Aus Industrie und Handel.

Finanzkrisis.

Erhöhung des Bankdiskonts auf 6 1/2 Proz.

In der gestern früh stattgefundenen Zentralauschussung wurde der Reichsbankdiskont auf 6 1/2 Proz. festgesetzt.

Präsident Koch verwies in der Sitzung auf die Veränderung der allgemeinen Lage, welche seit der letzten Sitzung infolge des Ausbruches der Krisis in Amerika erfolgt sei. Sodann machte er auf die dadurch eingetretene Bewegung am internationalen Geldmarkt, insbesondere auf die Bewegung der Wechselkurse aufmerksam, die den Anstoß zu einer Goldausfuhr gegeben habe. Zwar seien erst einige Millionen Gold ausgegangen, aber der Goldexport halte an, namentlich nach Holland; aber auch für einen Export nach Amerika seien die Wechselkurse günstig. Aus Gründen der Vorsicht sei also ein Schutz für unseren Goldbestand geboten. Auch die inneren Verhältnisse hätten sich, wenn sie auch vielleicht sonst keine Veranlassung zu einer Diskonterhöhung gegeben hätten, doch nicht so gebessert, und der Status bleibe noch hinter dem Vorjahre zurück. Der Zentralauschuss war mit der Erhöhung gleich um ein volles Prozent einverstanden, da, wenn man sich jetzt mit der Erhöhung um 1/2 Prozent begnügt hätte, wahrscheinlich schon in der nächsten Woche eine abermalige Heraussetzung notwendig geworden wäre.

Dresden, 29. Oktober. Die Sächsische Bank hat den Bankdiskont auf 6 1/2 Proz., den Lombardzinsfuß auf 7 1/2 Proz. erhöht.

München, 29. Oktober. Die Bayerische Notenbank hat den Wechseldiskont auf 6 1/2 Proz. und den Lombardzinsfuß auf 7 1/2 Proz. erhöht.

Die Bank von England hat ihre Rate nicht erhöht, sie diskontiert Wechsel aber nur mit Aufschlägen von 1/2 Proz. und mehr.

Die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten melden verschiedene Goldveräußerungen nach New York. Angeblich sollen circa 30 Millionen Dollar auf dem Wege nach dort sein. In New York stößt das geschäftliche Leben aus Mangel an Geld, das sich ängstlich versteckt. Die Bath Trust Company mit einem Depositenbestande von circa 1/2 Million Dollar hat ihre Schalter geschlossen. Aus Pittsburg wird gemeldet, daß die

Direktoren beschloffen haben, die Börse nicht zu eröffnen. Wenn die Börse die Geschäfte wieder aufnehmen soll, wird nicht mitgeteilt. Der Gouverneur von Oklahoma proklamierte einen achtstägigen Bankfeiertag. — Die Bankers Trust Company in Kansas City ist geschlossen; ein Direktor ist verschwunden. Auch die Getreidebörse in Duluth ist vorläufig geschlossen. — Das New Yorker Clearinghouse setzte den Zinssatz für Zertifikate auf 6 Proz. fest. Von heute liegen noch folgende Meldungen vor:

New York, 28. Oktober. Die scharf hervortretende Geldknappheit beherrscht heute das gesamte geschäftliche Leben. Die Maßnahmen der Ausgabe von Clearinghouse-Zertifikaten ist in vielen großen Städten aufgenommen worden und die hervorragenden Finanzleute schließen sich überall zusammen zu dem Zwecke, die Geldknappheit zu erleichtern. Der Tag verlief im ganzen ruhig ohne neuen Ausbruch von Aufregung. Die Bath Trust Company von Bath (Maine), welche Depositen im Betrage von einer halben Million Dollar hat, schloffen ihre Schalter. Der Gesamtbetrag des Geldes, für dessen Einfuhr Vorbereitungen getroffen sind, beläuft sich auf 27 500 000 Dollars.

New York, 29. Oktober. Alle Banken der Stadt Oklahoma wurden durch eine Bekanntmachung des Gouverneurs wegen des Mangels an Geld zeitweilig geschlossen. Viele Bankiers des Territoriums Oklahoma, von Arkansas und des nördlichen Texas ziehen eine ähnliche Maßnahme in Erwägung, weil die Banken von Kansas City und Saint Louis sich weigern, Geld zu senden.

Ein optimistischer Urteil.

Beim Festmahl, das sich jeder Generalversammlung des Bochumer Vereins anschließt, bemerkte Generaldirektor Baars, daß er für die Zukunft kein ungünstiges Bild aufstellen könne und daß zu besonderen Bemühungen keine Veranlassung vorliege. Wenn auch der Bedarf im allgemeinen etwas nachgelassen habe, so dürste man daraus nicht einen deprimierenden Rückgang erwarten, daß ein wenig hoffnungsvoller Blick in die Zukunft gerechtfertigt sei. Der Stahlwerksverband regelt genau wie das Kohlenhandels die Preise nach oben und unten. In der weiterverarbeitenden Industrie seien Bestrebungen auf einen Zusammenschluß im Gange, und man werde dort wohl allmählich einsehen, daß ein Zusammenschluß unter Berücksichtigung gewisser Sonderinteressen besser sei, als gar kein Zusammenschluß. Der Rinderverbrauch an Formeisen treffe den Bochumer Verein weniger, da seine Beteiligung im Stahlwerksverband hierin verhältnismäßig gering sei. Auf der anderen Seite wäre starker Bedarf an rollendem Material vorhanden. Alle diese Tatsachen rechtfertigten seine Auffassung, daß man mit einem gewissen Vertrauen in die Zukunft blicken dürfe.

Der Leiter des Bochumer Vereins galt bisher als ein vorsichtiger Beurteiler der Wirtschaftslage. Ob die Zukunft das Vorstehende, immerhin sehr optimistische Urteil rechtfertigen wird, erscheint uns aber doch noch fraglich.

Heringe sind billiger geworden. Während 1906 eine Tonne Heringe noch 45,00 M. kostete, kostet sie in diesem Jahre nur 33,00 M. Diese erhebliche Verbilligung ist auf die starke Zunahme des Angebotes und auf die Zurückhaltung des Verbrauches zurückzuführen. Sowohl die einheimische Heringsfischerei als die Einfuhr hat dazu beigetragen, das Angebot von Heringen am deutschen Markt zu erhöhen. In den Monaten März bis September 1907, für welche Zeit die Ergebnisse des Heringfanges sich mit den vorjährigen vergleichen verglichen lassen, wurden im Nord- und Ostseegebiet zusammen Heringe im Werte von 490 165 M. gefangen gegen 316 999 M. in der Parallellzeit 1906. Es fand demnach allein beim deutschen Heringfange eine Wertzunahme von 173 166 M. oder 55 Proz. statt. Dazu kommt nun noch das Plus, das durch die forgierte Importfähigkeit dem deutschen Verbrauch zugeführt wurde. In den ersten neun Monaten wurden 807 078 Kilo gefangene Heringe nach Deutschland eingeführt gegen 744 961 Kilo in der Vergleichszeit 1906. Die Einfuhr hat also um 62 117 Kilo oder um circa 8 Proz. zugenommen. Die Herkunftsländer der in Deutschland konsumierten Heringe sind Großbritannien, die Niederlande und endlich auch Norwegen.

In der Strafsache gegen den Redakteur Hans Weber zu Berlin, Greifhagenstraße 52, geboren am 3. Juni 1874 zu Berlin, Dissident, wegen Verleibung, hat die 4. Strafkammer des Königl. Landgerichts I Berlin am 27. April 1907 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verleibung durch die Presse zu einer Geldstrafe von 600 M., an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für je 15 M. 1 Tag Gefängnis tritt, und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Von dem in der ersten Verlage des „Vorwärts“ vom 5. Januar 1907 befindlichen Artikel „Die Eisenbahner und die Reichstagswahlen“ ist derjenige Abschnitt, welcher mit den Worten beginnt: „Zum selben Thema wird uns aus Dortmund aus Eisenbahnerkreisen geschrieben“, sowie derjenige Teil der Platten und Formen unbrauchbar zu machen, auf welchen sich jener Abschnitt befindet.

Dem Beteiligten, Eisenbahndirektions-Präsidenten Kieschke in Essen, wird die Befugnis ausgesprochen, den verfügenden Teil des Urteils binnen Monatsfrist seit der an ihn erfolgten Zustellung des rechtskräftigen Urteils öffentlich bekannt zu machen.

Die Bekanntmachung hat zu erfolgen durch den „Vorwärts“ in der ersten Verlage, und zwar mit derselben Schrift wie der Abdruck des beanstandeten Artikels, und ferner durch die „Abeinisch-Westfälische Zeitung“ in Essen, und zwar durch jede dieser Zeitungen je einmal.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Berlin, den 14. Oktober 1907.
ges. Hofrichter, Landgerichts-Sekretär,
Gerichtsschreiber des Königl. Landgerichts I Strafkammer 4.

Soziales.

Wie das Volk lebt.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates in Weimar überlegte der Herr Stadtrat Heller die Stadtbüter mit einer Aufstellung, die als sie in Weimar öffentlich bekannt wurde, zu lebhaften Diskussionen Veranlassung gab. Die städtischen Arbeiter sollen nämlich eine „mäßige“ Lohnaufbesserung erhalten. Damit nun die Herren Stadtbüter die Sache etwas wohlwollender beurteilen, legte sich der Herr Stadtrat hin und rechnete aus, wie eine Arbeiterfamilie zu leben hat. Er brachte das Resultat seiner Forschungen auf Papier und ließ es der Öffentlichkeit, damit — nach seiner Meinung — gar kein Irrtum unterlaufen konnte. Die Aufstellung ist nun so wunderschön geraten, daß sie wert ist, auch weiteren Kreisen vor Augen geführt zu werden. Hier ist sie:

Budget einer Arbeiterfamilie in Weimar, die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Es wird angenommen, daß der Mann das ganze Jahr hindurch Arbeit hat und dafür 3 M. pro Tag, bezüglich 18 M. pro Woche Lohn erhält. Die Frau beschäftigt sich mit Aufwartungen und bezieht dafür 12 M. pro Monat. — Der Verdienst der Familie beläuft sich also auf 52 mal 18 = 936 M. und 12 mal 12 = 144 M., in Summa 1080 M. Der Aufwand wird sich pro Tag folgendermaßen stellen:

Frühkaffee: 5 mal 2 Pf. Semmeln 10 Pf., 100 Gramm Kaffee 10 Pf., Milch 5 Pf. Zusammen 25 Pf.
Frühstück: 5 mal 5 Pf. Brot 25 Pf., 5 mal 5 Pf. Butter oder Fett 25 Pf. Zusammen 50 Pf.
Mittagsbrot: 2 Suppen mit Fleisch a 18 Pf. = 36 Pf., 2 Suppen ohne Fleisch a 9 Pf. = 18 Pf., Brot 10 Pf. Zusammen 73 Pf. Im Selbstverbrauchsfall des Mittagsbrotes 1/2 Pfund Fleisch mit Reis, Graupen oder Gemüße.
Nachmittagskaffee (wenn ausgesprochen): 10 Pf.

Abendbrot: 5 mal 5 Pf. Brot = 25 Pf., 5 mal 5 Pf. Butter in Butter, Käse, Wurst oder Suppe und Kartoffeln bestehend = 25 Pf. Zusammen 50 Pf.
Riete: 120 M. pro Jahr; täglich 33 Pf.
Schulgeld: für zwei Kinder einschließlich der Bücher: 14,00 M. pro Jahr; täglich 4 Pf.
Wäsche, Kleider, Schuhe: 90 M. pro Jahr; täglich 25 Pf.
Kranken- und Invalidenbeiträge: 9 M. die Frau und 12,00 M. der Mann; täglich 6 Pf.
Licht und Heizung in fünf Monaten: 20 M.; täglich 3 Pf.
Ein Glas Bier pro Tag: 47,25 M.; täglich 13 Pf.
Steuern und Zageblat: 3,25 M. pro Jahr; täglich 1 Pf.
Aufwand pro Tag: 2,98 M. x 365 = 1080 M. und 40 Pf.

Also, der Herr Stadtrat rechnet noch ein Defizit von 40 Pf. heraus! Abgesehen davon, daß eine ganze Anzahl notwendiger Ausgaben gar nicht berücksichtigt worden sind, stimmt die ganze Aufstellung auch bezüglich der angegebenen Summen nicht. J. V. ein Pfund Kaffee für 50 Pf.?! Ferner: nach dem Steuerfuße sind in der Stadt Weimar für Gemeinde und Staat allein schon 18 M. Ausgaben zu zahlen. Dabei rechnet der Herr Stadtrat für Steuern und Zageblat zusammen 3,25 M. pro Jahr. Für fünf Menschen pro Jahr 90 M. für Wäsche, Schuhe und Kleider?! Das ist ein Kunststück, das einer Prämie wert ist, die aber der Herr Stadtrat sicher nicht verdienen würde. Erklärend sagt der Herr nun noch dazu, daß es kein Notiz sein solle, die Aufstellung solle vielmehr nur den Zweck haben, eine wohlwollende Beurteilung der Anträge auf Lohnhöhung der städtischen Arbeiter zu erzielen. Eine große Anzahl der Arbeiterfamilien können aber noch nicht einmal mit einem Jahresverdienste von 1080 M. rechnen. Umso mehr ist deshalb diese Aufstellung beachtenswert. Der Mann hat sich die größte geben, zu berechnen, wie es eine Familie mit solchen geringen Eöhnen fertig bringen muß, auszukommen. Daß dabei dem Herrn das Malheur passiert ist, sich noch stark verrechnet zu haben, und zwar in dem Sinne, daß die Lage der Arbeiterfamilien noch viel trauriger liegt, als wie es an diesem Budget geschildert wird, liegt an dem Umstande, daß die bürgerlichen Kreise gar kein Verständnis von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiterklasse haben. Freilich hält diese Unkenntnis sie nicht ab, desto mehr von dem „Jargensleben eines Arbeiters“ zu fabeln. Eine Familie auch nur notdürftig mit 1500 M. zu ernähren, selbst wenn die Frau tüchtig mitschneidet und außerordentliche Ausgaben wegen Entbindungen, Krankheit usw. nicht auftreten, ist ein Kunststück, das die Fähigkeit der Arbeiterinnen zum Verufe eines Finanzministers klarlich erweist.

Wie in Weimar sieht es allenthalben. Und doch hat es der freisinnig-konservative Block in Preußen fertig gebracht, auch die direkten Steuern des Arbeiters durch eine Denunziationspflicht der Hauselgentümer und Arbeitgeber enorm zu erhöhen.

Aus besseren Kreisen.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Nürnberg spielte sich ein interessanter Prozeß ab. Angeklagt war ein ehemaliges Kammermädchen namens Lina Herter, der Held des Prozesses dagegen war der Sohn Fritz des millionenreichen Generalstabsobersten Ritter aus der Schweiz. Der Herr Sohn hat im Jahre 1903 das im Hause des Obersten bedienstete Mädchen zur Verehelichung der Rasse der niederen Klasse verwendet. Als sich die Folgen in der Schwangerschaft des Mädchens zeigten, tat die Frau Oberst alles, um ihren Herrn Sohn „vor einem Mafel zu bewahren“. Das junge unerfahrene Mädchen wurde mit der Summe von — 1000 Frank abgefunden; weitere 4000 Frank sollte es rotenweise, je nach der Lebensdauer des zu erwartenden Kindes, erhalten, aber nur unter ganz sonderbaren Bedingungen. U. a. sollte das Mädchen niemals die Herkunft des Kindes verraten und das Mädchen selbst ihr Leben lang die Schweiz nicht mehr betreten dürfen. In dem schriftlichen Abfindungsvertrag war die andere Vertragspartei mit „Frau A. und ihr Sohn B.“ bezeichnet. Dem Mädchen wurde nicht einmal dieser Vertrag erfüllt. Es strengte darauf Vaterschaftsklage gegen den Herrn Sohn an. Das Bezirksgericht in Winterthur wies die Klage ab mit der Begründung, die Klägerin sei durch Vergleich bereits befriedigt. Das Obergericht in Zürich erklärte aber die Klage für zulässig, weil ein Vergleich, der vor der Einreichung einer Vaterschaftsklage abgeschlossen werde, nicht rechtskräftig sei. Um nun die Verhandlung vor dem Appellationsgerichtshof in Zürich zu vermeiden, suchte die Frau Oberst — der Herr Oberst weiß heute von der ganzen Sache noch nichts — wiederum zu verhandeln. Die Verhandlungen mit dem Mädchen begannen schon auf der Fahrt nach Zürich. Der Anwalt der Frau Oberst brachte durch allerhand Drohungen mit Verlesung von das Mädchen eventuell kompromittierenden Briefen seiner Mutter es zu einem Vergleich. Das Mädchen zog die Revisionsklage zurück. Sie erhielt 5000 Frank (4000 M.). Hierbei wurde ihr erklärt, falls es ihr mal schlecht gehen sollte, könne sie sich immer wieder an die Frau Oberst wenden. Das Mädchen gründete sich mit dem Gelde in Zürich dann ein Geschäft. Bald mußte es aber wegen eines Unterleibsleidens sich zweimal operieren lassen und lange im Krankenbette zubringen. Das Geschäft ging zugrunde. In der bittersten Not wandte sie sich dann an den Vater ihres lebenden Kindes bezog, an die Frau Oberst um Unterstützung nicht für sich selbst, sondern für das arme Kind. Sie erhielt nicht einmal eine Antwort. Eines Tages fuhr die Kindsmutter nach Nürnberg, um eine dort erhaltene Stellung anzutreten. In Lindau i. B. erblickte sie gelegentlich der Polizeirevision den Vater ihres Kindes unter den Fahrplätzen des gleichen Zuges, in dem sie fuhr. Zwischen St. Margareten und Kempten suchte sie dann den Herrn in seinem Abteil 3. Klasse auf, um mit ihm eine gütliche Unterredung anzubahnen. Er hielt es aber unter seiner Würde, ihr Antwort zu geben. Da ging das Mädchen zurück in ihren Abteil 3. Klasse, holte ihr dort sitzendes Kind und stellte es dem Vater mit der Bitte vor, er möge sein Kind ansehen. Nun war der Zentel los. Der Herr Vater wollte „sein Kind“ und „seine Mutter“ sehen und kennen, drohte mit dem Fieber der Koffeine und warf schließlich die Mutter samt dem Kinde zum Abteil hinaus. Zufällig traf die Mutter den Vater ihres Kindes später nochmals in Nürnberg, wo der Herr als Praktikant in einem Industrie-etablisement tätig war. Sie bot ihm um Sicherstellung eines Geldbetrags für das Kind. Der hochwohlgeborene Vater wies der verzweifelten Mutter die Türe. Als eines Tages die Mutter in höchster Verzweiflung ihr Kind dem Vater auf die Türschwelle gesetzt hatte, in einem Moment, wo der Herr die Treppe hinaufkam, da stieg der Mensch herzlos über das weinende Kind hinweg in sein Zimmer, kam gleich wieder heraus, um — einen Säugmann zu holen. Nicht genug damit, ließ der Herr Vater das Mädchen ein andermal wegen Bettelns und Landstreicherei verhaften. Ohne Erfolg. Die Polizei konnte selbst mit dem besten Willen keine rechtlichen Gründe zur Aufrechterhaltung der Haft finden. Schließlich glaubte sich der Herr seiner Vaterschaft endgültig entziehen zu können, wenn er die Mutter seines Kindes wegen Erpressungsversuchs anzeigte. Das Gericht sprach das arme Mädchen nach vierstündiger Verhandlung und nach einer vernichtenden Kritik des Verteidigers an dem Verhalten der Oberstentante bezog, an dem Oberstentanten frei.

So wurde der Herr Sohn des Herrn millionenreichen Generalstabsobersten „vor einem Mafel bewahrt“.

Schulärzte in Lübeck.

Die Lübecker Bürgerschaft nahm die Senatsvorlage auf Anstellung von 10 Schulärzten an.

Zur Aufhebung des Arbeitsvertrages.

Das Reichsgericht, das selten über Arbeitsverträge zu entscheiden hat, hat dieser Tage über das Recht des Prinzipals auf Einspruch gegen Verwertung der Arbeitskraft des nach nicht entlassenen Angestellten in einem anderen Geschäft eine Entscheidung getroffen. Der Konfektionär A. zu Berlin befand sich seit dem 1. Januar 1905 bei der Firma Salmer u. Loewenheim, die eine Damenmüllfabrik betreibt, als Konfektionär und Verkäufer gegen ein Jahresgehalt von 10 000 M. und 9 Proz. Provision von den von ihm abgeschlossenen Geschäften, in Stellung. Nach

dem Anstellungsvertrage sollte das Dienstverhältnis vom 1. Januar 1905 ab von beiden Seiten vom ersten eines jeden Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer vierwöchentlichen Kündigungsfrist kündbar sein. Im Mai 1906 nahm A. aber eine Stellung bei der Firma Jsenburg u. Levin, einer Konkurrentin seines Dienstherrn, für den 1. Juli 1906 als Konfessionär an. Er erklärte dem Inhaber seiner Dienstfirma, daß er jetzt eine Stellung gefunden habe, wo er jährlich 5000 M. mehr verdiene und hat um seine Entlassung bis zum 1. Juli 1906. Diese wurde ihm verweigert mit Rücksicht auf die bevorstehende Saison. Da A. nun nicht mehr arbeitete, erhob die Firma Salmer u. Loewenheim Klage auf Verurteilung des A. zur Unterlassung jeder geschäftlichen Tätigkeit für die Firma Jsenburg u. Levin für die Kündigungsfrist vom 1. Juli bis 30. September 1906. Am 4. Juli 1906 stellte A. die Arbeit bei der Mälerin ein und trat in den Dienst der Firma Jsenburg u. Levin. Er meinte, daß er das Dienstverhältnis ohne Einhaltung der Kündigungsfrist habe verlassen können, weil er nicht angemessen behandelt und beschäftigt worden sei.

Nachdem das Landgericht Berlin die Mälerin abgewiesen hatte, stellte diese vor dem Kammergericht den Antrag, das erste Urteil abzuändern und festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet gewesen sei, während der Kündigungsfrist eine geschäftliche Tätigkeit bei der Konkurrentin zu unterlassen. Diesem Antrage gemäß entsprach das Kammergericht unter Verurteilung des Beklagten, indem es sich hauptsächlich auf den § 611 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezog.

Wegen der Entscheidung des Kammergerichtes hatte der Beklagte das Reichsgericht angerufen. Der III. Zivilsenat desselben erkannte jedoch ebenso wie das Kammergericht auf Verurteilung des Beklagten unter Zurückweisung seiner Revision. Er führt hierzu in der Urteilsbegründung aus, daß der Anspruch im vorliegenden Falle allerdings nicht auf den § 60 des Handelsgesetzbuchs gestützt werden könne, weil der Beklagte bei Jsenburg u. Levin als bloßer Konfessionär weder für eigene noch für fremde Rechnung „Geschäfte machte“. Wohl aber folge er aus § 611 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, weil der Handlungsgehilfe danach während der Dauer des Vertragsverhältnisses zur „Leistung der versprochenen Dienste“ verpflichtet ist. Denn hierin liege, daß der Gehilfe während der Vertragsdauer verbunden ist, seine Arbeitskraft während der Geschäftszeit zur Verfügung des Prinzipals zu halten. Er dürfe daher, solange er aus irgendeinem Grunde diesem die versprochenen Dienste nicht wirklich leistet, insbesondere, wenn er sie infolge unbefugten Verlassens seiner Stellung zu leisten unterläßt, nicht einem anderen Dienste leisten. Er verleihe damit das dem Prinzipal zustehende ausschließliche Recht auf seine, des Handlungsgehilfen, Arbeitskraft.

Wie man Arbeiter stellt.

Am 27. Oktober hatten wir mitgeteilt, daß der Entwurf zu der Wohlfahrts-Einrichtung mit dem raffiniert ausgelegtem Prämien-system der Firma Westchorn in Aschersleben infolge des Protestes der Arbeiter von der Firma zurückgezogen ist. Gestern hatten wir die Mitteilung über den Plan zu dieser Wohlfahrts-Einrichtung wiederholt, weil sie nur in einem Teil der Auflage unseres Blattes enthalten war. Hierbei ist übersehen, auf die Zurückziehung dieses „Wohlfahrts-Einrichtungs“-Entwurfs nochmals hinzuweisen. Wir holen das versäumte hiermit nach.

Gerichts-Zeitung.

Polizei auf der Anklagebank.

Die dreisten Gesehftsbürgereien der Polizei bei Streikbewegungen sind endlich einmal in Danabrid als solche vom Gericht gekennzeichnet. Dort streifen schon seit Monaten die Arbeiter der Gasuhrfabrik Kromschroder. Die Anteilnahme der Behörden an dem Wohl und Wehe der um ihr Brot kämpfenden Armut beschränkt sich, wie gewöhnlich, auf Razzias gegen Streikposten und Anzeitelung von Massenprozessen gegen die streikenden Arbeiter. So wurde am Sonnabend vor dem Danabrider Schöffengericht gegen eine ganze Anzahl Streikposten verhandelt; zuerst gegen den Klemper Köhler und den Arbeiter Steffen. Sie waren beschuldigt, am 21. September „groben Unfug“ verübt und einen Streikbrecher namens Klaus durch körperlichen Zwang zu bestimmen versucht zu haben, sich dem Streik anzuschließen. Der Polizeifergeant H. stellt den Vorgang wie folgt dar: Er habe bei der Gasuhrfabrik „Posten gehabt“. Der Arbeiter Klaus habe ihn nach der Fabrik gefragt. Er habe dann gesehen, wie Köhler auf Klaus zutrat und mit ihm verhandelte. Als ihm, dem Polizeifergeanten, diese Verhandlungen zu lange dauerten, sei er auf die beiden zugegangen und habe Köhler aufgefordert, den Mann „unbefelligt“ gehen zu lassen. Auf den erstanten Vorhalt des Gerichtsvorstehenden, daß zu einem solchen Einschreiten der Polizei doch absolut kein Grund vorgelegen hätte, erklärte der Polizist, es sei den Beamten von ihren Vorgesetzten eine dahingehende Beschrift erteilt. Köhler habe ihm erwidert, er wolle den Mann über die Lage der Dinge aufklären, das sei sein gutes Recht. Er, der Beamte, habe dem Köhler dann bedeutet, das sei jetzt in genügender Nähe gesehen, er müsse ihm jetzt nach der Wache folgen. Als er darauf Köhler „abgeführt“ habe, sei Steffen zu dem Klaus getreten und habe die Verhandlungen mit diesem fortgesetzt. Deshalb sei er, der Herr Sergeant, mit Köhler umgekehrt und habe Steffen auch gleich mitgenommen! Ein Menschenauflauf sei nicht entstanden. Er habe auch in der Nähe andere Leute nicht gesehen; etwa 40 Meter entfernt hätten nur einige Frauen gestanden. Trotz dieser für die polizeiliche Wertschätzung so bezeichnenden Befundungen des einzigen Zeugen beantragte der Amtsanwalt (ebenfalls ein Polizist; Polizeifergeant Lemke) drei Monate Gefängnis und 15 M. Geldstrafe gegen beide Angeklagte. Steffen erwiderte auf die Frage, was er zu seiner Verteidigung sagen wolle, es sei kein Wunder, wenn die Polizei so gegen Streikposten vorgehe, sie werde ja vom Kontor der Gasuhrfabrik und Kommandiert. — Das Urteil lautete auf kostenlose Freisprechung. Das Gericht führte aus: Den Arbeitern ist nach § 153 der Reichs-Verordnung das Koalitionsrecht gewährleistet und damit auch das Streikpostenrecht erlaubt. Nach einer Reichsgerichtsentcheidung bleibt auch die Einwirkung auf den Willen anderer straflos, vorbehaltlich der in § 153 vorgesehenen Fälle. Es liegt keine Spur von grobem Unfug oder Körperlichem Zwang vor.

Sodann kamen fünf Klemper an die Reihe, die ebenfalls vor der Fabrik Posten gestanden und auf eine „im Interesse eines geordneten Verkehrs“ ergangene polizeiliche Aufforderung den Fahrweg nicht geräumt hatten. Hierzu erzählten zwei Polizeifergeanten, sie hätten von der Polizeidirektion Befehl gehabt, die vor der Kromschroderschen Fabrik auf dem Fahrweg patrouillierenden Streikposten fortzuweisen. Das sei geschehen, und die Namen der „Leute“ seien zur Anzeige notiert worden. Daß jemals ein Kravall oder auch nur eine Belästigung von Personen stattgefunden, konnten die Polizisten nicht bezeugen. Der Amtsanwalt meinte, die Polizeidirektion sei zu einem solchen Vorgehen berechtigt gewesen, da sie die Möglichkeit einer Störung des öffentlichen Verkehrs habe befürchten können. Das Urteil lautete auch in diesen Fällen auf Freisprechung. Die Anwesenheit der Polizeidirektion sei nicht dahin ergangen, jegliche Passanten fortzuweisen, sondern nur die Streikposten. Eine solche Anweisung sei aber ungesetzlich. — Die „Hüter des Gesetzes“ in Danabrid sind nicht schlimmer wie irgend sonst im Rechtsstaate Preußen, bloß finden sie nicht überall und nicht so gerechte Richter! Wann wird endlich gegen die Polizeibeamten strafrechtlich

Vorgegangen werden, die die Anordnung erteilt haben, zur Be-
einträchtigung des Streikpostenrechts entgegen dem Gesetz vor-
zugehen. Stehen die gegen wünschliche Anwendung der Anord-
nung gegebenen strafrechtlichen Vorschriften nur auf dem Papier?
Wilt die Verfassung, gilt das Gesetz nur soweit, als die herrschende
Unternehmerklasse das erlaubt?

In dem Polizeibefehlungsprozess gegen Schneid
ist gestern abend in später Stunde das Urteil gesprochen. Das
Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nicht für gelungen, gab den drei
Polizeibeamten, die nach dem Urteil des Gerichts beledigt sind, in
aller Form eine Ehrenerklärung und verurteilte den Angeklagten zu
zwei Monaten Gefängnis. Diefelbe Strafe war durch
das frühere Urteil publiziert.

Befeldigung der Schutztruppe?

Wegen Befeldigung der Schutztruppe für Südwestafrika ist am
1. Juni vom Landgericht Altona der Genosse Tischler Emil
Reinde in Haft zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf der freiwil-
ligen Reichstagswähler-Versamm-
lung, welche am 14. Januar 1907 in Langensiepe stattfand, meldete
sich der Angeklagte zum Worte und äußerte u. a.: Er sei auch Soldat
gewesen und wisse, wie es gemacht werde. Von freiwilligkeit sei
keine Rede, wenn es sich darum handele, Soldaten für die Schutz-
truppe zu bekommen. Sie würden zusammengeführt und es seien ...
nun folgten einige abfällige Charakteristiken von Leuten, die sich
freiwillig gemeldet hatten. In dieser Charakteristik hat das Gericht
eine Befeldigung der Angehörigen der Schutztruppe erblickt. Der
Reichsanwalt hat Strafantrag gestellt. — Die Revision des An-
geklagten wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt, weil die
Beziehung der Befeldigung noch zur militärischen Tätigkeit
der Befeldigten nicht genügend festgestellt sei und deshalb

der Strafantrag nicht rechtswirksam erscheine. Das Reichs-
gericht hielt jedoch jene Beziehung für erwiesen und verwarf
am Montag die Revision.

Trotz dieses Urteils, das ja nach des Reichsgerichts Ansicht keine
wissenschaftliche Leistung ist, und trotz reichsanwaltschaftlicher Strafanträge
wird an der durch eigene Erfahrung des Angeklagten gebildeten
Ueberzeugung schwerlich etwas geändert werden. Eine Ueberzeugung
läßt sich durch Gerichtsurteile nicht torfschlagen; je mehr ihr Träger
verfolgt wird, desto mehr verbreitet sie sich selbst; das wäre auch
dem Reichsgerichtsurteil nicht entgangen, wenn das Reichsgericht sich
nicht grundsätzlich auf den falschen Standpunkt stellte: richterliche
Urteile sind keine wissenschaftlichen Leistungen.

Sur preussischen Versammlungsfreiheit.

Am 24. Juli teilten wir mit, daß Genosse Eugen Bräuner
wegen vermeintlichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz mit 5 M.
durch das Landberger Landgericht bestraft ist. Er sollte dadurch
eine nicht angemeldete Versammlung abgehalten haben, in der öffent-
liche Angelegenheiten erörtert wurden, daß er in Gegenwart von
etwa 20 Personen beim Mittagessen auf Fragen über Veteranen-
beihilfe und Invalidenversicherung Auskunft gab. Dies Dokument
preussischer Vereinsrechtsständigkeit ist vom Kammergericht für
rechtsirrtümlich erachtet, weil die Frage, ob eine Versammlung
oder nur eine Privatgesellschaft kleineren Umfangs vorliegt, im
wesentlichen eine Lafrage sei. Die Unbilligkeit „gelehrter
Richter“ zu demonstrieren, ist die gute Folge solcher Urteile.

Verfammlungen.

Verband der Maler, Radierer, Anstreicher. In der am
Donnerstag abgehaltenen Mitglieder-Versammlung sprach Jakob

über den Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände im Maler-
gewerbe. Der Redner verwies darauf, daß sich kürzlich die in
Deutschland bestehenden Arbeitgeberverbände im Malergewerbe zu
einem gemeinsamen Verband zusammengeschlossen haben. Diesen
Zusammenschluß hätten die Arbeiter vorausgesehen, denn es sei
eine bekannte Erfahrung, daß die Arbeitgeber ihre Organisationen
ausbreiten, nachdem sie die Macht der Arbeiterorganisationen
kennen gelernt hätten, wie es auch im Malergewerbe der Fall sei.
Der Zusammenschluß der Arbeitgeber des Malergewerbes habe
vor allem das Ziel, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzu-
wirken, die den Anforderungen der Arbeitgeber, aber nicht denen
der Arbeiter entsprechen. In diesen Erwartungen würden sich die
Arbeitgeber jedoch täuschen, denn auch die Arbeiter im Maler-
gewerbe würden sich die Stärkung und den Ausbau ihrer Organi-
sation angelegen sein lassen, um für die Kämpfe der Zukunft ge-
rüstet zu sein.

Die vorgelegte Abrechnung von 3. Quartal wurde ohne Debatte
entgegengenommen. — Hierauf erstatteten Klotz und Nieß
Bericht als Delegierte der Gewerkschaftskommission. Dann wurden
Klotz, Nieß, Wagner und Eisner als Delegierte
gewählt. Unter „Verschiedenes“ besprach Nieß den gewerkschaft-
lichen Konflikt der Hausdiener mit der Firma Jandorf. Da zur
selben Zeit, wo die Versammlung tagte, von den organisierten
Parteigenossen über den Boykott der Firma Jandorf entschieden
wurde, so beschloß die Versammlung, dem Beschluß der Partei-
genossen beizutreten. Eine Resolution wurde angenommen, welche
den Fiskus beauftragt, mit der Prehmission des „Vor-
wärts“ in Verbindung zu treten, um zu veranlassen, daß Inserate
der Firma Jandorf während des Streiks und Boykotts der Firma
im „Vorwärts“ nicht aufgenommen werden.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 30. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame
Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Der
letzte Junge.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammertheater. Frühlings-
wachen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Die große
Gemeinde.
Neues Königl. Opernhaus.
Amerikaleben.
Festung. Der Bund der Jugend.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Das vierte Gebot.
Schiller Charlottenburg. Ros-
mersholm.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schau-
spielhaus. Babettes.
Berliner. Die tanzenden Männchen.
Neues. Die Waffen wieder!
Kleines. Kapitän Braubounds Be-
kehrung.
Central. Unsere kleinen Jungen.
Sering. Hans Helling.
Theater an der Spree. Der
Altenbubler.
Reichshallen. Ganz der Papa.
Königliche Oper. Carmen.
Wälden. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Südfantastik.
Trianon. Fräulein Josette — meine
Frau.
Thalia. Ihr sechs-Uhr-Diner.
Luisen. Berlin wie es weint und
lacht.
Bernhard Hofe. Die lustigen
Weiber von Windsor.
Mieropol. Das muß man seh'n.
Hypok. Schloß der Schloß. Spe-
zialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Casino. Die wilde Jagd.
Sedr. Herrnsfeld. Madame Wig-
Way. Es lebe das Nachtleben.
Passage. Danny Gürtler. Spezia-
litäten.
Prater. Hamlet.
Wintergarten. Ruth St. Denis.
Palast. Lante Mädchen. Spezia-
litäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tausendmal die Nacht.
Abends 8 Uhr: Ueber den Dreiner
nach Bedwig.
Im Hofsaal: Abends 8 Uhr:
1. Vortrag des wissenschaftlichen
Vereins. Prof. Dr. Lecher, Prag.
Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn,
Doppelsterne, Nebelreste.
Ferdinand Honns
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die tanzenden Männchen.
Donnerstag, Freitag, Sonnabend:
Die Wölfe.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Waffen wieder!
Freitag: Die Waffen wieder!
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr: Agnes Sorma.
Kapitän Braubounds Bekehrung
Donnerstag: Maria Magdalena.
Agnes Sorma.
Freitag: Ein theater Galle.
Sonnabend: 1. Male: Ein Kappen-
heim. Nora: Agnes Sorma.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Anfang 8 Uhr. Zum 1. Male:
Waterkant.
Schauspiel in 3 Akten v. R. Stowronnet.
Donnerstag: Waterkant.
Freitag: Frühlings-
wachen.
Sonnabend: Waterkant.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
1. Vortrag des wissenschaftlichen
Vereins. Prof. Dr. Lecher, Prag.
Invalidenstr. 67-68: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn,
Doppelsterne, Nebelreste.
Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonnabend nachm. 7 1/2 Uhr halbe Preise:
Frühlingsluft.
Lortzing-Theater
Mittwoch, den 30. Oktober:
Abends 8 Uhr:
Hans Heiling.
Donnerstag: Fest-Kauffahrt: Die
Entführung aus dem Serail.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Südfantastik.
8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
Schwan in 3 Akten von Mars und
Desvallières. Deutsch v. R. Schönan.
Baron des Andrats: A. Alexander.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Berlin wie es weint und lacht.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Gattin Adal. Matkowsky.
Das Leben ein Traum.
Sonnabend, 4 Uhr: Hühnerködel.
Abends: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag, 3 Uhr: Das Leben ein Traum.
Abds.: Berlin wie es weint und lacht.
Montag: Berlin wie es weint und lacht.
DERNHARD ROSE THEATER
St. Franziskanerstr. 132.
7. Oberabend:
Die lustigen Weiber
von Windsor.
Anfang 8 Uhr. Wochenpreis.
Donnerstag: Dithys.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollaender. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a. D., F. Massary
B. Darmand a. D. E. Whitney,
Bender, Giampietro, Josephi
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 3. November,
nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Apollo Theater

Sechste Woche! Letzte Woche!
Abends 8 Uhr:
Das kolossale Oktoberprogramm.
9 1/2 Uhr. Täglich: 9 1/2 Uhr.
Sylvester Schäffer jr.
der weltberühmte Universal-Künstler.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 16.
Das Rätsel seiner Ehe.
Schausp. u. d. Roman d. A. Morgenstern.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Geben und Vorzugskarten gültig!
Sonnabend, den 2. 11. Zum 1. Male:
Marie, die Tochter des Regiments.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Vollständig in vier Akten von
Ludwig Anzengruber.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen
Deutsch von Wilhelm Lange.
Schiller-Saal (Schiller-Theater)
Charlottenburg
Mittwoch abends 9 Uhr: Vortrag Prof. Dr. Paul Schüring: Jean
François Millet. Mit Lichtbildern. Fünfter Vortrag des Zyklus:
Maler der Neuzeit.

Haben Sie schon

die

Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Zirkus Schumann

Heute, Mittwoch, 30. Oktober,
abends präz. 7 1/2 Uhr:
Grande soirée equestre.
Güte-Programm, u. a. Mathilde
Kanz. — Dora Schumann. — Ernst
Schumann. — Herr Bono mit seinen
Ballon-Krabben. — Reiterfamilie
Hamel. — Fredes Albano. —
Wlle. Loreau. — Fredes Plattiers. —
Willy Florence. — Mr. James Henry.
Sämtliche Spezialitäten und Dir.
Alb. Schumanns neueste Konstre-
Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Einzige dastehender
Erfolg! Die diesjährige große Wasser-
pantomime. Eine Fortsetzung der
berühmtesten und populärsten
Pantomimen

Theater an der Spree

Köpenickerstraße 68.
Anf. 8 Uhr. Tägl. härmliche Heltetell.
Alt-Berliner Völle:
Der Aktienbubler.
Im Stil der fünfziger Jahre.
— Josefina Dora als „Kathie“.
Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 30. Oktober 1907:
Zum 2. Male:
Hadsjann als Erzieher.
Eine Komödie in 3 Akten v. D. Ernst.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Heute zum letzten Male:
Abends 8-11 Uhr.
Danny
Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.
WINTERGARTEN
Anfang 8 Uhr.
Letzte Vorstellungen
Ruth St. Denis
Glänzendes Programm.
Kasino-Theater.
Lothringergasse 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis 30. Oktober:
Die wilde Jagd.
Lustspiel in 4 Akten v. Ludwika Hilda.
Am 31. Oktober zum erstenmal:
Siberier.
Sonntag 4 Uhr: Die wilde Jagd.

Gebr. Herrnfeld- Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Licht-Komödien
:: seit 17 Jahren ::
Madame Wig-Way
Operellen-Burleske, Musik
von Z. Jial.
Es lebe das Nachtleben!
Separée-Wäre in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Häufig geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Sieben erschienen:

Protokoll

über die
Verhandlungen des Parteitages der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
abgehalten zu Essen a/Ruhr
vom 15. bis 21. September 1907.
— Preis 1,- M. —
kart. 1,25 M., gebunden 1,50 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Theater des Zentrums.

Sophien-Edle, Sophienstraße 17/18.
Bis früh um fünf
v. Stern u. Hippelstr. Musik v. F. Linde.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.
Trianon-Theater.
Fräulein Josette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla- Variete-Theater

Weinbergsweg 18/20, Rosenth. Tor.
Nur noch wenige Tage.
Das grandiose Oktober-Programm
Anfang 8 Uhr.
16 arabische
Springer
12 erstklass. Spezialitäten 12
Freitag, den 1. November:
Vollständig neues Programm.
Tummel: Doppel-Kongert.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Seite 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Der glänzende
Oktober-Spielplan.
Paula Duval,
Dressur.
Dicky und Polly,
Erzentrill.
Die 5 Kammerneurs
und 8 Attraktionen.
Rei!
Tante Malchen
Schwan.

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
● Geteilte Liebe ●
Antiduckanten — Unter Teil.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, den 2. November:
Premiere
● Rabbi Meseritsch. ●
Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Hamlet.
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: 8 Loris oder: Dorf
und Stadt.

Hohen-Neuendorf (Nordb.)

(am Schützenhaus)
Hochwald-
Landbaustellen, direkt am Königl.
Park u. fließendem Wasser be-
legen, Arzt, Gas-, Wasserleitung,
Angelport. 4612*
Rute 10 Mark an
Wollenberg,
Rue Königsstraße 82.
Komme 6. Dezember mit
15 Waggonladungen
(80 000 Stück)
Weihnachtsbäumen
nach Berlin (Anhalter Bahnhof).
Karl Wedekind
Zimmer 1. 23.
Biederwerfänger haben große Ver-
günstigungen und bitte dieselben, sich
im voraus an mich zu wenden.
Preise billig. 8005*

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
 Gardinen, Portieren, Stores, Vitrinen, Tüll-Bettdecken etc.
 Einzelne Fenster spottbillig! mit ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

Neu erschienen:
Referenten-Führer
 Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokrat. Agitations-tätigkeit nötigen Wissens und Könnens
 von **Eduard David**.
 Preis 1,50 M.
Sozialismus und Kolonialpolitik.
 Eine Auseinandersetzung von **Karl Kautsky**.
 221/18* Preis 50 Pf.
Expedition des Vorwärts
 Berlin SW. 68
 Lindenstr. 69 (Laden).

Gänsefleisch, frisch und gepöfelt, a Pfund 40 Pf. u. 50 Pf., lichte Gänse-Karkassen täglich frisch und in großer Auswahl.
Grat-Gänse und Fett-Gänse.
 Anobländer 3 Paar 25 Pf., Wiener Würstchen 3 Paar 50 Pf.
Hermann Leibner,
 Berlin C., 206/13*
 Moosenstr. 95, GdH Kaiser Wilhelmstr. 11.

Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!
 Den mit dem Verein der Weißbierbrauereien abgeschlossenen Tarifvertragweigert sich der Vorstehende des genannten Vereins, Herr Brauereibesitzer Richter, Rosenthalerstr. 2, Mitglieds der Brauerei Gabriel n. Richter, Weichenseer, zu unterzeichnen. Wir fordern hiermit die Kollegen auf, Arbeit in genannter Brauerei nicht anzunehmen.
 42/19* Die Verwaltung.

!!Viel Licht!!
 m. gering. Gasverbrauch, ca. 125 Kerzenstärke, erwirken unsere **Prima**
!Seidengarn-Glühkörper!
 Unerreicht in Haltbarkeit
 Dutzend Mark 2,00 - 3,00 - 4,00 frei Haus.
 Sämtliche Artikel der Beleuchtungsbranche.
Gasglühlicht-Industrie
 Berlin C. 25, Landsbergerstr. 83.

Zahnärztliche Klinik
 106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.
 Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben m. d. Auslagen berechnet. - Gedächtnis von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 882*

Goldblondchen
 alkoholfreies Erfrischungsgetränk.
 Zu beziehen durch die meisten Bierverleger und Mineralwasserfabrikanten
 Generalvertreter: **Ernst Krüger**, G. m. b. H., NO., Höchstestr. 28.

Phänomen-
 Nach **Zigaretten** feinste Handarbeit.
 Egyptischer Art hergestellt.
Zigarettenfabrik „NAMKORI“

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg ist erschienen und zu beziehen:
Illustrierter Neue Welt-Kalender für das Jahr 1908
 32. Jahrgang
 Inhalts-Verzeichnis:
 Kalendarium. - Volkswesen. - Wesentliches Adressen. - Statistisches. - Bildnisse. - Messen u. Märkte. - Im Kreislauf des Jahres. - Wandlungsmittelveränderung u. Goldwährung. Von Emanuel Durrm. - Die Seiten meiner Tante. Gedicht von Fred Meyer-Balte. - Der Störweger. Erzählung von Wilhelm Schäfer (mit Illustrationen). - Vor dem Sturm. Gedicht von Alfred Schöner. - In einer kleinen Gemeinde. Von Dr. Albert Gleditsch. - Winterwanderung. Gedicht von G. Wegmann. - Revolutionen in der Gebrüde. Von Dr. Bruno Gerhardt (mit Illustrationen). - Sprüche. - Die Frau im alten Rechte. Von Alois Wild. - Sklavensoldat. Gedicht von Hans Hart. - Eine merkwürdige Sonnenfinsternis. Von Felix Vinko (mit Illustrationen). - Goldene Worte. - Die Kompostschüssel. Eine Vortragsrede von Eduard Gröb (mit Illustrat.). - Zur Praxis der sozialistischen Kindererziehung. Von Heinrich Schulz. - Aus meiner Londoner Zeit. Erinnerungen von F. J. Gehbart (mit Vortrags). - In der Luft. Gedicht von Rudolf Voss. - Einiges aus der Gewerbe-Hygiene. Von Dr. R. K. Heberlein (mit Illustrationen). - Mein Liebes. Gedicht von Karl Petersen. - Unsere Taten (m. Vortrags). - Plebeische Mütter. - Ein lauter Tag. - Für unsere Waisenkinder. - Trübsal und Glückseligkeit. Hierzu vier Bilder: Waisenträgerin - Am Sonntag - Der lachende Greis - Ein Kind. - Gedicht von G. Wegmann. - Wahlbedeutung im Vorzug. - Ein Wandkalender.
 Preis: 40 Pfennig
 Bei Eingehung bitten wir um Einlösung des Betrages nicht 10 Pf. in deutschen Briefmarken für Porto

Steppdecken
 Hilft direkt in der Fabrik
 72. Wallstr. 72
 wo auch alle Steppdecken ausgearbeitet werden. Bernhard Strohmayer, Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.
 Werkstatteinrichtung, 83/4 Imperialpresse, Papplöcher, Wagen mit Karroumagent, Tischplatte usw. äußerst billig. Tel. v. 7,56-7,9 Uhr.
Paul Schöpel, Franzstr. 8 part.

Freie Volksbühne
 Freitag, 8 1/2 Uhr, im Lertzing-Theater.
 21. (I.) Abendabtlg.: **Undine**
 24. (IV.) Abteilung. **Undine**.
 Freitag, 8. November, 8 1/2 Uhr:
 23. (III.) Abendabteilung im Lützen-Theater, **Bariel Turaser**.
 Freitag, den 15. November:
 24. (IV.) Abendabteilung, Freitag, den 22. November: **Bariel Turaser**.
 III. Serie. **Otto Erich Hartleben: Erziehung zur Ehe.** Komödie in drei Aufzügen.
 IV. Serie. **Hans Heiling.**
 V. Serie. **Vor Sonnenaufgang.** Von Gerhart Hauptmann.
 III. Nachmittags-Serie. **Das Tal des Lebens.** Von Max Dreyer.
 IV. Serie. **Hebbels Judith.**
 Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr:
25. Kunstabend: Richard Wagner.
 Mit besonderer Berücksichtigung seiner Opern.
 Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 Vortrag Eduard Bernstein über Bernhard Shaw.
 Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes vom 1. Quartal.
 Bericht der Revisoren, Diskussion. Antrag der Ordner: Für Kartenduplikate sollen die Verlierer kleine Entschädigung an die Vereinskasse zahlen. Verschiedenes.
 Der Eintritt ist Mitgliedern nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
 230/13 **Der Vorstand.** In Vert.: G. Winkler.

Das Ding an sich
 Bedeutende Ersparnis
 Ueberall erhältlich
 Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11. (Südth. Börse).

Achtung! Bitte ausschneiden! Achtung!
Parteigenossen, Gewerkschaften, Komitees!
 Hierdurch zur Kenntnis, daß der Tanzlehrer **O. Wildauer** im Lokale von Keller, Koppenstraße, nach zehnjähriger Mitgliedschaft bei uns seinen Austritt erklärte, da es für ihn nicht mehr zeitgemäß ist, als Tanzlehrer einer Organisation anzugehören, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Da nun Herr Wildauer an die einzelnen Vereine in einem Schreiben seinen Austritt erklärt, möchten wir bitten, um Klarheit zu schaffen, da dieses der Wahrheit nicht entspricht, sich an den Unterzeichneten zu wenden.
 Der Vorstand 238/19
 des Tanzlehrerverbandes „Solidarität“.
 J. H.: Richard Heinrich, Brangelstr. 107. Amt IV, 1038L.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Südost.
Todes-Anzeige.
 Am Sonntag, den 28. Okt. verstarb unser treuer Kollege **Hermann Schmid**.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 48/3
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Zweigvereinsvorstand.

Nach schwerem, aber nur kurzem Krankenlager entschlief am 27. d. M. unser innigstgeliebter Sohn und Bruder, der Bauerehrer **Hermann Liebenow**
 GutsMuthstr. 12 10105 im Alter von 17 Jahren.
 Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an **Familie Frits Liebenow**.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs-Südost aus statt. In Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.

Todes-Anzeige.
 Freunden, Bekannten und Verwandten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Wilhelmine Krumm**
 im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
 Um stille Teilnahme bitten **Heinrich Krumm** und Kinder.
 Sichtenberg, Dorfstraße, den 28. Oktober 1907.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Bornitzstraße, aus statt. 5062

Am 28. d. M. verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter **Frau Martha Adam**
 geb. Zintz 10106
 im 81. Lebensjahre.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Raiten-Kirchhofes zu Weiland, Fürstendammweg, aus statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen: **Karl Adam**, Charlottenburg.

Dankagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank.
 Witwe **Luise Käsemann**.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Gardinen
 Teppiche, Portieren, Tischdecken und Läuferstoffe,
 Bettvorleger
 fertigestopfte Betten und Steppdecken
 Damen- und Herren-Leinwäse
 Wochenrate 1,00 M.
S. Dorn
 Waren- u. Möbel-Kredithaus
 3 Alte Schönhauserstr. 3
 am Schönhauser Tor. 417L*

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Sandberger Viertel.)
 Stadtdistrikt 391.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Hermann Kuhnwald** gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
 264/1 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Hermann Kuhnwald** am Montag, den 28. Oktober verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 96/19 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Südlicher Viertel, Bezirk Nr. 210, Teil I.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Rudolf Harwarth** gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Briz aus statt.
 264/2 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Köpenicker Viertel.)
 (Bezirk 107a).
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Metallarbeiter **Robert Jander**, wohnhaft Brangelstraße 65, gestorben ist. 263/20
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Michaelis-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Robert Jander** am 27. d. M. an Leberleiden gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Michaelis-Kirchhofes in Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet
 159/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Bergelber **Alexander Schultz** am Sonntag, den 27. Oktober, verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Raiten-Gemeinde-Kirchhofes aus statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Gustav Brademann** Tischler am 25. Oktober verstorben ist und am Dienstag, den 29. Oktober zur letzten Ruhe gebettet wurde.
 97/1
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Partei- und Gewerkschaftsgeossen!

Am Sonntag, den 3. November, findet eine höchst wichtige

Flugblatt-Verbreitung

statt. Haltet Euch hierzu bereit!

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung

(1. September 1905 bis 30. September 1907).

VI. Arbeiterfrage.

In seinen ersten Regierungsjahren hat der jetzige deutsche Kaiser wiederholt den Wunsch ausgesprochen, daß die staatlichen Betriebe Musterbetriebe sein sollten. Die Macht der Verhältnisse unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben diese schönen Wäntertrüme zerstört — wir wüßten nicht, daß der Kaiser auf seine damaligen Wünsche je wieder zurückgekommen. Bei der nächsten Verwaltung der Stadt Berlin haben sich derartige „phantastische“ Wünsche niemals geltend gemacht — und doch könnte die Stadt, für die viele Tausende von Arbeitern im Hoch- und Tiefbau, in der Schneiderei, ja fast in allen Handwerken unter kapitalistischen Unternehmern beschäftigt sind, und die selbst 15 200 Arbeiter in eigenen Betrieben beschäftigt, durch ihr Beispiel hervorragendes für die Hebung der Arbeiterklasse leisten. Aber Verwaltung und Majorität der Stadtverordnetenversammlung lehnen jede Beeinflussung bezüglich der Arbeitsbedingungen ab, die unsere Vertreter mit Recht gegenüber den Arbeitgebern verlangen, die sich an städtischen Aufträgen bereichern. Als Beispiel führten wir im letzten Bericht („Vorwärts“ Nr. 233 von 1905) unter anderem die Kutscher der städtischen Altemwagen an, die bei überlanger Arbeitszeit von dem Unternehmer 18 M. Wochenlohn erhielten, während seine Konkurrenten 24—27 M. in Berechnung brachten. „Wir haben mit den Arbeitern gar nichts zu tun!“ lautete und lautete die Antwort der Majorität gegenüber unseren Anträgen. Bei Erneuerung des Vertrages verlangte der Unternehmer pro Jahr und Wagen 50 M. mehr, die er den Kutschern als Zulage zum Lohn zu Gute kommen lassen wollte — durchschnittlich 1 M. pro Woche bei den oben erwähnten unerhöht niedrigen Löhnen! Daß die Forderung unseres Redners, in Zukunft solle eine vertragliche Festsetzung des Lohnes stattfinden, Erfolg haben wird, darf bezweifelt werden. „Wir haben mit den Arbeitern gar nichts zu tun!“

Immer freilich steht Magistrat und Majorität der Einmischung in private Arbeitsverhältnisse nicht feindselig gegenüber.

Während der großen Ausperrung in der Elektroindustrie im Herbst 1905 wurden städtische Feuerwehrlente zur Dienstleistung in den Betrieben der Berliner Elektrizitätswerke abkommandiert; sofort stellten wir den Antrag, diese Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln; da inzwischen Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien eingeleitet waren, veranlaßten wir eine Vertagung dieser Behandlung. Die Verhandlungen führten zum Friedensschluß und so gaben wir dem unserem Antrage folgende Fassung: „Die Vertagung erlaubt den Magistrat, Mittel zu ergreifen, um in Zukunft die Beschäftigung von Feuerwehrlenten in der Privatindustrie aus Anlaß von Streiks oder Ausperrungen zu verhindern.“ Unsere Redner führten aus, daß eine Einrichtung, die aus den Taschen der Steuerzahler bezahlt würde, nicht zugunsten einer Partei mißbraucht werden dürfe. Der Polizeipräsident — dem die von der Stadt bezahlte Feuerwehr unterstellt ist — habe diesen Standpunkt verteidigt, obgleich sich zahlreich nachweisen lasse, daß die Mannschaften der Feuerwehr kaum für den eigentlichen Dienst ausreichten. Wir verlangten vom Magistrat ersitzend einen Protest gegen den Zustand, daß die Stadt die Feuerwehr bezahle, während andere sie mißbrauchen könnten, zweitens, daß der Magistrat in diesem besonderen Falle Aufklärung schaße und im Beschwerbewege gegen den Polizeipräsidenten durch alle Instanzen vorgehe. Der Herr Oberbürgermeister erklärte, davon könne keine Rede sein. „Die Bürgererschaft hat nur Veranlassung, dem Herrn Polizeipräsidenten dankbar zu sein.“ Hochmal ergriff einer unserer Vertreter das Wort: „Der Herr Oberbürgermeister hat ausgeführt, im Interesse der öffentlichen Sicherheit wäre es notwendig gewesen, daß die Werke nicht stillständen. Das kann man zugeben; dann hätte aber der Herr Polizeipräsident das Interesse der öffentlichen Sicherheit dadurch wahren sollen, daß er seinen Einfluß dahin ausgeübt hätte, daß die Ausperrungen nicht eintreten.“ Selbstverständlich wurde unser Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt — für ihn stimmte niemand außer unseren Genossen!

Auch in allgemeineren Fragen der Arbeiterpolitik finden unsere Vertreter wenig Verständnis bei Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. So hatte der Zentralverein für Arbeitsnachweis darum nachgesucht, daß die ihm gewährte Subvention von 40 000 M. auf 60 000 M. erhöht werde; der Magistrat wollte nur 45 000 M. bewilligen, aber ein Antrag aus der Versammlung, die erbetenen 60 000 M. zuzugestehen, wurde mit großer Majorität angenommen. Selbstverständlich gehörten dieser Majorität auch unsere Vertreter an. „Der Arbeitsnachweis ist eine Einrichtung, die vor allen anderen eine Unterstützung der städtischen Behörden verdient“ führte unser Redner aus; gleichzeitig aber stellten wir den Antrag, den Arbeitsnachweis des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in städtische Verwaltung zu übernehmen. Nur auf diese Weise würde er mit der Zeit seinen Aufgaben gerecht werden können; die Erfahrungen anderer Gemeinden beweisen die Nützlichkeit und Notwendigkeit kommunaler Arbeitsnachweise. Im Königreich Bayern bestanden solche bereits in mehr als fünfzig Gemeinden. Aber soweit vermochten die bürgerlichen Parteien nicht zu geben — unser Antrag wurde abgelehnt.

Ebenso wenig macht die Stadtgemeinde Berlin von der Möglichkeit ausgiebigen Gebrauchs, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Ortsstatut weiterzuführen. Es ist bisher bei den in vorigen Bericht gekennzeichneten mangelhaften Vorschriften geblieben, wonach es in allen offenen Geschäften sowie in den Engrosgeschäften der Nahrungsmittelbranche bei den allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes sein Bewenden hat, — die Sonntagsarbeit ist fünf Stunden lang zulässig —; nur in den übrigen Engrosgeschäften, den Bank- und Kontoren ist die Sonntagsarbeit auf die Stunden von 8—10 Uhr früh beschränkt. Um eine bessere Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in die Wege zu leiten, ist der Magistrat nur mit einer Anfrage an die Kirchengemeinden herantreten, ob sie den Anfang des Gottesdienstes auf 11 Uhr zu verlegen bereit seien. Von den befragten 62 evangelischen und katholischen Kirchengemeinden hat sich nur eine unbedingt, drei haben sich bedingt bereit erklärt; fünf wollten teils bedingt, teils unbedingt zum Anfang um 10^{1/2} Uhr übergeben; 40 lehnten rundweg ab, 4 lehnten eine Ausweitung ab; 2 äußerten sich unbestimmt, eine ausschließlich; 6 gaben gar keine Antwort!! Unser Vertreter wies darauf hin, daß das ganze Fragen unnütz sei, wenn man nur dem Beispiel anderer Städte folgen wolle, die bereits erfolgreich den allgemeinen Lebensschluß an Sonntagen durchgeführt hätten. Mindestens müsse die Beschränkung auf die Zeit von 8—10 Uhr früh ganz allgemein durchgeführt werden; die Frage beschäftigt zurzeit eine Subkommission der Gewerbedeputation. Eine

Behebung des sozialpolitischen Verständnisses beabsichtigen unsere Vertreter im Rathause jetzt dadurch herbeizuführen, daß sie nach dem Vorgange in anderen Städten die Einsetzung einer ständigen Kommission für soziale Angelegenheiten beantragen. Ueber das Schicksal des Antrages werden wir in zwei Jahren zu berichten haben.

Nicht besser steht es mit der Berliner Gemeindeverwaltung als Arbeitgeber in den eigenen Betrieben. Vor zwei Jahren berichteten wir („Vorw.“ Nr. 233, 1905), daß sich die sozialdemokratische Fraktion im Rathause mit der Organisation der städtischen Arbeiter in Verbindung setzen wolle, um mit ihr über die Forderungen der städtischen Arbeiter zu verhandeln und das Erreichbare in einem umfassenden Antrage vor die Stadtverordnetenversammlung zu bringen. Nach ausgedehnten, ersten Beratungen wurde im Frühjahr 1906 ein Antrag auf Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung von unseren Genossen eingebracht und ein sorgfältig ausgearbeitetes Statut, Bestimmungen über die Arbeits- und Wohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Berlins vorgelegt. Neben allgemeinen Dienstbestimmungen (§ 1 bis 8) behandelte es in sechs Abschnitten die Arbeitszeit (§ 9 bis 10), den Arbeitslohn (§ 11 bis 17), die Beendigung des Dienstverhältnisses (§ 18 bis 19), den Urlaub (§ 20), die Arbeiterausschüsse (§ 21 bis 25) und den Arbeitsnachweis (§ 26). Wir haben nur einige wichtige Bestimmungen heraus. Verlangt wurde die achtstündige Arbeitszeit — unser Redner wies darauf hin, daß zurzeit in der Pachtverwaltung noch die elfstündige Arbeitszeit bestand, in den Markthallen sei sie soeben auf 9 bis 9^{1/2} Stunden herabgesetzt, in den Krankenhäusern betrage sie 14 bis 16 Stunden. Für die Lohnhöhe sollten die einzelnen Betriebsdirektionen Lohnskalen feststellen und zwar in Gemeinschaft mit den Arbeiterausschüssen und unter Berücksichtigung der von den Arbeiterorganisationen allgemein festgelegten Lohnsätze. Unser Redner forderte — unter Hinweis auf die allgemeine Preissteigerung — eine Erhöhung des im Jahre 1901 beschlossenen Mindestlohnes von 3,50 M. auf vier Mark. Urlaub wurde schon nach einjähriger Anstellung mit sieben Tagen gefordert; nach fünfjährigem Dienste sollten jährlich 14 Tage Sommerurlaub gewährt werden — unser Redner konnte zur Begründung dieser Forderung das Beispiel zahlreicher anderer Städte und von Privatbetrieben in Berlin anführen. Der Arbeitsnachweis ist schon heute dem von der Stadt unterstützten angegliedert, — wir fordern (s. o.) besondentlich die Ueberführung desselben in städtische Verwaltung —; jedenfalls sollte zunächst der bestehende stets in Anspruch genommen werden müssen; heute wird er von den Verwaltungen vielfach umgangen, wodurch sich der erhebliche Rückgang dieses Zweiges erklärt. Unser Redner schloß mit dem Antrag auf Ausdehnung der Arbeitszeit, als der Vorsteher mitteilte, es sei folgender Antrag eingegangen: „Zu Erwägung, daß der Antrag Anreiz und Genossen in einem großen Teil seiner Paragraphen Forderungen enthält, die bereits bei unseren Werken eingeführt sind, andererseits aber Forderungen, die vollständig unausführbar erscheinen, beantragen die Unterzeichneten (— es waren die Führer der drei großen liberalen Fraktionen —)

die Versammlung wolle beschließen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.“

Rur ein „freisinniger“ Redner durfte noch diesen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung begründen; dann beschloß die Majorität Schluß der Diskussion und lang- und langlos wurde eine mühselige Arbeit begangen — sie wird auferstehen! Beachtenswert ist, daß der „freisinnige“ Redner ausführt: „Sie (die drei großen liberalen Fraktionen) erblicken in diesem (unserem) Antrage nicht nur eine Schädigung der städtischen Verwaltungsinteressen, sie erblicken darin auch eine Gefahr für die gesamte industrielle Welt Berlins!“ Die Arbeitsstätten der Berliner Stadtverwaltung sollen eben keine „Musteranstalten“ werden, nach deren Vorgang sich doch die Privatbetriebe mehr und mehr richten müßten! Gegenüber dieser Solidarität zwischen der überwältigenden Majorität der bürgerlichen Stadtverordneten mit dem gesamten Ausbentertum müssen die Arbeiter bei den Wahlen um so fester zusammenstehen; namentlich wird es auch Aufgabe der Gewerkschaften sein alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um am 6. November den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Der Mißerfolg bei dem Hauptstoß zur Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter entmutigte unsere Vertreter keineswegs. Wo es irgend anging, wurde wie bisher der Versuch gemacht, sei es einzelne Arbeiterkategorien zu heben, sei es Sonderfragen für alle Arbeiter zu lösen. Schon am 29. November 1905 hatte eine Versammlung der städtischen Arbeiter beschlossen, 1. eine generelle Lohn-erhöhung zu fordern, 2. um eine Feuerungszulage in Form einer Gratifikation zu eruchen. Im Dezember wurde ein Antrag Deutsch und Genossen, Feuerungszulagen an städtische Unterbeamte und Arbeiter in Erwägung zu ziehen einem Ausschuss überwiesen und nach längeren Verhandlungen zunächst eine sofortige Gratifikation von 25 M. an alle mit Einkommen unter 2000 M. von der Stadt beschäftigte Personen angenommen, der im Laufe des Februar 1906 eine weitere von 35 M. folgte. Während der ganzen Verhandlungen war von unserer Seite beständig darauf hingewiesen worden, daß die Hauptfrage eine allgemeine Lohnerhöhung bleiben müsse und die Notwendigkeit einer solchen wurde sowohl von der Majorität wie vom Magistrat zugegeben. Da eine Lohn-erhöhung aber ausblieb, stellten wir im Oktober 1906 von neuem den Antrag, in gemischter Deputation eine allgemeine Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter zu beraten, gleichzeitig aber, um der dauernden Notlage sofort zu begegnen, jedem mit weniger als 2000 M. jährlichem Einkommen bei der Stadt Bediensteten eine einmalige Zulage von 75 M., zahlbar in drei Raten von 25 M., zu bewilligen. Der Oberbürgermeister lehnte die Zulage ab, da erst im vorigen Jahre eine solche bewilligt worden sei und eine solche keine ständige Einrichtung werden dürfe; eine Lohnaufbesserung aber sei nicht nötig, da eine solche bereits durch den Etat herbeigeführt sei, „freilich vorwiegend nicht beim Minimalgehalt, sondern durch Abkürzung der Perioden für das Steigen der Löhne meist von vier auf drei Jahre“ — was es damit für eine Bewandnis hat, haben wir am Beispiel der Pfleger in den städtischen Irrenanstalten gesehen. Unser Redner betonte dem gegenüber, daß die sogenannten Lohnerhöhungen in gar keinem Verhältnis zu der Bewertung der Arbeit anderer Angestellter ständen. Wie ernst es unseren Genossen mit dieser Feststellung war, bewies der Umstand, daß sie zwar für die Gehaltsaufbesserung der unteren Beamtenkategorien, aber gegen die von freisinniger Seite beantragte Erhöhung der Magistratsgehälter stimmten. Dieselben betragen für die nicht technischen Mitglieder, die ein höheres Gehalt beziehen, bisher 8000 M., in 24 Jahren auf 12 000 M. steigend, während beantragt wurde, sie von jetzt an mit 8500 M. beginnen und schon in 14 Jahren auf 12 000 M. steigen zu lassen. Unser Redner erkannte das Wunschenswerte des Antrages an; solange aber nicht die Aufbesserungen der am schlechtesten Gestellten bewerkstelligt seien, würden wir gegen den Antrag stimmen. So wurden denn die neuen Magistratsgehälter gegen unsere Stimmen bewilligt. Auf der anderen Seite nahmen wir und der Assistent- und Kolonialräte an den Krankenhäusern an, die durch Nichtbewilligung ihrer beschiedenen Forderungen beinahe zum Ausstand getrieben worden wären. Nachdrücklich bekämpften wir alle Einwendungen, die zum Teil erhoben wurden, um die Autorität des Magistrats zu schützen. Namentlich wendete sich unser Redner auch gegen die geschmacklose Bemerkung des Oberbürgermeisters, es sei „eine traurige Erscheinung, daß gerade aus ärztlichen Kreisen heraus um solche Lappalien in eine solche Agitation eingetreten wurde“.

Auch beim Etat für 1907 war keine Lohnerhöhung oder nur eine solche im vorher geschilderten Sinne vorgelesen. Zwar führte der stämmere gegenüber unseren Angriffen aus, die Arbeitslöhne seien um 400 000 M. gestiegen — im Vorjahre hatte der Oberbürgermeister gar von 600 000 M. gesprochen. Nun betrug aber die Zahl der städtischen Arbeiter im Jahre 1905 nur 14 300 Köpfe, im

Jahre 1906 dagegen schon 15 200, das heißt, es war eine Steigerung um 900 Köpfe eingetreten — zwischen 800 und 900 Köpfe beträgt in den letzten Jahren überhaupt die jährliche Zunahme. Nimmt man aber selbst an, daß die 400 000 M. nur auf Lohnerhöhungen der bisher beschäftigten Arbeiter entfielen — eine Rechnung, die schwer aufzustellen sein dürfte, da hierbei das Aufsteigen in höhere Altersklassen berücksichtigt werden müßte —, so entfielen auf den Kopf im Durchschnitt nur rund 30 M., also die Hälfte dessen, was man um die Jahreswende 1905/6 in Erwartung der Lohnerhöhung an einmaliger Gratifikation bewilligt hatte. Freilich waren einige Lohnaufbesserungen wirklich zu verzeichnen; so hatte man in der Pachtverwaltung endlich den Mindestlohn auf 3,50 M. festgesetzt, was nach einem im Jahre 1901 in Kraft getretenen städtischen Beschlusse schon seit Jahren hätte geschehen müssen. Bei dem Etat der Wollwerke protestierten wir auf Wunsch der Arbeiter vergeblich gegen die Stundenlöhne zugunsten der Tage- resp. Wochenlöhne. Gegenüber dem Hinweis, daß hier die Stundenlöhne von 37 auf 40 Pf. erhöht seien, konnten wir feststellen, daß der Knäppel beim Hundeegelegen habe; denn die Verwaltung hatte berichten müssen, daß für 37 Pf. keine Arbeiter mehr zu finden waren! Wir müssen zu unserem Bedauern feststellen, daß die städtische Verwaltung Berlins in bezug auf die Lohnerhöhung viel weniger soziales Verständnis gezeigt hat als eine ganze Reihe von Nachbargemeinden und als vielfach sogar die Privatindustrie in Berlin selbst!

Rur kurz erwähnen wollen wir den Versuch, die schon an sich kargliche Urlaubsgewährung an Arbeiter noch einzuzengen. Vom 17. August 1906 datierte eine Magistratsverfügung, worin angeordnet war, daß kein Arbeiter einen Urlaub erhalten solle, wenn er in der laufenden Periode bereits längere Zeit wegen Erkrankung beurlaubt war, sofern die Art der Krankheit eine Schwächung des körperlichen Gesamtzustandes nicht zur Folge hatte, sondern... noch eine Erholung gestattete.“ Diese an sich lächerliche Verfügung wird in ihrer Kraft nicht richtig beleuchtet, wenn man bedenkt, daß die Berliner Verwaltungen einen Urlaub überhaupt erst nach fünfjährigem städtischen Dienst gewähren! Als unser Vertreter die Sache zur Sprache brachte, wurde die Verfügung denn auch von allen Seiten gemißbilligt. Im Ausschuss fanden die Mehrheitsparteien einen Weg, die Sache rückgängig zu machen, ohne den Magistrat allzu sehr bloßzustellen. Man begnügte sich damit, daß der Magistrat in einer neuen Verfügung erklärte, der frühere Erlaß sei vielfach mißverstanden worden; in Fällen, wo es zweifelhaft sein könnte, ob nicht ein doppelter Urlaub in Frage komme, sei die Entscheidung des Magistrats selbst anzusetzen.

Wir haben in diesem Abschnitt noch weniger als in den anderen die Fälle dessen erschöpfen können, was von unseren Vertretern im Rathause teils erreicht, teils angestrebt und damit auch angebahnt worden ist. Wir glauben, daß schon das Angeführte jedem Sozialgenossen, geschweige denn jedem Arbeiter die Notwendigkeit zeigt, am 6. November für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Für die Kommunalwahlen in den Wahlbezirken dritter Abteilung besten des Stadtfreiwirts letzte Hoffnungen sich an diejenigen Bezirke, die im Innern der Stadt oder nach dem wohlhabenden Westen hin liegen. Im Verteidigungskampf gegen die vorrückende Sozialdemokratie erwarten die Freisinnigen wenigstens für diese nicht allzureichlich mit Arbeitern bevölkerten Wahlbezirke, daß in ihnen sie selber sich immer noch wieder werden behaupten können. Die Kathauselque, die von dem Brüderpaar Casel und Jacobi regiert wird, muß diesmal in zweien dieser Schlupfwinkel, in den Kommunalwahlbezirken 29 und 41, sich gegen uns wehren. Der Wahlbezirk 29 umfaßt einen Teil des Spandauer Viertels, namentlich das „Scheunenviertel“ mit Umgebung, samt einem Zipfel der Rosenthaler Vorstadt. Der Wahlbezirk 41 erstreckt sich von der süblichen Umgebung des Oranienburger Torcs über das Charitéviertel bis in den Nordrand des Tiergartens und in Moabit hinein. Beide Bezirke sind im Rathause noch vertreten durch wackelsteife Kommunalfreisinnige, durch die Herren Alt und Rittlerhoff. Der Freisinn vertraut darauf, daß diese „bewährten“ Mitglieder der erwähnten Clique auch diesmal wieder dem Stadtparlament noch erhalten bleiben werden, wenn für die Wahlen Jacobi das Geld heranschafft und Casel die Nebenbesamtiert. Die Sozialdemokratie hat als ihre Kandidaten aufgestellt für den 29. Bezirk den Kaufmann Jonas Stahl und für den 41. Bezirk den Köpfer Richard Wabiel. Für beide Bezirke war von unseren Genossen am Montag eine gemeinschaftliche Wählerversammlung in den „Rufstertalen“ (Kaiser Wilhelmstraße) veranstaltet worden.

Das Referat, das der Stadtverordnete Genosse Schubert übernommen hatte, gab ein Bild davon, wie die Gemeindeverwaltung Berlins unter der Herrschaft des Freisinnns ist und wie sie nach den Wünschen der Sozialdemokratie sein sollte. Schubert behandelte drei Hauptgebiete: die Aufgaben, die der Gemeinde gestellt werden durch die Notwendigkeit seiblicher und geistiger Förderung des heranwachsenden Geschlechts; die Fürsorge, die sie zu verwenden hat auf die Sicherung und Mehrung des Wohlstandes der Gemeindeglieder; die Wege, die sie einschlagen kann und soll, um die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen. In diesem Rahmen erörterte der Referent besonders unsere Schulzustände mit ihren vielfachen Mängeln, die von den Familien der minderbemittelten Bevölkerung bitter genug empfunden werden, die öffentliche Gesundheitspflege in all ihrer Angulänglichkeits, die wiederum nur den minderbemittelten Bevölkerungsschichten Schaden bringt, die Finanzpolitik in ihrer ganzen Abhängigkeit von Sonderinteressen, die ein bezogener Teil der Bürgererschaft geltend machen darf. Genosse Schubert schilderte die Bemühungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten, die Unterrichtsfolge der Gemeindeglieder zu steigern, z. B. durch Herabsetzung der Klassenfrequenzen, den Kindern die Teilnahme am Unterricht zu erleichtern z. B. durch allgemeine Gewährung unentgeltlicher Lernmittel, durch Darreichung von Frühstück usw. Er zeigte, welchen Anteil unsere Genossen im Stadtparlament gehabt haben an den Versuchen zur Ausgestaltung der Gesundheitspflege, an der Mehrung der Krankenhäuser und Gesundheitsheime, an der Einführung einer Säuglingsfürsorge. Und er geißelte schließlich das Gebaren der freisinnig-hausagrarischen Stadtverordnetenmehrheit, die die schärfere Heranziehung der minderbemittelten zum Steuerzahler mit Besall begrüßt, aber nicht zu haben war für eine wirksame Besteuerung des mühselosen Gewinnes von Grundstückspekulanten, wie die Sozialdemokratie sie forderte und der Magistrat sie in der Wertzuwachssteuer plante. Gewiß müsse man, so führte der Referent aus, die Rückständigkeit der Berliner Gemeindeverwaltung daraus erklären, daß das Dreiklassenstystem des Gemeindevorstands samt dem Hausbesitzerprivileg den Freisinn in seinem Widerstand gegen die Reformforderungen der Sozialdemokratie stärkt. Aber gerade deshalb habe die Wählerchaft dritter Abteilung bei jeder neuen Wahl dafür zu sorgen, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten möglichst noch vermehrt und ihr Einfluß weiter gesteigert werde.

Auf den Vortrag folgten Ansprachen der Kandidaten. Genosse Jonas Stahl kennzeichnete den Hassenden Gegensatz zwischen den Liberalen als den Schütern der Selbstbesitzer und den Sozialdemokraten als den Verfechteten berechtigter Ansprüche der werktätigen Bevölkerung. Genosse Richard Wabiel schilderte die Folgen der Unterlassungssünden städtischer Verkehrspolitik, die wachsende Verkehrsalamität, unter der die wertstätige Bevölkerung zu leiden hat. Der Versammlungsleiter Genosse Friedländer

belehnte die „Verdienste“ der bisherigen Vertreter der beiden Bezirke, der vom Freisinn wiederaufgestellten Herren Alt und Ritterhoff, speziell der erstere, der in einem Flugblatt dreist von sich rühmen läßt, er vertrete — keine Sonderinteressen. Friedländer schloß die Versammlung mit einer eindringlichen Mahnung, am 6. November Mann für Mann einzutreten für die Kandidaten der Sozialdemokratie, für Kaufmann Jonas Stahl im 20. Bezirk und für Löffler Richard Wabiel im 41. Bezirk.

Für den 35. Kommunalwahlbezirk fand am Montag in Groterjans Saal in der Schönhauser Allee eine Versammlung statt. Der Referent, Genosse V o r g m a n n, trat zu Beginn seines Vortrages der von gegnerischer Seite verbreiteten Ansicht entgegen, daß die Politik in Gemeindeangelegenheiten gar keine Rolle spiele und die Stadtverordnetenwahlen deshalb nicht von politischen Gesichtspunkten aus betrachtet werden dürften. Wie falsch diese Ansicht ist, das zeigte der Redner an der Tatsache, daß es ja politische Mittel sind, durch welche sich die bestehenden Klassen auch in der Gemeinde an der Herrschaft erhalten und die Arbeiterklasse von der Mitbestimmung möglichst ausschließen. Aus politischen Gründen haben wir das Dreiklassenwahlrecht und das Privileg der Hausbesitzer. Politische Gründe sind es, welche die Mehrheit der Stadtverordneten seinerzeit veranlaßten, unseren Antrag abzulehnen, welcher verlangte, daß für die dritte Wählerabteilung statt 48 Wahlbezirke deren 16 gebildet werden, von denen jeder drei Stadtverordnete zu wählen hat, wie es in der ersten und zweiten Abteilung der Fall ist. Politische Gründe veranlaßten die Mehrheit, den gegenwärtigen Zustand aufrecht zu erhalten, der es ermöglicht, die Wahlbezirke so einzuteilen, daß auch in der dritten Abteilung noch einige bürgerliche Stadtverordnete gewählt werden können und nicht etwa die ganze dritte Abteilung den Sozialdemokraten zufällt. Es ist auch nicht wahr, daß es in der Stadtverordneten-Versammlung keine Klasseninteressen zu vertreten gibt. Wozu hätten wir denn ein Massenwahlrecht, wenn nicht deshalb, daß die Besitzenden mit Hilfe desselben ihre Klasseninteressen vertreten wollen. Und aber macht man zum Vorwurf, daß wir ausschließlich die Interessen der Besitzlosen vertreten. Allerdings ist es unsere Aufgabe, die Interessen der Besitzlosen wahrzunehmen, aber die dritte Abteilung hat die große Masse der Wähler und indem wir die Interessen dieser zahlreichen Wähler wahrnehmen, sorgen wir für das Wohl der Allgemeinheit, während die Vertreter der ersten und zweiten Abteilung nur ein winziges Häuflein von Wählern hinter sich haben und deshalb nur die Interessen eines Bruchteils der Einwohnerschaft wahrnehmen. In seinen weiteren Ausführungen zeigte der Redner an einigen Beispielen, wie es die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung stets verstanden hat, im Interesse der Besitzenden zu wirken zum Nachteil der großen Klasse der Arbeiter und der kleinen Leute. Unter lebhaftem Beifall der Zuhörer forderte der Redner zur regen Agitation für die Wahl unseres Kandidaten auf.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. In der Vorstellung in der Urania am Sonntag, den 3. November, sind nach Villetts zu haben beim Genossen Dobroslaw, Schlemmstr. 39. Der Vorstand.

Charlottenburg. Donnerstag, den 31. ds. Mts., abends 8 Uhr findet bei Sautz, Kaiser Friedrichstraße 24 eine öffentliche Versammlung des II. Kommunalwahlbezirks statt. Referent: Gewerkschaftsbeamter Kandidat E m i l L e h m a n n. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand des Wahlvereins.

Spandau. Die Genossen werden ersucht, umgehend die Panoramabillotts abzurechnen resp. die nicht verkauften Billotts sofort abzuliefern, da das Panorama in den nächsten Tagen geschlossen werden soll. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zum Achtuhr-Ladenschluß.

An ihren Taten soll Ihr sie erkennen — die bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände. Es ärgert die Herren aller Richtungen zu sehr, daß der Zentralverband der Handlungsgehilfen nicht ebenso geschlafen hat wie sie, sondern es fertig brachte, in wenigen Tagen durch die Unterstützung der Arbeiterschaft circa 20 000 Unterschriften für den Achtuhr-Ladenschluß zu sammeln. In ihrer ohnmächtigen Wut darüber treiben diese Verbände Vogelstrauchpolitik; für sie existieren die 20 000 Unterschriften nicht und sie fingen an, noch einmal Unterschriften für den Achtuhr-Ladenschluß zu sammeln.

Da aber ein großer Teil der Ladeninhaber sich weigerte, zweimal zu unterschreiben, versielen die Herren auf ein ganz unanständiges Mittel, womit sie allerdings ihrer sonstigen Kampfesweise treu bleiben.

Die Abgesandten der bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände lügen den Geschäftsinhabern vor, der Polizeipräsident hätte die Abstimmung, die der Zentralverband vorgenommen, für ungültig erklärt und sie versuchen dadurch, die Geschäftsinhaber zu bewegen, noch einmal ihre Unterschrift ihnen zu geben. Ja im Nordosten Berlins sagte ein solcher Abgesandter sogar, er käme im Auftrage des Polizeipräsidenten.

So ist den Leuten jedes Mittel recht, um Unterschriften zu erhalten. Es nützt ihnen allerdings nichts, denn der Polizeipräsident prüft bereits die Richtigkeit der eingereichten 20 000 Unterschriften. Aber es ist wieder der Beweis erbracht, daß es diesen Leuten gar nicht auf die Erringung des Achtuhr-Ladenschlusses ankommt, daß sie im Gegenteil immer die Interessen der Handlungsgehilfen schädigen.

Wann werden die Handlungsgehilfen klug werden?

Neue Straßenbahn nach Nieder-Schönhausen. Eine neue Straßenbahnverbindung nach Nieder-Schönhausen wird von der Großen Berliner Straßenbahn am nächsten Freitag, den 1. November eröffnet. Die neue Verbindung kommt dadurch zustande, daß die Linie 49 Higdorf—Jannowitzbrücke—Alexandersplatz—Kantow durch die Schloß- und Kaiser Wilhelmstraße bis zur Kirche in Nieder-Schönhausen verlängert wird.

Nach Unterschlagung von 42 000 Mark flüchtig. Einen schändlichen Vertrauensbruch beging der Kassierer Julius Nichols des Weinrestaurants „Rheingold“ am Potsdamerplatz. Er ist nach Unterschlagung von 42 000 M. flüchtig geworden. Nichols, der im 22. Lebensjahre steht und aus Münden stammt, hatte seit drei Jahren bei der Köhlinger-Gesellschaft einen Vertrauensposten inne und war seit der Eröffnung des Weinhauses „Rheingold“ als erster Kassierer angestellt. Als solcher hatte er die Aufgabe, die Einnahme des Tages zu kontrollieren, den Betrag abends mit nach seiner Wohnung zu nehmen und morgens das Geld in der Zentrale Friedrichstraße 11 abzuliefern. Gestern morgen, als Nichols nicht im „Rheingold“ erschien, schöpften man Verdacht. Bei einer Nachzahlung des am Montag früh abgelieferten Geldes stellte es sich heraus, daß der Kassierer drei Säcke mit Silbergeld in den Geldschrank gestellt hatte, dagegen fehlte das Papiergeld und Gold. Nichols hatte das Silbergeld allem Anschein nach deshalb in den Geldschrank gestellt, um den Verdacht nicht aufkommen zu lassen, daß er das Geld nicht abgeliefert habe oder gar gestohlen sei. Die Kriminalpolizei hat bereits die Verfolgung des ungetreuen Kassierers aufgenommen.

Todesstrafe aus dem Fenster. Vor einigen Tagen stürzte sich in einem Anfall von Verfolgungswahn die 39-jährige Rentiere Anna Reyer aus ihrer im zweiten Stock des Hauses Alexandersstraße 63 belegenen Wohnung auf die Straße hinab, wo sie tot

liegen blieb. Ihre um zehn Jahre jüngere Schwester Olga, die mit ihr zusammenwohnte, nahm sich dieses traurigen Ende so zu Herzen, daß sie schwermütig wurde. Gestern früh kurz vor 7 Uhr sprang sie gleichfalls aus dem Fenster auf die Straße und zog sich neben Knochenbrüchen schwere innere Verletzungen zu. Die Verwundete wurde zwar noch lebend nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, doch ist ihr Zustand so bedenklich, daß jede Hoffnung auf Erhaltung des Lebens ausgeschlossen erscheint. Die beiden Schwestern lebten in guten Verhältnissen.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich auf dem Fuhrhof der Bedag-Gesellschaft in der Chausseestraße zugetragen. Der Chauffeur Paul Mund, Waldstr. 47 wohnhaft, hatte seinen Nachtbesuch antreten wollen. Als er noch einmal an seinem Kraftwagen nachsehen wollte, ob alles in Ordnung sei, drehte er versehentlich an der Anfahrtskurve und im nächsten Moment schloß sich der Wagen in Bewegung. Mund, der davor gestanden hatte, wurde nun überfahren und blieb schwer verletzt liegen, während der fuhr der Bedagwagen weiter. Durch nachlaufende Chauffeure wurde er schließlich zum Halten gebracht. Mund hatte schwere Oberextremitäten- und anscheinend innere Verletzungen erlitten und wurde in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

Ein aufregender Unglücksfall hat sich gestern abend am Stettiner Bahnhofe abgespielt. Eine Greisin, die 66 Jahre alte Anna Mohr aus der Hohestr. 44 hatte einen kleinen Handwagen hinter sich hergezogen, der mit Wäsche beladen war. Vor dem Stettiner Bahnhofe geriet die alte Frau beim Einbiegen in die Eichendorffstraße mit ihrem Wagen zwischen zwei Lastfuhrwerke. Sie wurde mit ihrem Gesichte umgerissen und unter einen der Wagen geschleudert. Die Mäder gingen der Bedauernswerten über die Brust hinweg. In bestunngelohem Zustande fand sie im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme. Wahrscheinlich sind bei dem Unfall schwere innere Verletzungen herbeigeführt worden.

Liebesdrama in einer Bierkneipe. Eine Eifersuchtskragodie hat sich gestern mittag in dem Restaurant der Frau Lisette Procastry, Vorsteingergasse 70, abgespielt. Dort gab der fleißigste Gast-Wirtzgehilfe Berger auf die Melancin Himmelpfort einen Revolverbeschuss ab und tötete sich dann selbst. Das Mädchen hat einen Streifschuss am Hals erhalten. P. soll mit der F. in Beziehungen gestanden haben, die letztere kürzlich löste.

Ein Automobilunfall ereignete sich gestern abend 7 Uhr vor dem Hause Brunnenstraße 33. Dort wurde ein etwa 17-jähriges Mädchen von einer Autodrosche überfahren und erheblich verletzt. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Rosinien-Allee gebracht.

Die Freie Volkshöhne bringt für die Mitglieder ihrer Abendabteilungen zunächst außer Langmanns „Varekai Tuzarek“ (ein Drama aus dem Arbeiterleben) Lörzings romantische Oper „Undine“ unter Mitwirkung des Herrn W. v. Hartmann und Herrn Dr. Rudolf Pröll und musikalischer Leitung des Herrn Kapellmeisters G r i a m.

Die dritte Abendserie bringt Otto Erich Hartlebens Komödie „Die Erziehung zur Ehe“. In der vierten Abendserie folgt Marxners Oper „Hans Heiling“. Die dritte Nachmittagsserie beginnt am 10. November mit Max Dreyers historischem Schauspiel „Das Tal des Lebens“ und die vierte Nachmittagsserie am 17. November mit Hebbels Tragödie „Judith“ mit Frau Gertrud Arnold-Schönau in der Titelrolle im Neuen Schauspielhaus.

Am 25. Kunstabend im Rathaus Montag, den 25. November, 8 1/2 Uhr: Herr Dr. Leopold Hirschberg über Richard Wagner mit besonderer Berücksichtigung seiner Opern (und pianistischer Erläuterung). Das diesjährige Winterfest am Sonnabend, den 23. November, trägt als Programm die Lösung: „Der Humor in der Musik“.

Festmarken und Einladungen zu diesen Veranstaltungen können von heute ab bestellt werden in allen Zahlstellen des Vereins.

Vermißt wird seit Sonnabend, den 26. d. M., die Frau des Formers Karl Köndke, Berlin N., Seefr. 600 wohnhaft. Da die selbe nervenkrank ist, wird angenommen, daß sie umherirrt. Sie war bekleidet mit gemustertem blauen Rock, blauer Cheviotbluse und roten Filzpantoffeln. Es wird herzlich gebeten, etwaige Nachrichten nach dem nächsten Polizeirevier oder nach der Wohnung des Mannes zu richten.

Vermißt. Aus der elterlichen Wohnung, Wöhrerstr. 40, hat sich am 3. Juli die unberechnete Gertrud Hammerstein, geboren am 23. Januar 1891 zu Berlin, entfernt und ist noch nicht zurückgekehrt. Sie ist 1,65 Meter groß, schlank, hat schwarzes Haar und schwarze Augen, ziemlich starke, etwas zusammengewachsene Augenbrauen, gesunde Zähne und große schlanke Hände. Die Gesichtsfarbe ist frisch, zart, bräunlich. Bekleidet war sie bei ihrem Fortgehen mit einem Watosenhut aus dunkelrotem Strohgeflecht mit römischen Bänder, blauem Cheviotrock in Falten gesteppt, marineblauer Bluse mit weißen Bändchen, schwarzen Schürstücken, Schwarz und rot geringelten Strümpfen und dunkelgrauem meliertem Sacko. Trotz der eifrigsten und umfangreichsten polizeilichen Nachforschungen konnte bisher nicht die geringste Spur von dem Verbleib der Vermißten ermittelt werden. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sie sich ein Leid angetan hat oder an ihr eine strafbare Handlung begangen worden ist. Personen, welche zur Sache irgend welche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 6216. IV. 14. 07 mitzuteilen.

Feuerwehrbericht. Die Berliner Feuerwehr ist in diesem Monat schon 310-mal alarmiert worden. Auch in den letzten Stunden liefen zahlreiche Alarme ein. U. a. wurde die Wehr nach der Gollnowstraße 10 gerufen, wo ein Strohh. Papier u. a. Brammen, nach der Brunnenstraße 26, wo in einem Keller Vordmaterialien in Brand geraten waren und nach der Klopstockstraße 54, wo Möbel, Gardinen usw. in Flammen standen. Auf der alten Brandstelle in der Langestraße 15/16 mußte ein Sparrenkopf, der aufs neue entflammt war, abgelöst werden. Betten, Küchenschränke usw. wurden in der Wöhrerstraße 10 ein Raub der Flammen. Am Tempelhofer Ufer 21 mußte der 11. Zug einen Schälbedenbrand löschen. Ferner liefen noch Feuermeldungen aus der Straßburgerstraße 10, Pflaumerstraße 4, Swinemünderstraße 83, Seydelstraße 27 und anderen Stellen ein. Preshohlen, Schornsteine usw. brannten dort.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstagabend 9 Uhr, Monatsführung der diensttuenden Abteilung im Lokal Dresdenerstr. 45, wozu alle Mitglieder zu erscheinen haben.

Ein größerer Dachstuhlbrand kam gestern (Dienstag) abend in dem Gebäude Braunsbergerstraße 27, Hufelandstraße zum Ausbruch. Die erste Kompanie der Feuerwehr mußte mit drei Dampfspritzentzweigen eingreifen, um die Flammen zu ersticken. Der Dachstuhl ist zu einem erheblichen Teil vernichtet. Ueber die Entstehungsurache des Feuers konnte noch nichts festgestellt werden. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis gegen 10 Uhr hin.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Das Blau vom Himmel herunter versprochen die Freisinnigen den Wählern, um sie für sich einzufangen. Den Gipfel der Verlogenheit und Schamlosigkeit erreicht ein Flugblatt, das im ersten Bezirk der dritten Wählerklasse verbreitet wird und auch die Unterschriften einiger Stadtverordneten trägt. Es heißt darin, die freisinnigen Kandidaten werden im Falle ihrer Wahl „in demselben Sinne wirken, in dem bisher die Liberalen so segensreich gewirkt haben“ und nach Kräften dafür eintreten, daß u. a. die Löhne der städtischen Arbeiter festgelegt, erhöht und die Stunden-

löhne, so weit sie noch bestehen, abgeschafft werden. Dabei haben gerade die Liberalen den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung eines Mindestlohnes von 4 M. pro Tag für städtische Arbeiter zu Fall gebracht. Weiter wird eine Herabsetzung der Steuerfreiheit von 100 auf 1200 M. versprochen. Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr, aber die Wähler, so weit sie eine eigene Meinung haben, werden auf diesen Leim nicht kriechen, die Freisinnigen werden sich halten, einen dahingehenden Antrag zu stellen oder wenn sie es tun, so nur, nachdem sie sich vorher vergewißert haben, daß der Magistrat ihm die Zustimmung versagt. Der städtische Grundbesitz soll vermehrt werden! Auf welche Weise? Etwa durch Enteignung der Grundstückspekulanten, die sich im Lager des Freisinn besonders zahlreich finden? Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beraten die städtischen Körperschaften augenblicklich über die Frage der Erhaltung und Aufbarmachung des städtischen Grundbesitzes für Gemeindegewinne. Ob aus den Verhandlungen etwas herauskommt, läßt sich heute noch nicht sagen. Ist das aber der Fall, dann gebietet das Verbot den Antragstellern, und das sind, wie gesagt, die Sozialdemokraten und nicht die Freisinnigen.

Es ist furchtbar leicht, Versprechungen zu machen. Aber Versprechen und Halten ist bekanntlich zweierlei. Was schadet es dem Freisinn, wenn er ferner Reformen auf dem Gebiet des Wohnungswesens in Aussicht stellt? Daß in dieser Beziehung nichts erreicht wird, dafür wird er schon selbst durch die Unterstützung der Hausagrarier sorgen, um deren Stimmen er in der ersten und zweiten Wählerklasse buhlt. Unerhört aber ist es, daß die Freisinnigen sich in dem Flugblatt sogar für die Einführung der Wertzuwachssteuer und für die Lieferung unentgeltlicher Lernmittel für Gemeindegelübten aussprechen. Zum mindesten sollten doch die Herren Stadtverordneten, deren Namen unter dem Flugblatt stehen, wissen, daß gerade ihre Freunde es gewesen sind, die die Wertzuwachssteuer abgelehnt und was die freien Lernmittel betrifft, mit dem Magistrat ein Abkommen getroffen haben, wonach diese Frage innerhalb der nächsten vier Jahre nicht wieder angeknüpft werden soll.

Wir begnügen uns damit, diese faustdicken Lügen der Freisinnigen festzunageln und die Namen der Stadtverordneten zu veröffentlichen, die den traurigen Mut hatten, durch die Unterzeichnung dieses Flugblattes sich zu Mitschuldigen an der Verbreitung etwedislich unwahrer Behauptungen zu machen. Es sind dies die Herren Wollmann, Otto, Dr. Rothholz und Dr. Spiegel.

Handlungsgehilfen! Heute Mittwoch von 12—6 Uhr finden in Charlottenburg die Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht statt. Wahlberechtigt sind alle Handlungsgehilfen über 25 Jahre, die in Charlottenburg beschäftigt sind. Die Wähler haben eine Bescheinigung des Prinzipals oder der Polizeibehörde darüber vorzulegen, daß sie als Handlungsgehilfen tätig sind. Formulare sind im Wahlbureau des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 24, zu haben.

Jeder Handlungsgehilfe muß es als seine Pflicht betrachten, von dem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Sollen doch die zu wählenden Beisitzer drei Jahre lang in Streitfällen über die Handlungsgehilfen Recht sprechen.

Die Wahl, welcher Kandidatenliste die Handlungsgehilfen ihre Stimme geben müssen, ist nicht schwer zu treffen. Da erfahrungsgemäß nur die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands aufgestellten Kandidaten die Interessen der Handlungsgehilfen vertreten haben, muß es jedes Angestellten Pflicht sein, seine Stimme nur der Liste V des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Charlottenburg, zu geben.

Schöneberg.

Der letzte Stadtverordnetenversammlung lag wiederum ein Antrag der liberalen Fraktion vor:

Die bestehende Deputation für den Arbeitsnachweis ist baldmöglichst in ein städtisches Arbeitsamt zu verwandeln. In das Arbeitsamt sind neben Vertretern der städtischen Körperschaften Arbeiter und Arbeitgeber als stimmberechtigte Mitglieder zu wählen.

Das Arbeitsamt soll u. a.:

- a) Den Arbeitsnachweis, die geplante Rechtsanwaltsstelle und ein zu schaffendes Wohnungsbauamt verwalten;
- b) alle im Interesse der städtischen Arbeiter getroffenen Einrichtungen überwachen und nötigenfalls verworfen;
- c) den Arbeiterschutz im Submissionswesen überwachen;
- d) die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-gesetze ausführen bzw. ihre Ausführung überwachen, soweit sie durch andere Organe erfolgt;
- e) alle Vorlagen begutachten, welche das Interesse der arbeitenden Bevölkerung in erheblichem Maße betreffen;
- f) Initiativanträge zur Hebung der Lage der arbeitenden Bevölkerung stellen;
- g) Erhebungen über die Lage der arbeitenden Bevölkerung veranlassen oder veranlassen.

Stadtv. Dr. V o h b e r g (Lib.) begründet in eingehender Weise den Antrag, der seiner Ansicht nach nichts neues bietet. Er erwähnt, daß bereits in einer Reihe von Städten ähnliche Einrichtungen bestehen.

Stadtv. S e e l e erklärt, daß vieles in dem Antrage seine Billigung findet, aber andererseits habe er doch gegen verschiedene Punkte Bedenken. Die Einrichtung eines derartigen Arbeitsamtes würde den heute bestehenden Deputationen, die sich mit den betreffenden Aufgaben zu beschäftigen haben, die Arbeit wegnehmen, und das wäre nicht gut. Redner beantragte Ausschussberatung.

Stadtv. O b e r t (Soz.) wünscht namens seiner Fraktionsgenossen eine Erweiterung des Antrages in einzelnen Punkten, deshalb stimme er dem Antrage auf Ausschussberatung zu. Die Einwendungen des Herrn Seele seien himffällig. Es müsse eine Einrichtung geschaffen werden, um diese speziellen Aufgaben, die in dem Antrage niedergelegt sind, zu erledigen. In den heute bestehenden Deputationen würde das nur so nebenher erledigt. Auch betreffs des Submissionswesens sei eine Regelung unbedingt nötig. Heute werde niemals bei Vergütung von Arbeiten danach gefragt, ob der Unternehmer auch menschenwürdige Löhne zahlt und wo er seine Arbeitskräfte hernimmt. Es muß darauf gesehen werden, zunächst hiesigen Arbeitern Beschäftigung zu geben, und nicht bei jeder Gelegenheit Arbeitskräfte aus dem Ausland heranzuziehen. Solange das Dreiklassenwahlrecht bei Kommunalwahlen weiterbesteht, würde auch diese Einrichtung für die Arbeiterschaft nichts ganzes werden. Trotzdem wünsche er, daß es auch bald mit der Einrichtung des Arbeitsamtes ernst wird.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird darauf angenommen. Ein weiterer Antrag der „Liberalen“ verlangt, daß vom 1. April 1910 ab das Abschwören in städtische Regie übernommen werden soll. Zu dem Zweck soll eine gemischte Deputation eingesetzt werden, die dann auch zu prüfen hat, ob die Müllabfuhr in städtische Regie übernommen werden kann.

Stadtv. R h e i n b a c h e r (Lib.) hält es in seiner Begründung für notwendig, daß eine besondere Deputation eingesetzt wird, da die Verkehrsdeputation überfordert ist.

Stadtv. V a r t e l l ist nur für städtische Regie, wenn die Sache dadurch billiger würde, sonst überlasse man es lieber einem Privatunternehmer. Redner bezweifelt, daß die Stadt die Abfuhr billiger herstellen kann.

Stadtv. K i t t e r (Soz.) weist darauf hin, daß die sozialdemokratische Fraktion bereits im Juni 1906 denselben Antrag gestellt habe. Er sei aber damals abgelehnt worden. Woher komme es

den, meint Redner, daß Privatunternehmer billiger arbeiten können, doch nur dadurch, daß sie ihren Arbeitern jämmerliche Löhne zahlen. Redner bedauert, daß der sozialdemokratische Antrag seinerzeit nicht angenommen worden ist. Wir wären heute in dieser Beziehung schon weiter.

Die Stadtverordneten Seele und Vincius erklären, daß der sozialdemokratische Antrag im vorigen Jahre nur abgelehnt wurde, weil die Zeit zu kurz war, denn in einem Zeitraum von 1/2 Jahren könne ein derartiges Projekt nicht verwirklicht werden. Stadt. A. S. erweist aber nach, daß die sozialdemokratische Forderung schon vor 5 Jahren denselben Antrag gestellt habe. Dieser Zeitraum hätte doch sicherlich genügt.

Stadtbourat Gerlach gibt namens des Magistrats die Erklärung ab, daß von seiner Seite die Arbeiten behufs Uebernahme des Abfuhrwesens in städtische Regie gefördert werden. Die Verhältnisse seien aber stärker wie der gute Wille.

Nach Ablehnung des liberalen Antrages betr. Einsetzung einer besonderen Deputation wird gemäß einem Antrage Leffig beschlossenen, den Magistrat zu ersuchen, die Arbeiten betr. Uebernahme des Abfuhrwesens und der Müllabfuhr in städtische Regie zu beschleunigen.

Angenommen wird weiter ein Antrag des Stadtverordneten Marre, bei der jedesmaligen Reinigung der Straßendämme die Bürgersteige mitzureinigen und zu diesem Zweck jede Straßensreinigungselonne um einen Mann zu verstärken.

Sodann wird einem Antrage zugestimmt, in dem Etat der städtischen Verwaltung einen Posten von 3000 M. einzustellen, welcher zur Unterstützung bedürftiger und begabter einzelner Schüler und Schülerinnen verwendet werden soll, um ihnen den Besuch einer der hiesigen höheren Lehranstalten zu ermöglichen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Versammlung von der Antoniederlegung des Stadtrats Erl. Kenntnis.

Friedeuan.
Das Opfer eines tödlichen Automobilunfalls ist der 14jährige Schüler Wilhelm Bille aus der Kaiser-Allee 88 geworden. Der Knabe hatte an der Ecke der Schmargendorfer- und Rheinstraße den Fahrdamm überschritten wollen, als er von einem herankommenden Privatautomobil umgerissen und überfahren wurde. Er erlitt mehrere Rippenbrüche sowie schwere Lungenquetschungen und starb bald nach seiner Entlieferung im Krankenhaus. Gegen den Chauffeur ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Steglich.
Ratschen des liberalen Bürgertums. Die „Stegl. Ztg.“, das Organ des Mietervereins, teilt mit, daß am Mittwoch im „Albrechtshof“ der Reichstagsabgeordnete Wiemer über: „Die politischen Aufgaben des liberalen Bürgertums“ sprechen wird. Welche wunderliche Ansichten das Blättchen vom Liberalismus hat, mögen unsere Leser aus folgender Kannegeherlei erfahren:

Die Situation hat sich für den deutschen Liberalismus erheblich geändert, und die maßgebenden Kreise tragen dem Rechnung, indem sie eifrig danach streben, die einzelnen liberalen Gruppen auf einer gemeinsamen Basis zu gemeinsamem Wirken zu vereinigen. Soll dieses aber Früchte zeitigen, so muß das liberale Bürgertum eifriger als bisher auf dem Platze erscheinen, und nicht nur das liberale, sondern das Bürgertum überhaupt, gleichgültig welcher Parteirichtung, gilt es doch das der Sozialdemokratie abgenommene Terrain zu behaupten und neue Eroberungen zu machen. Wir hoffen, daß sich in diesem Sinne die Mittwochversammlung zu einer eindrucksvollen Kundgebung nicht nur unserer freimütigen, sondern der ganzen Steglitzer Bürgerschaft, so weit sie nicht der Sozialdemokratie anhängt, gestaltet.“

Die „St. Z.“ scheint dem Reichsverband „anzuhängen“, denn einen derartigen Ansturm kann nur ein Reichsverbändler produzieren. Zu diesen „politischen Aufgaben des liberalen Bürgertums“ unser herzlichstes — Beileid.

Rummelsburg.
Die Gemeindevertretung vollzog in ihrer letzten Sitzung vorerst die Wahl eines unbeforderten Gemeindefürsors. Mit 11 von 21 abgegebenen gültigen Stimmen wurde der bisherige Schöffe Vösch auf weitere 6 Jahre gewählt. Unser Genosse Tempel erhielt 7 Stimmen. Die vom Gemeindevorstand beantragte sofortige Vorname von Ersatzwahlen für die durch Verzug ausgeschiedenen Gemeindevorstandsdirektor Arendt I. Klasse und Maurermeister Oertel II. Klasse wird dahin erledigt, diese Wahlen nach auszuführen und erst mit den im März nächsten Jahres stattfindenden Gemeindevorstandswahlen zusammen vorzunehmen. Als im vorigen Jahre die Gemeindevertretung die Uebernahme der bisherigen privaten höheren Mädchenschule als öffentliche Gemeindefürsors genehmigt, wurde auch zugleich von der Mehrheit die Angliederung eines Lehrerinnenseminars beschlossen. Der Gemeindevorstand hatte seinerzeit der Mehrheit die Sache dadurch mündgerecht gemacht, daß er behauptete, ein solches Lehrerinnenseminar bringe der Gemeinde viel Geld ein. In Ausführung dieses Beschlusses muß nun heute nicht nur die unterste Seminarstufe, sondern auch das notwendige Zwischenglied zwischen höherer Mädchenschule und Seminar, die Selektastufe, gegründet werden. Die Gemeindevertretung erklärt sich mit der Gründung beider Klassen zum 1. April 1908 einverstanden und bewilligt die hierfür benötigten Geldmittel. Auf eine Anfrage, wie hoch die Frequenz dieser Klassen sein wird, konnte eine Auskunft nicht gegeben werden. — Der Antrag des Gemeindevorstandes um Enteignung des dem Deutschen Adelswerken gehörigen nach dem Bebauungsplan zur Befeuchtung fallenden Geländes, wird nach kurzer Debatte in die nicht öffentliche Sitzung verlegt. — Beim Punkt 6 der Tagesordnung, Wahl von 3 Mitgliedern zum Kuratorium des Gemeindefürsorskrankenhauses „Kaiserin Augusta Viktoria“, welches bisher nur den einfachen Namen Krankenhaus „Vorhofen-Rummelsburg“ führte, entspann sich über die Zusammensetzung dieses Kuratoriums eine sehr rege Debatte. Die Gemeinde Rummelsburg hat seinerzeit für dieses Krankenhaus eine unfindbare und unverzinsliche Hypothek von 120 000 M. sowie einen Zuschuß zu den Betriebskosten von jährlich 6—7000 M. unter der Bedingung bewilligt, daß der politische Gemeinde Rummelsburg auch ein entsprechender Einfluß im Kuratorium gewährt wird. Wie dieser von unseren Vertretern mit recht feilschte und als Kamodie bezeichnete Einfluß der Gemeinde Rummelsburg — die wohl die Kosten trägt — beschaffen ist, kann man so recht aus der vorerwähnten Zusammensetzung dieses Kuratoriums erkennen. Der erste Vorsitzende wird von der Kaiserin ernannt, der zweite Vorsitzende ist der erste Geistliche von Rummelsburg. Ferner kommen hinzu der Landrat, der Pastor des Dionysien-Kirchhofes, je ein vom Gemeindevorstand und der kirchlichen Gemeindevertretung zu wählendes Mitglied, der Chirurg, die leitende Schwester, drei von der Kaiserin zu ernennende Mitglieder, und drei vom Kuratorium zu wählende Mitglieder. Auch von den bürgerlichen Vertretern wurde allezeit zugesagt, daß bei einer solchen Zusammensetzung das Mitbestimmungsrecht der Gemeinde vollständig illusorisch ist, und daß es sehr bedauerlich sei, daß die Gemeinde, welche die höchsten Kosten zu tragen hat, ohne den geringsten Einfluß in der Verwaltung dieses Krankenhauses bleibt. Als Mitglieder für dieses Kuratorium werden hierauf die Herren Polizeikommissar Köhler, Schöffe Lange und Gemeindevorstand Bernhardt bestimmt. Der Gemeindevorstand gibt hierauf noch bekannt, daß der seinerzeit von der Gemeindevertretung bei der Regierung eingereichte Antrag um Eingemeindung nach Berlin abgelehnt worden ist. Als Grund für die Ablehnung ist unter anderem auch mit angegeben worden, daß durch die Stadtverordneten der Gemeinde Rummelsburg auch Rummelsburg vom 1. April 1908 ab königliche Polizei (Schule) erhalten wird. Hierbei wird festgestellt, daß die Berliner Zeitungen vor kurzem erschienenen Notiz: „Der Stadtverordnungsantrag der Gemeinde Rummelsburg ist von der Regierung end-

gültig abgelehnt“, jeder Begründung entbehrt. Da ein diesbezüglicher Antrag bis jetzt der Regierung noch gar nicht eingereicht worden ist. — Ferner wird noch mitgeteilt, daß der Wahl des Herrn Lehrer Koppelt zum unbeforderten Gemeindefürsors die Befürwortung seitens des Kreisausschusses ohne Angabe von Gründen verweigert worden sei. Koppelt hat hiergegen beim Kreisausschuß Beschwerde eingereicht.

Ober-Schönheide.
Gemeindevertretung. Vom Gemeindevorstand ist beantragt, die Mittel bereitzustellen für die Drucklegung eines von ihm bearbeiteten Werkes, welches anlässlich des 10jährigen Bestehens der Gemeinde herausgegeben werden soll, und die außergewöhnliche Entwicklung des Ortes darstellt. Die geplanten Festschriften lehnte die Vertretung ab und beschloß die Einsetzung einer Kommission. Der Abänderung des Bauplanes für das Terrain hinter der Edisonstraße wurde zugestimmt. Danach fallen dort die Hinterhäuser fort, es wird eine Passage durch das königliche Haus nach der Treppendammstraße geschaffen. Seitens unserer Genossen wurde Beschwerde geführt, daß diejenigen Kinder, welche dem Kochunterricht in der 8. Gemeindefürsorschule bewohnen, ohne Unterbrechung von 8 bis 1/4 Uhr in der Schule bleiben müssen. Die Mittel für Beleuchtungsanlage in 4 Klassen der Fortbildungsschule wurden bewilligt. Die Beratung des Projekts betreffend Herstellung der Wilhelmshofstraße wurde vertagt.

Mit-Glied.
In der Gemeindevertretung wurde der für die dritte Abteilung neu gewählte Genosse Max Winkelmann als befristet in sein Amt eingeführt. Die dritte Abteilung ist somit wieder in den Händen der Sozialdemokratie. Bei der Beschlussfassung darüber, die Gemeindefürsors und Rechnungsbücher durch Provinzialbeamte vollziehen zu lassen, trat der Gemeindevorstand für dieselbe ein. Er betonte, die Revision durch Provinzialbeamte würde sich billiger stellen, außerdem sei auch nicht zu befürchten, daß jede Kleinigkeit beanstandet würde. Unsere Genossen wandten sich dagegen und meinten, die Selbständigkeit am Orte müsse gewahrt werden. Im übrigen könne dem Plane, der bisher gewissenhaft revidiert habe, sein Vorwurf erteilt, sondern nur ein Lob ausgesprochen werden. Der Antrag unserer Genossen wurde jedoch mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Auflassung der Separationswege und Gewässer an die Teltow-Kanalverwaltung wurde beanstandet. Unsere Genossen streiten, bis die Verwaltung bezüglich des schon lange geplanten Baues der Korkendammbrücke ein annehmbares Entgegenkommen zeige. Diesen Antrage wurde einstimmig zugestimmt. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Vermischtes.

Zu Hardens Freispruch!

Ein poetisch veranlagter Leser schreibt und folgende Verse:

„Garden wurde freigesprochen!“
Uns das Extradikt befragt.
Garden, der von Auno Kollie
Ganz „privatim“ war verhaftet.
Garden wird ja nun frohlocken
Und postern ganz brillant,
Doch er durch sein „Heldenstückchen“
Rettet das Vaterland.
Doch es steht die Heldenmadre
Garden gar nicht zu Gesicht,
Weil er, wie so oft, auch diesmal
Mit gar schlechten Waffen sieht!
„Ja, fünf lange, lange Jahre
Hattest Du den Schuldbeweis; —
Warum gabst Du denn nicht längst schon
Ihn dem Vaterlande preis?“
„Doch dies pakte nicht der Cliquen,
Deren Waffen Du geführt,
Und die nun an „Pöhlis“ Stelle
Nunter weiter intrigiert!“
„Ist sie besser als die andre,
Die stark homosexuell,
Oder hat sie auch 'nen Fehler,
Wieviehl an 'ner andern Stell?“
„Du wirst ja sehr bald ergründen,
Ob dabei ein Fehler ist,
Weil Du selbst, wie Du ja sagtest,
Deine „Hintermänner“ hast.“
Was ist nun fürs Volk gebessert? —
Einer fiel, der andre stieg! —
So bleibt's stets bei dem Schemen:
W'ger Kamarillentrieg!

Ein Unglücksfall auf der Dresdener Rennbahn.

Das große Oktoberrennen wurde am Sonntag in Dresden durch schwere Unglücksfälle unterbrochen. Es hatten sich die bedeutendsten Rennfahrer eingefunden, um an dem Schlachtfeld der Saison teilzunehmen. Verbist, Robl, Guignard, Walthour kämpften um den großen Oktoberpreis. Gleich nach Fallen des Startschusses ging Verbist in so scharfem Tempo vor, daß ihn sein Motor erst beim 350. Meterstrich erreichte. Der eigentlich auch sehr schnell in Schwung kommende Walthour lag bereits nach der ersten Runde eine halbe Runde zurück. Guignard, der als Letzter Anschlag erhielt, griff Walthour mit Erfolg an und lag sofort an zweiter Stelle. Robl bildete bis zur 90. Runde den Schwanz, Verbist blieb jedoch bald hinter Guignard zurück. Letzterer konnte bereits in der 65. und noch einmal in der 98. Runde bei Verbist vorbeiziehen, während Walthour in der 74. Runde infolge eines Schwächeanfalls seine Führung verlor. Mit einem Male entwickelte Robl einen erfolgreichen Vorstoß, so daß er in der 82. Runde eine von Verbist zurückerobern kann. Da plötzlich gibt Curremans, der Schüßling Verbist, ein mörderisches Tempo. Verbist kommt bis auf 40 Meter an Robl heran, als beide in die Zielkurve schießen. Beim Ausgang der Kurve schießt mit einem Male der etwas schneller fahrende Curremans direkt auf Robl los und Verbist und Robl werden mehreren gefolgt. Curremans liegt stöhnend unter seinem Motor. Am schlimmsten waren aber Wolf, Guignards feigler Manager (früher in Diensten Didentmans), und Devilly, Guignards Reserveschrittmacher, weggekommen. Die beiden bedauernswerten Menschen hatten ihrem Schüßling Signalarbeit geleistet und sich dabei zu nahe an den Jemen gestellt. Während die Weiden ihr Augenmerk auf den heranziehenden Robl gerichtet hatten, kam nun plötzlich der in Robl hineingefahrene Motor von Curremans, an der Innenseite von Robl vorbeischießend, auf sie zugeflogen. Wolf dürfte direkt von vorn von dem Motor getroffen und niedergeschmettert, Devilly dagegen mehr an der Seite getroffen worden sein. Während Curremans, Scheinbar weniger schwer verletzt, sowie Devilly, dem Anschein nach innerlich sowohl als auch durch Schenkel- und Beinbruch verletzt, ihre Verwundung bald wieder gewannen, wurde Wolf, dem ein Bein abgefahren und der Brustkorb zerschmettert worden war, ohne die Verwundung wiedererlangt zu haben, ins Krankenhaus transportiert, wo er bald darauf an Verblutung verstarb. Nachdem in der allgemeinen Kopffügigkeit Guignard und Walthour noch einige Runden gefahren waren, wurde endlich auf die allgemeinen Protokolle des Publikums hin abgestoppt.

Schiffszusammenstoß. Einer Meldung aus Bremen zufolge trieb der Dampfer „Cap Canopy“ der Wille-Star-Linie gestern

morgen im Hafen von Neapel bei Sturm gegen den deutschen Dampfer „Prinzregent Luitpold“, wobei beide Dampfer geringfügige Beschädigungen erlitten. Der Dampfer „Prinzregent Luitpold“ beabsichtigt seine Reise nach Ostindien heute fortzusetzen.

Eine heftige Feuersbrunst geschah gestern nacht in Antwerpen in den Büros der Telephonzentrale vollständig und griff auch auf ein großes in denselben Gebäude befindliches Warenlager über. Der Telephonverkehr wird für einige Tage unterbrochen sein.

Falschmünzer. Gestern nacht wurden in Innsbruck in einem Gasthause zwei Männer wegen der Ausgabe falschen Silbergeldes verhaftet. Bei der Leibesuntersuchung und einer in Hall in ihrer Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden eine große Menge falschen Geldes sowie Geräte zur Herstellung von solchem gefunden.

Immer neue Erdstöße. Nach einer Meldung aus Brancalione ereignete sich Montag gegen 5 Uhr abends ein starker Erdstoß, von dem die Gemeinden Monteleone, Santeufamia, Vagnaro und Sinto-poli betroffen wurden. Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt. Große Wasserscheiden werden als wahrscheinlich gemeldet, Wälder und Straßen sind vielfach zerstört. In Borgo ist eine Kaserne eingestürzt, im Sogonatal ist der Bahnverkehr unterbrochen. Viel Ackerland ist überflutet. Die elektrische Zentrale in Trient ist beschädigt.

Der Besuch arbeitet. Die Labanndbrücke des Besuch haben, wie ein Telegramm aus Neapel besagt, einen derartigen Umfang, daß die Bevölkerung in großer Aufregung ist.

Leser- und Diktierklub „Heinrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstr. 8. Gäste herzlich willkommen.

Leser- und Diktierklub „Schöke“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tschendor, Döllingerstr. 58: Sitzung. Gäste willkommen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Weizen, Ia 68—70, IIa 66—68, IIIa 62—67, IIIa 57—60, Weizen, Ia 65—70, IIa 63—67, IIIa 60—65, IIa 58—60, IIIa 54—62, Roggen, Ia 65—67, IIa 60—62, IIIa 55—57, IIIa 50—52, IIIa 45—47, IIIa 40—42, IIIa 35—37, IIIa 30—32, IIIa 25—27, IIIa 20—22, IIIa 15—17, IIIa 10—12, IIIa 5—7, IIIa 0—2, IIIa -3, IIIa -5, IIIa -7, IIIa -9, IIIa -11, IIIa -13, IIIa -15, IIIa -17, IIIa -19, IIIa -21, IIIa -23, IIIa -25, IIIa -27, IIIa -29, IIIa -31, IIIa -33, IIIa -35, IIIa -37, IIIa -39, IIIa -41, IIIa -43, IIIa -45, IIIa -47, IIIa -49, IIIa -51, IIIa -53, IIIa -55, IIIa -57, IIIa -59, IIIa -61, IIIa -63, IIIa -65, IIIa -67, IIIa -69, IIIa -71, IIIa -73, IIIa -75, IIIa -77, IIIa -79, IIIa -81, IIIa -83, IIIa -85, IIIa -87, IIIa -89, IIIa -91, IIIa -93, IIIa -95, IIIa -97, IIIa -99, IIIa -101, IIIa -103, IIIa -105, IIIa -107, IIIa -109, IIIa -111, IIIa -113, IIIa -115, IIIa -117, IIIa -119, IIIa -121, IIIa -123, IIIa -125, IIIa -127, IIIa -129, IIIa -131, IIIa -133, IIIa -135, IIIa -137, IIIa -139, IIIa -141, IIIa -143, IIIa -145, IIIa -147, IIIa -149, IIIa -151, IIIa -153, IIIa -155, IIIa -157, IIIa -159, IIIa -161, IIIa -163, IIIa -165, IIIa -167, IIIa -169, IIIa -171, IIIa -173, IIIa -175, IIIa -177, IIIa -179, IIIa -181, IIIa -183, IIIa -185, IIIa -187, IIIa -189, IIIa -191, IIIa -193, IIIa -195, IIIa -197, IIIa -199, IIIa -201, IIIa -203, IIIa -205, IIIa -207, IIIa -209, IIIa -211, IIIa -213, IIIa -215, IIIa -217, IIIa -219, IIIa -221, IIIa -223, IIIa -225, IIIa -227, IIIa -229, IIIa -231, IIIa -233, IIIa -235, IIIa -237, IIIa -239, IIIa -241, IIIa -243, IIIa -245, IIIa -247, IIIa -249, IIIa -251, IIIa -253, IIIa -255, IIIa -257, IIIa -259, IIIa -261, IIIa -263, IIIa -265, IIIa -267, IIIa -269, IIIa -271, IIIa -273, IIIa -275, IIIa -277, IIIa -279, IIIa -281, IIIa -283, IIIa -285, IIIa -287, IIIa -289, IIIa -291, IIIa -293, IIIa -295, IIIa -297, IIIa -299, IIIa -301, IIIa -303, IIIa -305, IIIa -307, IIIa -309, IIIa -311, IIIa -313, IIIa -315, IIIa -317, IIIa -319, IIIa -321, IIIa -323, IIIa -325, IIIa -327, IIIa -329, IIIa -331, IIIa -333, IIIa -335, IIIa -337, IIIa -339, IIIa -341, IIIa -343, IIIa -345, IIIa -347, IIIa -349, IIIa -351, IIIa -353, IIIa -355, IIIa -357, IIIa -359, IIIa -361, IIIa -363, IIIa -365, IIIa -367, IIIa -369, IIIa -371, IIIa -373, IIIa -375, IIIa -377, IIIa -379, IIIa -381, IIIa -383, IIIa -385, IIIa -387, IIIa -389, IIIa -391, IIIa -393, IIIa -395, IIIa -397, IIIa -399, IIIa -401, IIIa -403, IIIa -405, IIIa -407, IIIa -409, IIIa -411, IIIa -413, IIIa -415, IIIa -417, IIIa -419, IIIa -421, IIIa -423, IIIa -425, IIIa -427, IIIa -429, IIIa -431, IIIa -433, IIIa -435, IIIa -437, IIIa -439, IIIa -441, IIIa -443, IIIa -445, IIIa -447, IIIa -449, IIIa -451, IIIa -453, IIIa -455, IIIa -457, IIIa -459, IIIa -461, IIIa -463, IIIa -465, IIIa -467, IIIa -469, IIIa -471, IIIa -473, IIIa -475, IIIa -477, IIIa -479, IIIa -481, IIIa -483, IIIa -485, IIIa -487, IIIa -489, IIIa -491, IIIa -493, IIIa -495, IIIa -497, IIIa -499, IIIa -501, IIIa -503, IIIa -505, IIIa -507, IIIa -509, IIIa -511, IIIa -513, IIIa -515, IIIa -517, IIIa -519, IIIa -521, IIIa -523, IIIa -525, IIIa -527, IIIa -529, IIIa -531, IIIa -533, IIIa -535, IIIa -537, IIIa -539, IIIa -541, IIIa -543, IIIa -545, IIIa -547, IIIa -549, IIIa -551, IIIa -553, IIIa -555, IIIa -557, IIIa -559, IIIa -561, IIIa -563, IIIa -565, IIIa -567, IIIa -569, IIIa -571, IIIa -573, IIIa -575, IIIa -577, IIIa -579, IIIa -581, IIIa -583, IIIa -585, IIIa -587, IIIa -589, IIIa -591, IIIa -593, IIIa -595, IIIa -597, IIIa -599, IIIa -601, IIIa -603, IIIa -605, IIIa -607, IIIa -609, IIIa -611, IIIa -613, IIIa -615, IIIa -617, IIIa -619, IIIa -621, IIIa -623, IIIa -625, IIIa -627, IIIa -629, IIIa -631, IIIa -633, IIIa -635, IIIa -637, IIIa -639, IIIa -641, IIIa -643, IIIa -645, IIIa -647, IIIa -649, IIIa -651, IIIa -653, IIIa -655, IIIa -657, IIIa -659, IIIa -661, IIIa -663, IIIa -665, IIIa -667, IIIa -669, IIIa -671, IIIa -673, IIIa -675, IIIa -677, IIIa -679, IIIa -681, IIIa -683, IIIa -685, IIIa -687, IIIa -689, IIIa -691, IIIa -693, IIIa -695, IIIa -697, IIIa -699, IIIa -701, IIIa -703, IIIa -705, IIIa -707, IIIa -709, IIIa -711, IIIa -713, IIIa -715, IIIa -717, IIIa -719, IIIa -721, IIIa -723, IIIa -725, IIIa -727, IIIa -729, IIIa -731, IIIa -733, IIIa -735, IIIa -737, IIIa -739, IIIa -741, IIIa -743, IIIa -745, IIIa -747, IIIa -749, IIIa -751, IIIa -753, IIIa -755, IIIa -757, IIIa -759, IIIa -761, IIIa -763, IIIa -765, IIIa -767, IIIa -769, IIIa -771, IIIa -773, IIIa -775, IIIa -777, IIIa -779, IIIa -781, IIIa -783, IIIa -785, IIIa -787, IIIa -789, IIIa -791, IIIa -793, IIIa -795, IIIa -797, IIIa -799, IIIa -801, IIIa -803, IIIa -805, IIIa -807, IIIa -809, IIIa -811, IIIa -813, IIIa -815, IIIa -817, IIIa -819, IIIa -821, IIIa -823, IIIa -825, IIIa -827, IIIa -829, IIIa -831, IIIa -833, IIIa -835, IIIa -837, IIIa -839, IIIa -841, IIIa -843, IIIa -845, IIIa -847, IIIa -849, IIIa -851, IIIa -853, IIIa -855, IIIa -857, IIIa -859, IIIa -861, IIIa -863, IIIa -865, IIIa -867, IIIa -869, IIIa -871, IIIa -873, IIIa -875, IIIa -877, IIIa -879, IIIa -881, IIIa -883, IIIa -885, IIIa -887, IIIa -889, IIIa -891, IIIa -893, IIIa -895, IIIa -897, IIIa -899, IIIa -901, IIIa -903, IIIa -905, IIIa -907, IIIa -909, IIIa -911, IIIa -913, IIIa -915, IIIa -917, IIIa -919, IIIa -921, IIIa -923, IIIa -925, IIIa -927, IIIa -929, IIIa -931, IIIa -933, IIIa -935, IIIa -937, IIIa -939, IIIa -941, IIIa -943, IIIa -945, IIIa -947, IIIa -949, IIIa -951, IIIa -953, IIIa -955, IIIa -957, IIIa -959, IIIa -961, IIIa -963, IIIa -965, IIIa -967, IIIa -969, IIIa -971, IIIa -973, IIIa -975, IIIa -977, IIIa -979, IIIa -981, IIIa -983, IIIa -985, IIIa -987, IIIa -989, IIIa -991, IIIa -993, IIIa -995, IIIa -997, IIIa -999, IIIa -1001, IIIa -1003, IIIa -1005, IIIa -1007, IIIa -1009, IIIa -1011, IIIa -1013, IIIa -1015, IIIa -1017, IIIa -1019, IIIa -1021, IIIa -1023, IIIa -1025, IIIa -1027, IIIa -1029, IIIa -1031, IIIa -1033, IIIa -1035, IIIa -1037, IIIa -1039, IIIa -1041, IIIa -1043, IIIa -1045, IIIa -1047, IIIa -1049, IIIa -1051, IIIa -1053, IIIa -1055, IIIa -1057, IIIa -1059, IIIa -1061, IIIa -1063, IIIa -1065, IIIa -1067, IIIa -1069, IIIa -1071, IIIa -1073, IIIa -1075, IIIa -1077, IIIa -1079, IIIa -1081, IIIa -1083, IIIa -1085, IIIa -1087, IIIa -1089, IIIa -1091, IIIa -1093, IIIa -1095, IIIa -1097, IIIa -1099, IIIa -1101, IIIa -1103, IIIa -1105, IIIa -1107, IIIa -1109, IIIa -1111, IIIa -1113, IIIa -1115, IIIa -1117, IIIa -1119, IIIa -1121, IIIa -1123, IIIa -1125, IIIa -1127, IIIa -1129, IIIa -1131, IIIa -1133, IIIa -1135, IIIa -1137, IIIa -1139, IIIa -1141, IIIa -1143, IIIa -1145, IIIa -1147, IIIa -1149, IIIa -1151, IIIa -1153, IIIa -1155, IIIa -1157, IIIa -1159, IIIa -1161, IIIa -1163, IIIa -1165, IIIa -1167, IIIa -1169, IIIa -1171, IIIa -1173, IIIa -1175, IIIa -1177, IIIa -1179, IIIa -1181, IIIa -1183, IIIa -1185, IIIa -1187, IIIa -1189, IIIa -1191, IIIa -1193, IIIa -1195, IIIa -1197, IIIa -1199, IIIa -1201, IIIa -1203, IIIa -1205, IIIa -1207, IIIa -1209, IIIa -1211, IIIa -1213, IIIa -1215, IIIa -1217, IIIa -1219, IIIa -1221, IIIa -1223, IIIa -1225, IIIa -1227, IIIa -1229, IIIa -1231, IIIa -1233, IIIa -1235, IIIa -1237, IIIa -1239, IIIa -1241, IIIa -1243, IIIa -1245, IIIa -1247, IIIa -1249, IIIa -1251, IIIa -1253, IIIa -1255, IIIa -1257, IIIa -1259, IIIa -1261, IIIa -1263, IIIa -1265, IIIa -1267, IIIa -1269, IIIa -1271, IIIa -1273, IIIa -1275, IIIa -1277, IIIa -1279, IIIa -1281, IIIa -1283, IIIa -1285, IIIa -1287, IIIa -1289, IIIa -1291, IIIa -1293, IIIa -1295, IIIa -1297, IIIa -1299, IIIa -1301, IIIa -1303, IIIa -1305, IIIa -1307, IIIa -1309, IIIa -1311, IIIa -1313, IIIa -1315, IIIa -1317, IIIa -1319, IIIa -1321, IIIa -1323, IIIa -1325, IIIa -1327, IIIa -1329, IIIa -1331, IIIa -1333, IIIa -1335, IIIa -1337, IIIa -1339, IIIa -1341, IIIa -1343, IIIa -1345, IIIa -1347, IIIa -1349, IIIa -1351, IIIa -1353, IIIa -1355, IIIa -1357, IIIa -1359, IIIa -1361, IIIa -1363, IIIa -1365, IIIa -1367, IIIa -1369, IIIa -1371, IIIa -1373, IIIa -1375, IIIa -1377, IIIa -1379, IIIa -1381, IIIa -1383, IIIa -1385, IIIa -1387, IIIa -1389, IIIa -1391, IIIa -1393, IIIa -1395, IIIa -1397, IIIa -1399, IIIa -1401, IIIa -1403, IIIa -1405, IIIa -1407, IIIa -1409, IIIa -1411, IIIa -1413, IIIa -1415, IIIa -1417, IIIa -1419, IIIa -1421, IIIa -1423, IIIa -1425, IIIa -1427, IIIa -1429, IIIa -1431, IIIa -1433, IIIa -1435, IIIa -1437, IIIa -1439, IIIa -1441, IIIa -1443, IIIa -1445, IIIa -1447, IIIa -1449, IIIa -1451, IIIa -1453, IIIa -1455, IIIa -1457, IIIa -1459, IIIa -1461, IIIa -1463, IIIa -1465, IIIa -1467, IIIa -1469, IIIa -1471, IIIa -1473, IIIa -1475, IIIa -1477, IIIa -1479, IIIa -1481, IIIa -1483, IIIa -1485, IIIa -1487, IIIa -1489, IIIa -1491, IIIa -1493, IIIa -1495, IIIa -1497, IIIa -1499, IIIa -1501, IIIa -1503, IIIa -1505, IIIa -1507, IIIa -1509, IIIa -1511, IIIa -1513, IIIa -1515, IIIa -1517, IIIa -1519, IIIa -1521, IIIa -1523, IIIa -1525, IIIa -1527, IIIa -1529, IIIa -1531, IIIa -1533, IIIa -1535, IIIa -1537, IIIa -1539, IIIa -1541, IIIa -1543, IIIa -1545, IIIa -1547, IIIa -1549, IIIa -1551, IIIa -1553, IIIa -1555, IIIa -1557, IIIa -1559, IIIa -1561, IIIa -1563, IIIa -1565, IIIa -1567, IIIa -1569, IIIa -1571, IIIa -1573, IIIa -1575, IIIa -1577, IIIa -1579, IIIa -1581, IIIa -1583, IIIa -1585, IIIa -1587, IIIa -1589, IIIa -1591, IIIa -1593, IIIa -1595, IIIa -1597, IIIa -1599, IIIa -1601, IIIa -1603, IIIa -1605, IIIa -1607, IIIa -1609, IIIa -1611, IIIa -1613, IIIa -1615, IIIa -1617, IIIa -1619, IIIa -1621, IIIa -1623, IIIa -1625, IIIa -1627, IIIa -1629, IIIa -1631, IIIa -1633, IIIa -1635, IIIa -1637, IIIa -1639, IIIa -1641, IIIa -1643, IIIa -1645, IIIa -1647, IIIa -1649, IIIa -1651, IIIa -1653, IIIa -1655, IIIa -1657, IIIa -1659, IIIa -1661, IIIa -1663, IIIa -1665, IIIa -1667, IIIa -1669, IIIa -1671, IIIa -1673, IIIa -1675, IIIa -1677, IIIa -1679, IIIa -1681, IIIa -1683, IIIa -1685, IIIa -1687, IIIa -1689, IIIa -1691, IIIa -1693, IIIa -1695, IIIa -1697, IIIa -1699, IIIa -1701, IIIa -1703, IIIa -1705, IIIa -1707, IIIa -1709, IIIa -1711, IIIa -1713, IIIa -1715, IIIa -1717, IIIa -1719, IIIa -1721, IIIa -1723, IIIa -1725, IIIa -1727, IIIa -1729, IIIa -1731, IIIa -1733, IIIa -1735, IIIa -1737, IIIa -1739, IIIa -1741, IIIa -1743, IIIa -1745, IIIa -1747, IIIa -1749, IIIa -1751, IIIa -1753, IIIa -1755, IIIa -1757, IIIa -1759, IIIa -1761, IIIa -1763, IIIa -1765, IIIa -1767, IIIa -1769, IIIa -1771, IIIa -1773, IIIa -1775, IIIa -1777, IIIa -1779, IIIa -1781, IIIa -1783, IIIa -1785, IIIa -1787, IIIa -1789, IIIa -1791, IIIa -1793, IIIa -1795, IIIa -1797, IIIa -1799, IIIa -1801, IIIa -1803, IIIa -1805, IIIa -1807, IIIa -1809, IIIa -1811, IIIa -1813, IIIa -1815, IIIa -1817, IIIa -1819, IIIa -1821, IIIa -1823, IIIa -1825, IIIa -1827, IIIa -1829, IIIa -1831, IIIa -1833, IIIa -1835, IIIa -1837, IIIa -1839, IIIa -1841, IIIa -1843, IIIa -1845, IIIa -1847, IIIa -1849, IIIa -1851, IIIa -1853, IIIa -1855, IIIa -1857, IIIa -1859, IIIa -1861, IIIa -1863, IIIa -1865, IIIa -1867, IIIa -1869, IIIa -1871, IIIa -1873, IIIa -1875, IIIa -1877, IIIa -1879, IIIa -1881, IIIa -1883, IIIa -1885, IIIa -1887, IIIa -1889, IIIa -1891, IIIa -1893, IIIa -1895, IIIa -1897, IIIa -1899, IIIa -1901, IIIa -1903, IIIa -1905, IIIa -1907, IIIa -1909, IIIa -1911, IIIa -1913, IIIa -1915, IIIa -1917, IIIa -1919, IIIa -1921, IIIa -1923, IIIa -1925, IIIa -1927, IIIa -1929, IIIa -1931, IIIa -1933, IIIa -1935, IIIa -1937, IIIa -1939, IIIa -1941, IIIa -1943, IIIa -1945, IIIa -1947, IIIa -1949, IIIa -1951, IIIa -1953, IIIa -1955, IIIa -1957, IIIa -1959, IIIa -1961, IIIa -1963, IIIa -1965, IIIa -1967, IIIa -1969, IIIa -1971, IIIa -1973, IIIa -1975, IIIa -1977, IIIa -1979, IIIa -1981, IIIa -1983, IIIa -1985, IIIa -1987, IIIa -1989, IIIa -1991, IIIa -1993, IIIa -1995, IIIa -1997, IIIa -1999, IIIa -2001, IIIa -2003

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Kommunalwähler-Versammlung

für den 45. Bezirk im „Artus-Hof“, Perlebergerstr. 36.

Tages-Ordnung: 267/12

Politisches u. Sozialpolitisches aus dem Roten Hause.

Referent: Stadtverordneter **Bernhard Bruns.**

2. Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Mittwoch, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Koppenstraße 29
(früher Keller):

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Festsetzung der vom 1. Januar ab zu zahlenden Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützungssätze. 2. Streiks und Differenzen. 3. Verbandsangelegenheiten. 98/17
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännernkarte legitimieren.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 31. Oktober 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Rosenthaler Hof“,
Rosenthalerstraße Nr. 11/12:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Branchenkommission vom zweiten Quartal. 2. Die stellen sich die Kollegen zur Aufhebung der Versammlungskontrolle. 3. Bericht der Zentralkommission. 4. Neuwahl der Zentralkommission. 5. Branchenangelegenheiten. 6. Verschiedenes.
Die Branchenkommission.

Maschinenarbeiter!

Donnerstag, den 31. Oktober 1907, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Ost-Kasino“, Frankfurter Allee 106:

Versammlung

der in den Tischlereien der Bezirke Osten I und II, Nordost und östliche Vororte beschäftigten Maschinenarbeiter.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Obmann.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Lindenstraße 215. — Geöffnet von 8-1 und 4-8 Uhr. Telefon: Amt III 938.

Sonntag, den 3. November cr., vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Ergänzungswahlen zur Verwaltung.

3. Anträge. NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und wird zahlreicher Besuch erwartet! 64/15*

Such legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Freitag, den 1. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15,
großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal 1907. 2. Abrechnung vom Streik. 3. Bekanntgabe des Wahlresultats. 4. Verbandsangelegenheiten. 48/2*

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 10. November 1907,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Eichendorff-Abend.

Mitwirkende:

Fest-Vortrag: Herr Dr. Franz Diederich-Dresden.

Gesang: Frau Klossogk-Müller.

Rezitation: Fräulein Jeanne Robert.

Am Flügel: Herr Leo Kestenberg.

Nach dem Konzert: **Ball.**

Besuch 50 Pf. Garderobe frei. Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Billetts an den bekannten Stellen und an der Kasse.

Steppdecken

Sauft man am preiswertesten
direkt in der Fabrik
Berlin N., Kreuzauerstr. 11a.
Alle Steppdecken werden aufgearbeitet.

Spottbillig!!

Land- u. Waldparzellen,
wunderbar gelegen, nahe Bahnhof
Frederksdorf (Ostbahn)
Nieschalke & Nitsche,
Neue Königstr. 16.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen

Berlins und Umgebung!

Achtung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu Hilfe zu rufen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeittöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen.

Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

Norden:

„Hoffnung“, Produktiv-Genossenschaft der
Schneider, Brunnenstr. 185.

Alle von dieser Firma in den Handel gebrachten
Waren werden zu den von der Organisation fest-
gesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen
dieselbe daher ganz besonders.

Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthaler-
straße 53.

„Blitz“, Rosenthalerstr. 9.

„Blitz“, Chausseestr. 85.

Diese Firma stellt den größten Teil ihres Um-
satzes zu den geforderten Bedingungen her.

Baer Sohn, Chausseestr. 29/30.
Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte
für 24 Arbeiter und hat die neunstündige
Arbeitszeit eingeführt.

Osten:

„Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 137.

„Blitz“, Frankfurter Chaussee 19, Lichtenberg.

Daake, Landsbergerstr. 91.

Baer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.

Amerikanische Verkaufshallen, Frankfurter
Allee 186.

Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141,
hat veranschaulicht eine Werkstatt eingerichtet.

Süden:

„Blitz“, Kottbusser Damm 29/30.

Geitinger, Deutsche Comp., Dranienstr. 40/41,

stellen einen großen Teil ihres Umsatzes zu den
geforderten Bedingungen her.

Leßke u. Zehrer, Kottbusser Damm 78.

Wormann, Kottbusser Damm 77.

Baer Sohn, Dranienstr. 11.

Eders u. Dyckhoff, Dranienstr. 48.

Westen:

„Blitz“, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt:

S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.

Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.

Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.

Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.

Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.

Max Schendel, Rosenthalerstr. 8.

D. Verleberg, Chausseestr. 57;

hatte eine Werkstatt eröffnet, dieselbe aber wieder
geschlossen, nachdem das Kammergericht ein für uns
ungünstiges Urteil gefällt hatte.

Alex Bohne, Landsbergerstr. 79.

Kommandithaus Schendel, Dranienstr. 38.

Da diesen Firmen — anscheinend unter dem Eindruck des Kammergerichtsurteils — die Ver-
schaffung von Betriebsräumen sehr schwer fällt, ersuchen wir, dieselben nicht allzu sehr mit dem Einkauf
von Waren zu belästigen, damit ihnen mehr Zeit zur Verfügung steht, um ihr gegebenes Wort ein-
zulösen. 106/15*

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse

der

Berggolder

und Berufsgenossen.

Donnerstag, den 7. November 1907,

abends 8-9 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Wahlversammlung

der Arbeitnehmer, wozu sämtliche
Kassenmitglieder über 21 Jahre ein-
geladen sind.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 104 Vertretern
für das Jahr 1908. (Mitgliedsbuch
legitimiert.) 2. Vortrag des Ar-
beiterssekretärs Herrn G. Bauer
über die Bedeutung der ortsüblichen
Tagelöhne. 3. Diskussion.

Wittwoch, den 13. November 1907,

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Restaurant W.
Gummel (früher Gasse), Dranien-
straße 126, gegenüber d. Waldpark.

Wahlversammlung

der Arbeitgeber, wozu sämtliche
Arbeitgeber, welche Beiträge aus
eigenen Mitteln leisten, eingeladen sind.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 49 Vertretern für das
Jahr 1908.

Donnerstag, den 21. November 1907,

abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Saal 3, partierre:

Ordentl. General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber
und Arbeitnehmer.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Vor-
legung und Beschlußfassung des Ver-
trages mit den Angestellten. 3. An-
derweitige Festsetzung der Tagelöhne.

4. Wahl des Vorstandes (3 Arbeit-
geber, 6 Arbeitnehmer). 5. Wahl von
3 Ausschussmitgliedern zur Prüfung
der Jahresrechnung 1908. 6. Er-
wahl von Krankenkassieren. 7. Ver-
schiedenes.

Delegiertenkarte legitimiert.

Zahlreiches Besuch erwartet

Der Vorstand.

277/8

Erste leistungsfähige

Zigarren-Engros-Firma

richtet achtbaren Leuten mit geringem
Kapital schlagend Geschäft ein.

Provisionweise Vertreter stets ge-
sucht. Offerten unter D. 4 Er-
pedition des „Vorwärts“. 10065*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshause,
Rosenthalerstr. 3, II. Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1907. 2. Die Angelegenheiten der Unter-
nehmer in der Bauwirtschaft. 3. Diskussion und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. 97/2

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 31. Oktober 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im großen
Saal der Musterröhre, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1907. 2. Berichtserstattung über die
13. Generalversammlung in Bielefeld. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
angelegenheiten. 157/15

Die Bevollmächtigten. J. u. S. Rosenthal.

Deutscher Glasarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 31. Oktober 1907, abends 8 Uhr, in Bookers
Reisefalen, Weberstr. 17:

Versammlung sämtlicher Branchen

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Girib über: Die Produktivgenossenschaften
in Italien. 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1907.

Die Mitglieder werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung. 73/9

Möbel

Bürgerliche
Wohnungs-
Einrichtungen

eventuell auch auf Teilzahlung

Paul Burow's Möbel-Fabrik

Berlin SW., Lindenstraße 105. 4992L*

Aus der Frauenbewegung.

In Sachen der außerordentlichen Frauenkonferenz. Der Artikel in Nr. 248 des „Vorwärts“ erfordert folgende Erwiderung:

Die Genossin Baader schreibt... Jeder Unbefangene wird zugeben, daß ihr die Erleuchtung ebenso plötzlich als spät gekommen sein muß, oder aber, daß sie es unterließ, sich in der Zwischenzeit zunächst durch eine Anfrage aufzuklären, und, wie es unter Genossinnen sonst üblich ist, über eine strittige Frage Verständigung zu suchen.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich, bevor die öffentliche Erklärung erschien, Genossin Baader ersucht habe, im Interesse der Dienstbotenbewegung die provisorische Tagesordnung zurückzugeben. Darauf erhielt ich folgende Antwort: „Von der Abgabe Ihres Referates habe ich sofort Genossin Helfin in Kenntnis gesetzt. Ihr Name wird bei der nächsten Veröffentlichung fehlen. Somit etwas an der Bekanntmachung für die geplante Konferenz zu ändern, habe ich gar keine Veranlassung. Unsere politisch tätigen Frauen sind die eifrigsten und erfolgreichsten Förderer der Gewerkschaften usw.“

Aus Angeführtem geht klar hervor, daß Verhandlungen erst stattgefunden haben, es ergibt sich aber ferner daraus, wie leicht man mit der Wahrheit umgeht.

Dah ich ein Referat auf der außerordentlichen Frauenkonferenz halten soll, wurde mir erst durch die „Gleichheit“ bekannt.

Die Aufforderung Dienstbotenvereine sollten Vertreterinnen zur außerordentlichen Frauenkonferenz entsenden, lehnte die Nürnberger Verwaltung des Dienstbotenvereins mit folgender Begründung ab, die der „Vorwärts“ seinen Lesern bisher vorgehalten hat:

Der Nürnberger Dienstbotenverein sieht seine Vertretung in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und wird, wenn von dieser Seite eine Dienstboten-Konferenz einberufen wird, Delegierte entsenden und dort auch dann den Antrag stellen, einen Zentralverband der Hausgehilfinnen Deutschlands zu gründen.

Der Nürnberger Dienstbotenverein hält die Zurückziehung der provisorischen Tagesordnung der außerordentlichen Frauenkonferenz für das Beste, ebenso auch die Aufforderung, daß Vertreterinnen der Dienstbotenvereine zur Frauenkonferenz entsandt werden. Sollte indes dieses nicht geschehen, so werden die Dienstbotenvereine aufgefordert, keine Vertreterinnen zu entsenden. Die Dienstbotenvereine sind durch die Gewerkschaftsfazelle gegründet und diese haben ihre oberste Vertretung in der Generalkommission. Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands steht somit das Recht zu, eine Dienstboten-Konferenz einzuberufen, und seiner anderen Körperschaft.

Diese Erklärung müßten sämtliche Dienstbotenvereine akzeptieren, wollten sie auch weiterhin der Subvention der Kartelle sowie der Generalkommission sicher sein.

Aus diesem Grunde wurde auch Genossin Baader anlässlich der bayerischen Frauenkonferenz, die am vergangenen Sonntag in Nürnberg tagte, beauftragt, mit der Generalkommission Rücksprache zu nehmen, damit diese in der Angelegenheit entscheide, womit sich Genossin Baader einverstanden erklärte. Die Konferenz sah ferner nicht die richtige Lösung der Sache darin, daß man einfach eine andere Referentin bestimmte. Der „Vorwärts“-Bericht bringt leider von alledem kein Wort. — Genossin Baader ist nun nicht zur Generalkommission gegangen, sondern hat lieber ihre Streitschrift gegen mich veröffentlicht.

Wenn Genossin Baader von der Mitarbeit unserer Genossinnen

schreibt, so meine ich, ist das einfach unsere Pflicht und dürfte ich deshalb wohl nicht weiter anführen.
Nürnberg, den 25. Oktober. Helene Grünberg.

Mit der Genossin Grünberg zu polemisieren, halte ich für zwecklos. Ich begnüge mich mit der Konstatierung der nackten Tatsachen; sie geben zu der von der Genossin Grünberg für erforderlich gehaltenen Erwiderung die richtige Farbe.

1. Am 30. September veröffentlichte die „Gleichheit“ die Tagesordnung der Dienstbotenkonferenz.

2. In diesem Brief bemerkt sie weiter: es wäre am besten, wenn ich die Tagesordnung der Konferenz zurückgäbe.

3. Ich schrieb der Genossin Grünberg unterm 15. Oktober, daß ich keine Veranlassung empfinde, auf ihr Geheiß die Konferenz wieder abzubestellen.

4. Bereits in der am 16. Oktober gedruckten Nummer des „Correspondenzblattes“ veröffentlichte Genossin Grünberg die Aufforderung, die Konferenz nicht zu beschiden.

5. Am 20. Oktober fand in Nürnberg eine Frauenkonferenz statt. Genossin Grünberg wußte, daß ich dort anwesend war, und durfte ich annehmen eine mündliche Aussprache würde Verständigung herbeiführen. Das wäre ja auch noch leicht möglich gewesen, weil der „Vorwärts“ vernunftgemäß die Eigenmächtigkeit der Genossin Grünberg einfach stillschweigend bei Seite gelegt hatte. Genossin Grünberg hielt es aber auch für geraten, die Veröffentlichung im „Correspondenzblatt“ zu verweigern. Andernfalls wäre ihr wohl noch deutlicher, wie geschehen, gesagt worden, daß ihr Hand-Dampf in allen Gassen spielen nichts weniger als Wohlgefallen erwecke. Das mag zu diesem Punkte genügen.

Aus den konstatierten nachweisbaren Tatsachen geht unzweifelhaft hervor, daß der Genossin Grünberg genau nach 12 Tagen plötzlich der Einfall gekommen ist, sie könne das zugesagte Referat nicht übernehmen, und daß sie mit den guten Rat geben wüßte, die einberufene Konferenz wieder abzubestellen. Und ehe sie noch meine Antwort in Händen hatte, hat sie bereits die Aufforderung losgelassen, die Konferenz nicht zu beschiden. Das nennt Genossin Grünberg Verständigung suchen! Wirklich reizend. Sie gibt weise Lehren und verlangt sofortige Akzeptierung, und ehe sie noch weiß, ob ihre Erleuchtung mir das von ihr gewünschte Verständnis gebracht hat, veröffentlicht sie die mindestens eigenartige Aufforderung, die Konferenz nicht zu beschiden!

Auf der Konferenz in Nürnberg versichert sie das, läßt alle in dem Glauben, es könne mit der Generalkommission ein Arrangement getroffen werden. Ich übernehme ahnungslos die Aufgabe, mit der Generalkommission zu verhandeln. Nach Berlin zurückgekehrt, erfahre ich, daß die Aufforderung der Genossin Grünberg im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden ist. Daraufhin schreibe ich an die Generalkommission, daß ich unter diesen Umständen weitere Verhandlungen für zwecklos betrachte, denn ich stand ja vor einer vollendeten Tatsache. Und die anscheinend doch sehr gut unterrichtete Genossin Grünberg, die mitzuteilen weiß, daß ich mit der Generalkommission nicht mündlich verhandelt habe, hält es für zweckentsprechend, von meinem Briefe nichts zu erwähnen.

Ich glaube mit diesen Feststellungen genügend bewiesen zu haben, daß Genossin Grünberg ausgezeichnet dazu berufen erscheint, vom Umgang mit der Wahrheit zu reden.

Ottolie Baader.

Genossin Grünberg scheint pikiert darüber zu sein, daß der „Vorwärts“ ihre Aufforderung nicht veröffentlicht hat. Dazu haben wir folgendes zu bemerken: Daß die Nürnberger Organisation die Konferenz nicht beschiden will, erschien uns gerade nicht als eine so wichtige Mitteilung, daß sie der Welt kund und zu wissen gelan werden mußte. Und mitzuteilen, daß Genossin Grünberg sich als Generalvornund fühlt, das glauben wir sogar in ihrem eigenen Interesse mit Stillschweigen übergehen zu müssen. Die Redaktion.

Versammlungen — Veranstaltungen.
„Verein für die Interessen der Hausgehilfen.“ Donnerstag den 31. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Frau-Rüch, Steglitzerstraße 85 Vortrag, Herr Georg Davidsohn: „Die Proletarierin im Gedicht.“

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, bei Treppen, 10 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer in ein Buchstäbe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

23. 36. Redig. — W. R. 33. Rein. — W. 2. 1. In fünf Jahren mit jeder richterlichen Handlung, die gegen den Täter gericht ist, beginnt die Verjährungsfrist von neuem 2. Rein. 3. 20 Jahre. — Junger Parteigenosse. Wenn Sie damals großjährig waren und wenn nicht etwa zwischen den Spielern overeenst ist, derjenige habe auszuscheiden, der die Karte nicht zahlt, so haben Sie Anspruch auf den Gewinn. Die Rücksicht des Prozesses aber würde dadurch minder günstig, daß Sie, wie es scheint, fünf Jahre gewartet haben, ohne irgend einen Anspruch zu erheben.

— R. 2. 14. Wenn der Arbeitgeber nachweist, daß die Meldung erfolgt ist, so ist der Anspruch der Kasse ungerechtfertigt. Er soll mit dem Antrag, die Kasse zu verurteilen, daß ihr ein Recht nicht zusteht, sich an den Landrat unter Mitteilung der Beweismittel für seine Werbung wenden.

— Moabit. Ihre Auffassung ist zutreffend. Wegen der Veranlagung der St. Sebastiansgemeinde tun Sie gut, zu reklamieren. — W. 61. Werden Sie sich an die städtische Stimmungsdeputation, Poststr. 16. — W. 11.

1. Ihre Rechte auf Invaliden- und Altersrente halten Sie durch Weitervericherung aufrecht. In diesem Zweck müssen Sie innerhalb zweier Jahre mindestens 40 Markten irgend einer Klasse zahlen. 2. Rein. — R. 6. 71. Etwa vier Millionen. — S. 8. 7. Seit 1875. Die Legitimation hängt von dem Ermessen des Standesbeamten ab. — J. R. 76. Eine einfache Quittung, vom Vorstand ausgestellt, genügt. — Eise 23. Eine Grenze für die Aufbewahrungsdauer gibt es nicht. Sie könnten lediglich auf Annahme der Reparaturen gegen Zahlung des Geldes klagen. 2. Reinesweg. Sie hätten überhaupt das erste Quartal 1907 nicht bezahlen sollen. Verlangen Sie Rückzahlung von der Kirche. — Baurat. Leider ja.

— D. O. Wenn Sie ein Arbeitsverhältnis eingehen, würde für Sie zu stehen sein. Wenn mindestens 100 Markten auf Grund dieser Zwangsversicherung geleistet sind, dann hätte eine Weitervericherung einen Zweck. — R. 2. 83. Ja. — R. R. 110. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. — J. R. 100. 1. Der Gläubiger ist berechtigt, die ganze Summe auf einmal zu verlangen. Versuchen Sie es mit einer Einigung über Ratenzahlung. 2. Geldstrafe ist zulässig, in der Regel würde aber Geländnis erfolgen. 3. Ja. — S. R. 100. 1. und 2. Eine Erbstellung seitens des Verstorbenen soll von Amts wegen erfolgen, wenn unmündliche Kinder vorhanden sind. Sie können die Erbstellung beim Gericht beantragen. 3. Rein. 4. und 5. Lagergeld kann nicht beansprucht werden. Die Kisten sind nur herauszugeben, wenn die Kosten gezahlt sind. — Sm. 2. Ja.

— J. 29. Der Frau gehört, was Sie vor der Ehe besessen hat und was sie während der Ehe durch eigene Arbeit verdient hat. — R. D. 80. Die Naturalisation eines Ausländers (Nichtdeutschen) kostet 20 R. und ist von der Behörde abhängig. — S. G. 60. Sie sind im Arrium. Von 1200 R. an besteht die Pflicht. 2. Die Hälfte. — Mobell.

1. Schreiben Sie das Eigentum Ihrer Frau auf, begeben Sie sich dann zu einem Notar, anerkennen Sie dort das Eigentum Ihrer Ehefrau und verzichten Sie auf das Verwaltungrecht. 2. Ja. — G. R. 30. Nach dem Vertrage würde allerdings anzunehmen sein, daß Sie selbständiger Unternehmer sind. Klagen Sie jetzt bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Beklagte wohnt

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDER-PLATZ FRANKFURTER ALLEE 109-111

Kurzwaren und Schneiderei-Artikel

Armblätter	Tricot m. braun. Gummiplatte	Dts.	2 ²⁰	2 ⁶⁰	3 ¹⁰	5 ⁴⁰
		Paar	19	22	27	48 Pf.
Armblätter	Tricot m. hell. Gummiplatte	Dts.	2 ⁰⁰	2 ⁷⁰	3 ⁶⁰	
		Paar	18	23	32 Pf.	
Armblätter	Battist m. hell. gelb. Gummipf.	Dts.	2 ⁷⁵	3 ²⁵		
		Paar	25	30 Pf.		
Armblätter	Blössenschutz dopp. Battist waschbar ..	Dts.	2 ⁷⁵	3 ³⁰	3 ⁹⁰	
		Paar	25	30	35 Pf.	
Armblätter	doppelseitig Tricot II	Dts.	1 ⁰⁰	1 ³⁰		
		Paar	9	12 Pf.		
Armblätter	Tricot I doppelseitig	Dts.	2 ⁷⁵	3 ⁵⁰	4 ⁵⁰	
		Paar	25	30	40 Pf.	

Naturfischbein blond pollert	Länge	15	18	20	22 cm
	Gros	90	1 ³⁵	1 ⁵⁰	1 ⁷⁰
Naturfischbein weiss	Dtsd.	8	12	13	15 Pf.
	Gros	1 ⁵⁰	2 ⁰⁰	2 ⁵⁰	3 ⁰⁰
Druckknöpfe Extra mit Feder ...	Gros	65 Pf.	Dtsd.	6 Pf.	
	mit Feder, rostfrei, klein und mittel ...	Gros	1 ⁰⁰	Dtsd.	9 Pf.
Druckknöpfe la mit Feder, rostfrei, gross	Gros	1 ¹⁵	Dtsd.	10 Pf.	
	Kragensützen schmal, Celluloid	Dtsd.	7 Pf.		
Kragensützen breit, Celluloid	Dtsd.	15 Pf.			
	Gurtband la bwl. Satin	Stück = 10 Meter	65 Pf.		
Gurtband Seide geköpert	Stück = 10 Meter	1 ⁴⁵			
	Nahtband Baumwolle	Stück = 25 Meter	48 Pf.		

Nahtband la Halbeide	Stück = 25 Meter	90 Pf.
Nahtband Seide, geköpert	Stück = 25 Meter	1 ⁴⁵
la Stahlstecknadeln No. 5 6 7 80 Gr.	25 Pf. 100 Gr. 45 Pf. 500 Gr. 2 ¹⁵	
Engl. Nähadeln la Brief = 100 Stück, sortiert	28 Pf.	
Maschinenseide la 5 Gramm, auf Tourniquetrollen schwarz und farbig	17 Pf.	
Maschinenseide la 10 Gr., a. Holzrolle, schwarz	30 Pf.	
Tailenverschlüsse „Juno“	Dts. 70 Pf. Stück	6 Pf.
Tailenverschlüsse „Imperial“, waschbar m. Flaschein	Dts. 1 ³⁵ Stück	12 Pf.
Tailenverschlüsse „Weeks“ waschbar, m. Federfischb., Dts.	2 ⁵⁰ Stück	23 Pf.
Futtertailen für jede Figur passend, Jaconnet, grau u. weiss	1 ²⁵	
Futtertailen Renforcé, zweiseitig, u. Croisé, weiss	1 ⁷⁵	
Futtertailen la Satin, zweiseitig	2 ²⁵	

Schnittmuster für Aermel 15 Pf. für Blusen, Jacken, Röcke, Kinderkleider, Matinees etc. 40 Pf. f. Morgenkleider 80 Pf.

Büsten mit Ständer 8⁵⁰ Büsten ohne Ständer 5⁵⁰

Futterstoffe

Prima Faille 100 cm breit, sehr grosse Farbauswahl	Meter	53 Pf.	Alpaca schwarz, zu Rockfutter	Meter	40 45 60 Pf.
Kleider-Satin 80 cm breit, erprobte Qual. in vielen Farben	Meter	60 75 85 Pf.	Alpaca farbig, zu Rockfutter	Meter	50 60 Pf.
Prima Seiden-Jaconnet schwarz, weiss, grau	Meter	30 35 Pf.	Jackettfutter moderne Dessins, bester Ersatz für Seide	Meter	90 Pf. 1 ³⁰ 1 ⁴⁰
Prima Seiden-Jaconnet farbig	Meter	38 Pf.	Steppfutter in eleg. Ausfüh., u. reich. Farbauswahl	Meter	1 ⁰⁰ 1 ³⁵ 2 ⁰⁰
Tailenfutter zweiseitig	Meter	50 60 70 85 Pf.			

